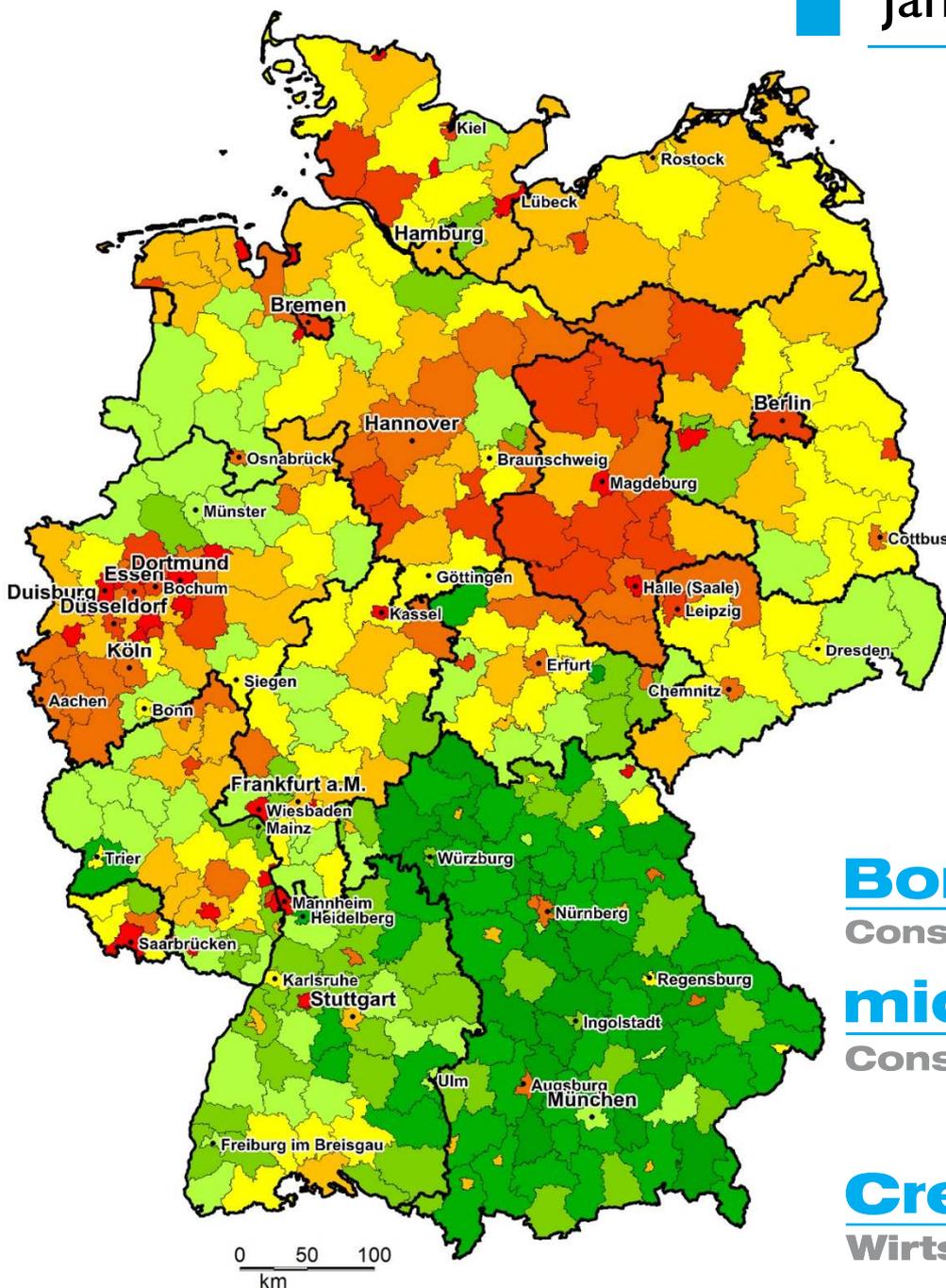


SchuldnerAtlas Deutschland

Überschuldung von Verbrauchern

■ Jahr 2017



Boniversum
Consumer Information

microm
Consumer Marketing

Creditreform
Wirtschaftsforschung



INHALT

SEITE

Vorwort

TRENDS KOMPAKT: Überschuldung nimmt 2017 erneut zu

1	Status: Überschuldung von Verbrauchern in Deutschland	1
1.1	Die Zahl der Überschuldungsfälle von Verbrauchern hat 2017 erneut zugenommen	5
1.2	„Harte“ und „weiche“ Überschuldung nehmen gleichzeitig zu	15
1.3	Ostdeutschland verschlechtert sich weniger stark als Westdeutschland – Bevölkerungszunahme senkt Überschuldungsquote	19
1.4	Ergebniseinordnung: Die Überschuldung in Deutschland steigt weiterhin – trotz sinkender Arbeitslosigkeit und anhaltendem Konjunkturboom	27
2	Exkurs: Überschuldung in der Mittelschicht in Deutschland aus Sicht der Milieuforschung	34
2.1	Die Mittelschicht zwischen Einkommenspolarisierung und struktureller Überschuldung	35
2.2	Die Mittelschicht zwischen politischer Verunsicherung und politischer Radikalisierung	39
3	Perspektiven: „Die angegriffene Mitte“ – Überschuldung und Insolvenz in der Mittelschicht	48
	Ein Gastbeitrag von Dr. Marion Müller, Prof. Dr. Patricia Pfeil und Dr. Udo Dengel	
3.1	Überschuldung und ihre Folgen für die Mittelschicht	48
3.2	Das Projekt „Identitätsarbeit unter Druck“ – Studiendesign	49
3.3	Persönliche und soziale Auswirkungen der Überschuldung	53
3.4	Zentrale Strategien im Umgang mit der „angegriffenen Identität“	55
3.5	Fazit: Insolvenz als Endpunkt der persönlichen Entscheidungsfreiheit oder als Ausgangspunkt für einen Neuanfang	59
4	Blick in die Zukunft: Die Überschuldungsampel bleibt auf „rot“	61
5	Ergebnisse kompakt	63
6	Basisdaten: Karten, Tabellen und Schaubilder	66
6.1	Tabellen- und Abbildungsverzeichnis	66
6.2	Karten	67
6.3	Tabellen und Schaubilder	69

Vorwort

Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser,

auch im Jahr 10 nach Beginn der Finanz- und Wirtschaftskrise bleibt die Überschuldungslage privater Verbraucher in Deutschland angespannt. Zum vierten Mal in Folge ist die Zahl überschuldeter Verbraucher angestiegen, nicht so deutlich wie im letzten Jahr, aber stärker als angesichts der weiterhin stabilen Konjunkturlage zu erhoffen war. Alle wichtigen Konjunkturindizes vermeldeten im Jahresverlauf neue Rekordwerte, die Stimmung in den Chefetagen deutscher Unternehmen wurde im Juli geradezu als „euphorisch“ eingestuft. Die Unternehmen waren laut ifo-Geschäftsklimaindex seit der Wiedervereinigung noch nie zufriedener mit ihrer aktuellen Geschäftslage. Die deutsche Wirtschaft steht bereits seit geraumer Zeit „unter Volldampf.“ Auch die Angst vor einem „Trump-Schock“ oder einem atomaren Schlagabtausch auf der koreanischen Halbinsel führte nur zu kurzen Unterbrechungen der konjunkturellen Superlative. Das Konsumklima stieg im September auf den „höchsten Wert seit Oktober 2001“.

Zugleich stieg in den letzten zwölf Monaten die Zahl überschuldeter Verbraucher erneut um rund 65.000 Fälle. Zwar sank die Überschuldungsquote wieder leicht (von 10,06 auf 10,04 Prozent), aber nur, da die Bevölkerung in Deutschland durch Zuwanderung und Migration stärker zugenommen hat. Die Überschuldungsquote verbleibt dennoch weiterhin über der 10-Prozent-Marke. Und auch für die

nächsten Monate ist nicht davon auszugehen, dass die Überschuldungszahlen in Deutschland sinken werden.

Das diesjährige Sonderthema „Die angegriffene Mitte – Überschuldung und Insolvenz in der Mittelschicht“ befasst sich ausführlicher mit den Auswirkungen von Überschuldung auf die „Mitte der Gesellschaft“. Die Nachanalysen zur Bundestagswahl 2017 zeigten, dass sich offensichtlich immer mehr Menschen von der ökonomischen Aufwärtsentwicklung der letzten Jahre abgekoppelt fühlen.

Die drei Autoren des Gastbeitrags, Dr. Marion Müller (Süddeutsches Institut für empirische Sozialforschung, München), Prof. Dr. Patricia Pfeil (Hochschule Kempten) und Dr. Udo Dengel (Hochschule Fulda), haben über einen Zeitraum von drei Jahren 20 überschuldete Familien aus der Mittelschicht in Deutschland begleitet. Die Grundlagenstudie wurde von der Deutschen Forschungsgemeinschaft gefördert und zeigt: Überschuldung von Familien in der Mittelschicht ist oft ein „unsichtbares Phänomen“. Die Gruppe der Überschuldeten wird trotz ihrer Größe medial und gesellschaftlich kaum wahrgenommen. Dies nicht zuletzt, da die Betroffenen trotz materieller Einschränkungen Strategien entwickeln, um ihre gesellschaftliche Position und ihre Identität zu erhalten – leider zum Teil nicht immer mit Erfolg, wie auch die aktuellen Zahlen belegen.

Wir wünschen Ihnen eine spannende und erkenntnisreiche Analyse.
Herzlichst

Ralf Zirbes
Creditreform
Boniversum GmbH

Rolf Küppers
microm Micromarketing-
Systeme und Consult GmbH

Michael Bretz
Creditreform
Wirtschaftsforschung

Neuss, den 09. November 2017

Wichtige Definitionen

Ansatz und Basisbegriffe

Der SchuldnerAtlas Deutschland untersucht, wie sich die Überschuldung von Verbrauchern innerhalb Deutschlands kleinräumig verteilt und entwickelt. Überschuldung liegt dann vor, wenn der Schuldner die Summe seiner fälligen Zahlungsverpflichtungen mit hoher Wahrscheinlichkeit über einen längeren Zeitraum nicht begleichen kann und ihm zur Deckung seines Lebensunterhaltes weder Vermögen noch Kreditmöglichkeiten zur Verfügung stehen. Oder kurz: Die zu leistenden Gesamtausgaben sind höher als die Einnahmen. Mit Hilfe der Überschuldungsquoten, das heißt dem Anteil der Personen mit Negativmerkmalen im Verhältnis zu allen Personen ab 18 Jahren, kann die Überschuldung in ihrer geographischen Verteilung bis hin auf die Ebene von Straßenabschnitten dargestellt werden.

Negativmerkmale

Die Negativmerkmale setzen sich zusammen aus den aktuell vorliegenden juristischen Sachverhalten (Daten aus den amtlichen Schuldnerverzeichnissen – früher: Haftanordnung und Eidesstattliche Versicherung – und Privatinsolvenzen), unstrittigen Inkasso-Fällen von Creditreform gegenüber Privatpersonen und nachhaltigen Zahlungsstörungen. Nachhaltige Zahlungsstörungen werden in einer Minimaldefinition abgegrenzt durch den Tatbestand von mindestens zwei, meist aber mehreren vergeblichen Mahnungen mehrerer Gläubiger. Die Speicherung der Daten ist durch das Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) und dort vor allem durch § 28a und § 29 geregelt.

Überschuldungsintensität

Zwei Formen von Überschuldung werden in der Analyse unterschieden: Fälle mit „hoher“ Überschuldungsintensität basieren auf einer hohen Anzahl von miteinander verknüpften Negativmerkmalen, meist juristischen Sachverhalten und unstrittigen Inkasso-Fällen, zudem oft nachhaltigen Zahlungsstörungen. Fälle mit „geringer Überschuldungsintensität“ basieren auf einer eher niedrigen Anzahl von Negativmerkmalen, oft auch so genannten nachhaltigen Zahlungsstörungen (Minimaldefinition abgegrenzt durch den Tatbestand von mindestens zwei, meist aber mehreren vergeblichen Mahnungen mehrerer Gläubiger).

Datenquellen

Die vorliegende Analyse basiert auf den Daten und Karten der Creditreform Tochterfirmen Creditreform Boniversum GmbH und microm Micromarketing-Systeme und Consult GmbH (beide Neuss).

TRENDS KOMPAKT: Überschuldung nimmt 2017 erneut zu

	Basiswerte	Abweichungen	
Überschuldete Personen	6,91 Millionen	+ 65.000 Fälle	+ 0,9 Prozent
Überschuldungsquote	10,04 Prozent	- 0,02 Punkte	
<i>Personen mit harten Negativmerkmalen</i>	<i>4,22 Millionen</i>	<i>+ 53.000 Fälle</i>	<i>+ 1,2 Prozent</i>
<i>Personen mit weichen Negativmerkmalen</i>	<i>2,69 Millionen</i>	<i>+ 12.000 Fälle</i>	<i>+ 0,5 Prozent</i>
<i>Überschuldete Haushalte</i>	<i>3,41 Millionen</i>	<i>+ 19.000 Fälle</i>	<i>+ 0,6 Prozent</i>
Frauen	2,68 Millionen	+ 39.000 Fälle	+ 1,5 Prozent
<i>Überschuldungsquote</i>	<i>7,61 Prozent</i>	<i>+ 0,06 Punkte</i>	
Männer	4,24 Millionen	+ 26.000 Fälle	+ 0,6 Prozent
<i>Überschuldungsquote</i>	<i>12,59 Prozent</i>	<i>- 0,13 Punkte</i>	
bis unter 30 Jahre	1,66 Millionen	- 6.000 Fälle	- 0,4 Prozent
<i>Überschuldungsquote</i>	<i>14,06 Prozent</i>	<i>- 0,45 Punkte</i>	
30 bis 39 Jahre	1,92 Millionen	+ 31.000 Fälle	+ 1,6 Prozent
<i>Überschuldungsquote</i>	<i>18,93 Prozent</i>	<i>- 0,24 Punkte</i>	
40 bis 49 Jahre	1,48 Millionen	- 11.000 Fälle	- 0,8 Prozent
<i>Überschuldungsquote</i>	<i>12,88 Prozent</i>	<i>+ 0,33 Punkte</i>	
50 bis 59 Jahre	1,14 Millionen	+ 13.000 Fälle	+ 1,1 Prozent
<i>Überschuldungsquote</i>	<i>8,80 Prozent</i>	<i>- 0,10 Punkte</i>	
60 bis 69 Jahre	0,52 Millionen	+ 18.000 Fälle	+ 3,5 Prozent
<i>Überschuldungsquote</i>	<i>5,48 Prozent</i>	<i>- 0,03 Punkte</i>	
über 70 Jahre	0,19 Millionen	+ 20.000 Fälle	+ 11,5 Prozent
<i>Überschuldungsquote</i>	<i>1,50 Prozent</i>	<i>+ 0,16 Punkte</i>	
Gesamtschuldenvolumen*	209 Mrd. Euro	- 8 Mrd. Euro	- 4 Prozent

*) Basiswert für mittlere Schuldenhöhe: Statistisches Bundesamt, Statistik zur Überschuldung privater Personen 2016, 29.06.2017 – Der Wert für 2017 basiert auf einer Hochrechnung.
Alle Tabellen nebst detaillierten Quellenangaben sind in Kapitel 6 Basisdaten: Karten, Tabellen und Schaubilder zu finden.
Rundungsdifferenzen möglich.

■ 1 Status: Überschuldung von Verbrauchern in Deutschland

Die eher pessimistische Prognose aus dem Vorjahr bestätigt sich leider: Die Zahl überschuldeter Verbraucher in Deutschland hat in den letzten zwölf Monaten zum vierten Mal in Folge zugenommen – allerdings weniger stark als im letzten Jahr. Zudem ist die Überschuldungsquote wieder leicht gesunken, da die Bevölkerungszahl in Deutschland auch durch Zuwanderung und Migration nochmals stärker als in den Vorjahren zugenommen hat. Allerdings blieb die konjunkturelle Lage in Deutschland in den letzten zwölf Monaten trotz verschiedener „Trump-Schocks“ und einer weiter zunehmenden Zahl terroristischer Attacken und anderer unkalkulierbarer global-ökonomischer Risiken, wie insbesondere die Gefahr eines atomaren Schlagabtauschs auf der koreanischen Halbinsel oder einer „versehentlichen“ Konfrontation der „Supermächte“, erstaunlich stabil.

Der deutsche Mittelstand zeigt sich laut Creditreform Wirtschaftsforschung Mitte Oktober 2017 „in bester Stimmung“. Der Creditreform Geschäftsklimaindex erreicht ganz aktuell ein „neues Allzeithoch“. Das Rezessionsrisiko für die deutsche Wirtschaft lag nach Angaben des IMK Konjunkturindikator im Jahresverlauf auf niedrigem Niveau. Der ifo-Geschäftsklimaindex hatte sich seit Januar 2017 sechsmal in Folge verbessert und dabei dreimal den eigenen Rekordwert in Folge „geknackt“. Ende Oktober erreicht er einen weiteren Bestwert. Die deutsche Wirtschaft war nach Angaben des Statistischen Bundesamtes schwungvoll ins neue Jahr gestartet, nachdem das Bruttoinlandsprodukt dank „moderatem Wachstumskurs“ im Gesamtjahr 2016 um 1,9 Prozent zugelegt hatte. Für das laufende Jahr erwarten die führenden Wirtschaftsinstitute in der aktuellen Herbstprognose nach Revision einen Anstieg des BIP von 1,9 Prozent und für das kommende Jahr eine Zunahme um 2,0 Prozent. Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag erwartet für 2018 in der aktuellen Herbstprognose sogar einen Anstieg um 2,2 Prozent.

15. SchuldnerAtlas Deutschland: Überschuldungsfälle nehmen weiter zu, aber ...

... Überschuldungsquote sinkt leicht

Deutsche Wirtschaft weiter im „Boom-Modus“

Die deutschen Unternehmen sind „in bester Stimmung“

Bruttoinlandsprodukt auch 2017 auf Wachstumskurs

Auch für 2018 Positivtrend erwartet

Konjunkturelle Rahmenbedingungen bleiben weiterhin stabil positiv

Arbeitslosigkeit sinkt weiter

Flüchtlingskrise: „Arbeitsmarktwunder“ ist bislang ausgeblieben ...

... wirkt aber wie ein Konjunkturprogramm

Basistrends bleiben „bedenklich“ ...

Dank der guten Konjunktur konnten sich die meisten Verbraucher in Deutschland, wie bereits in den vergangenen Jahren, über weithin stabile und günstige wirtschaftliche Rahmenbedingungen freuen. Arbeitsmarkt, Einkommenslage sowie Konjunktur- und Konsumklima zeigten sich auch in den letzten zwölf Monaten weitgehend verlässlich positiv. Die Einkommenssituation der Verbraucher blieb auch dank der vergleichsweise hohen Tarifabschlüsse des letzten und auch des laufenden Jahres stabil. Zudem hat die Arbeitslosigkeit trotz Zuwanderung weiter abgenommen. Die Arbeitslosenquote lag im Oktober bei nur noch 5,4 Prozent (30. Oktober 2017: 2,389 Millionen Arbeitslose; - 151.200 im Vergleich zum Vorjahr). Ein fester Arbeitsplatz bildet weiterhin die wichtigste Grundlage, um das Überschuldungsrisiko bei den meisten Verbrauchern gering zu halten.

Hingegen ist die so genannte „Flüchtlingskrise“, die seit Herbst 2015 die Medien und die öffentliche Wahrnehmung dominiert, immer noch nicht bewältigt. So ist ein „Arbeitsmarktwunder“ durch die Flüchtlinge als Antwort auf Fachkräftemangel und demographischen Wandel bislang ausgeblieben. Vorübergehend zunehmende Arbeitslosenmeldungen von Flüchtlingen werden nach Angaben des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung vom September 2017 von der grundsätzlich guten Arbeitsmarktentwicklung kompensiert. Zudem wirkten die öffentlichen Ausgaben zur Bewältigung der Flüchtlingskrise nach Angaben des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) wie ein „riesiges Konjunkturprogramm“ für die deutsche Wirtschaft. 2016 waren hierfür 21,7 Milliarden Euro ausgegeben worden, für 2017 sind weitere 21,3 Milliarden Euro eingeplant. Zudem lassen auch die aktuellen Daten keinen Rückschluss darauf zu, dass der Anstieg der Überschuldungszahlen mit der Zunahme der Flüchtlinge ursächlich in Verbindung steht. Allerdings führte der erneute deutliche Anstieg der Gesamtbevölkerung zu einer leichten Abnahme der Überschuldungsquote.

Dennoch zeigen sich auch in diesem Jahr weitgehend stabile und in einer Gesamtsicht bedenkliche Trends: Das Phänomen Altersüberschuldung gewinnt weiter an

Bedeutung. Vier von fünf neuen überschuldeten Personen sind in diesem Jahr älter als 50 Jahre. Die Zahl junger überschuldeter Verbraucher hat wiederum, allerdings weniger stark als im Vorjahr, abgenommen. Die besonders wirtschaftsaktiven 30- bis 39-jährigen Verbraucher zeigen weiterhin die höchsten Überschuldungsquoten und die stärkste Zunahme der Überschuldungsfälle. 60 Prozent der neuen Überschuldungsfälle stellen Frauen, auch wenn Männer deutlich häufiger überschuldet sind als Frauen. Arbeitslosigkeit, Scheidung / Trennung, Krankheit / Sucht und Unfall und auch „unwirtschaftliche Haushaltsführung“ bleiben nach Angaben des Statistischen Bundesamtes die wichtigsten Überschuldungsauslöser. Auch in diesem Jahr verzeichnen mehr Kreise und Städte Anstiege (209 von 401) als Rückgänge der Überschuldungsquoten (192 von 401).

Zudem haben sowohl die Zahl der Überschuldungsfälle mit so genannter „hoher Überschuldungsintensität“ (vereinfacht: juristische Sachverhalte) als auch die Zahl der Überschuldungsfälle mit geringer Intensität (vereinfacht: nachhaltige Zahlungsstörungen) zugenommen – letztere zum ersten Mal seit fünf Jahren. Zugleich hat sich das durchschnittliche Schuldenvolumen je Überschuldungsfall nach Angaben des Statistischen Bundesamtes weiter verringert. Alles in allem ist davon auszugehen, dass die Überschuldungszahlen in Deutschland auch in der näheren Zukunft weiter steigen werden. Für viele Verbraucher bleibt die Überschuldungsampel auch in den nächsten 12 Monaten „rot“.

Alle vertiefenden Untersuchungen zeigen, dass Überschuldung nicht allein ein Problem der unteren sozialen Schichten oder nur sozial benachteiligter Personengruppen ist. So finden sich nach Analysen der Sinus-Geo-Milieus® in allen Schichten der Gesellschaft besonders überschuldungsaffine Personengruppen, für die Konsum und Kredit mehr Mittel zum Zweck sind. In der Regel gelingt es aber den sozioökonomisch besser gestellten Schichten Überschuldung durch entsprechendes Verhalten und vorhandene Mittel zu vermeiden. Dennoch zeigt sich, dass auch immer mehr Verbraucher aus der so genannten Mittelschicht in eine

... und auch 2017 stabil

Gleichzeitiger Anstieg von Überschuldungsfällen mit hoher und geringer Intensität

Überschuldungsampel bleibt für viele Verbraucher auf „rot“

Überschuldung ist nicht nur ein Problem sozial benachteiligter Gruppen

Menschen fühlen sich von der ökonomischen Aufwärtsentwicklung abgekoppelt

„Systemische Finanzkrisen“ fördern politische Radikalisierung

***Sonderthema:
„Die angegriffene Mitte“ –
Überschuldung und
Insolvenz in der Mittelschicht***

Überschuldungsspirale geraten. Obwohl zugleich die deutsche Wirtschaft seit etwa 2011 „brummt“ und von Rekord zu Rekord eilt, fühlen sich immer mehr Menschen von der ökonomischen Aufwärtsentwicklung abgekoppelt, wie auch die Nachanalysen zur letzten Bundestagswahl ergeben haben. Diese Menschen haben offensichtlich den „Glauben an langfristigen Wohlstandsgewinn und kollektiven Aufstieg verloren“ und machen dafür zunehmend Minderheiten und spätestens seit Ende 2015 Flüchtlinge und Migranten verantwortlich. Eine Langzeit-Analyse von „systemischen Finanzkrisen“ hat ergeben, dass rechtsextreme Parteien ihren Stimmenanteil in Post-Finanzkrisenzeiten im Durchschnitt um rund 30 Prozent erhöhen konnten (s. Kapitel 2).

Auch vor diesem Hintergrund und nicht nur angesichts des weiter zunehmenden Problemdrucks befasst sich das aktuelle Sonderthema in diesem Jahr mit den individuellen Folgen von Überschuldung auf Familien aus der Mittelschicht in Deutschland. Die drei Autoren Dr. Marion Müller (Süddeutsches Institut für empirische Sozialforschung, München), Prof. Dr. Patricia Pfeil (Hochschule Kempten) und Dr. Udo Dengel (Hochschule Fulda) haben über einen Zeitraum von drei Jahren in einer qualitativen Panelstudie 20 überschuldete Familien in ganz Deutschland begleitet. Überschuldung greift die Identität als Mittelschichtsangehörige an. Überschuldung bleibt dabei oft ein „unsichtbares Phänomen“. Dies nicht zuletzt, da die Betroffenen trotz materieller Einschränkungen Strategien entwickeln, um ihre gesellschaftliche Position und ihre Identität zu erhalten – leider zum Teil nicht immer mit Erfolg.

1.1 Die Zahl der Überschuldungsfälle von Verbrauchern hat 2017 erneut zugenommen

Die Zahl überschuldeter Privatpersonen in Deutschland ist 2017 zum vierten Mal in Folge angestiegen. Zum Stichtag 1. Oktober 2017 wurde für die gesamte Bundesrepublik eine Überschuldungsquote von 10,04 Prozent gemessen. Damit sind nunmehr über 6,9 Millionen Bürger über 18 Jahre überschuldet und weisen nachhaltige Zahlungsstörungen auf. Dies sind rund 65.000 Personen mehr als noch im letzten Jahr (+ 0,9 Prozent). 2016 nahm die Zahl überschuldeter Personen noch deutlicher um rund 131.000 Fälle (+ 1,9 Prozent) zu, nachdem sie 2015 nur um rund 44.000 Fälle (+ 0,7 Prozent) und 2014 um 90.000 Fälle angestiegen war. Zuletzt konnte noch 2013 ein leichter Rückgang um 10.000 Überschuldungsfälle (- 0,2 Prozent) gemessen werden. Auffällig: Die Überschuldungsquote sinkt leicht, da die Bevölkerung durch Zuwanderung und Migration spürbar zugenommen hat. Laut Statistischem Bundesamt steigt die Einwohnerzahl „aufgrund der überdurchschnittlich hohen Wanderungsgewinne seit 2012 wieder an“.

2017: 6,91 Mio. überschuldete Personen in Deutschland (+ 65.000 Personen)

2017: Anstieg geringer als im Vorjahr

Überschuldungsquote sinkt durch hohe „Wanderungsgewinne“

Tab. 1.: Überschuldungsquoten in Deutschland 2014 bis 2017

■	Einwohner	Personen über 18 Jahre	Überschuldete Personen	Überschuldungsquote	Überschuldete Haushalte
2014	81,20 Mio.	67,43 Mio.	6,67 Mio.	9,90%	3,34 Mio.
2015	81,54 Mio.	67,69 Mio.	6,72 Mio.	9,92%	3,33 Mio.
2016	82,89 Mio.	68,05 Mio.	6,85 Mio.	10,06%	3,39 Mio.
2017	83,75 Mio.	68,83 Mio.	6,91 Mio.	10,04%	3,41 Mio.

Die Gesamt-Tabelle ist in Kapitel 6.3. zu finden: Tabelle 14.

Die aktuelle Überschuldungsquote für Deutschland liegt damit zum zweiten Mal hintereinander seit 2008 wieder über der 10-Prozent-Marke, verbleibt aber weiterhin deutlich unter den Höchstwerten der Jahre 2005 bis 2007. 2017 können nach überschlägigen Berechnungen rund 3,41 Millionen Haushalte als überschuldet und nachhaltig zahlungsgestört gelten (2016: 3,39 Millionen; 2004: 3,10 Millionen).

2017: 3,41 Millionen Haushalte sind überschuldet und nachhaltig zahlungsgestört

***Auch 2017 kontinuierlicher
Anstieg der Schuldnerzahlen
im Jahresverlauf***

***Anstieg von harter und
weicher Überschuldung
zugleich***

***Hauptüberschuldungs-
auslöser: Erklärungen
durch zeitversetzte Analysen***

***2008 / 2017: Ökonomische
Auslöser verlieren
an Bedeutung***

***„Erkrankung, Sucht, Unfall“
sowie „unwirtschaftliche
Haushaltsführung“
nehmen als Auslöser zu***

Wie im Vorjahr nahmen die Überschuldungszahlen im Verlauf der letzten zwölf Monate trotz meist durchgehend positiver Konjunkturlage kontinuierlich zu, wie die regelmäßigen Zwischenstandsanalysen zeigen. Allerdings beruht der aktuelle Anstieg der Überschuldungsfälle sowohl auf einer Zunahme der Fälle mit hoher Überschuldungsintensität (vereinfacht: juristische Sachverhalte) wie auch auf einem Anstieg der Zahl der Fälle mit geringer Überschuldungsintensität (vereinfacht: nachhaltige Zahlungsstörungen, s. Kapitel 1.2). Dies war zuletzt 2011 / 2012 der Fall, seitdem waren die „harten“ Überschuldungsfälle kontinuierlich gestiegen, die „weichen“ Überschuldungsfälle durchgehend gesunken.

Die Gründe für den aktuellen Doppeltrend sind vielfältig und auch vor dem Hintergrund meist zeitversetzter Wirkungsketten zu interpretieren. So zeigt sich in der Analyse der Hauptauslöser für Überschuldungsprozesse, die seit 2008 kontinuierlich vom Statistischen Bundesamt durchgeführt wird, dass langfristig vorwiegend ökonomische Auslöser wie Arbeitslosigkeit (Anteil 2017: 21 Prozent; Abweichung 2008 / 2017: - 27 Prozent der Fälle) und gescheiterte Selbstständigkeit (8 Prozent; 2008 / 2017: - 12 Prozent der Fälle) an Bedeutung verloren haben. Ihre Anteile als Hauptüberschuldungsgründe haben sich, abgesehen von kleinen Schwankungen mit temporären Anstiegen, auf Grund der in den letzten Jahren insgesamt stabilen Konjunktur in Deutschland deutlich verringert. Diese Auslöser korrelieren stärker mit einer Zunahme der Fälle mit hoher Überschuldungsintensität (s. Kapitel 6.3: Tabelle 16).

Zugleich wiesen die Überschuldungsauslöser Erkrankung, Sucht, Unfall (Anteil 2017: 15 Prozent; Abweichung 2008 / 2017: + 39 Prozent der Fälle) sowie unwirtschaftliche Haushaltsführung (Anteil 2017: 11 Prozent; Abweichung 2008 / 2017: + 13 Prozent der Fälle) merkliche Anstiege als Auslöser für Überschuldungsfälle auf. Insbesondere der Auslöser unwirtschaftliche Haushaltsführung bildet oft „schleichend“ den Einstieg in eine Überschuldungsspirale und korreliert eher mit Fällen mit geringer Überschuldungsintensität. Beide Entwicklungen erklären zusammengenommen den aktuellen Basistrend, nach dem die so genannte „weiche

Überschuldung“ seit 2012 kontinuierlich zurückgegangen war. Fälle mit hoher Überschuldungsintensität sind oft mit einer längeren Überschuldungskarriere und oft auch mit höheren Schuldenvolumina verbunden. Fälle mit geringer Überschuldungsintensität sind mit eher geringeren Schuldensummen verbunden und bilden oft eine Vorstufe zum Überschuldungskarussell. Bei vielen Verbrauchern hat oft Konsumverschuldung, häufig auch hervorgerufen durch so genannten „Nachholkonsum“, zu nachhaltigen Zahlungsstörungen geführt, wie bereits 2012 belegt werden konnte. Zudem zeigt der Anstieg des Überschuldungsauslösers Erkrankung, Sucht, Unfall, dass möglicherweise auch die zunehmende „Arbeitsverdichtung“ in vielen Berufen, also der Zunahme der pro Zeiteinheit zu leistenden Menge an Arbeit, zu Krankheit und in Folge zu zusätzlichen finanziellen Belastungen resp. Engpässen geführt hat.

Nachhaltige Zahlungsstörungen: Oft Vorstufe im „Überschuldungskarussell“

Auf „Arbeitsverdichtung“ folgen oft Krankheit und finanzielle Engpässe

Und so verwundert es nicht, dass Frauen bei der Überschuldungsentwicklung in Deutschland eine zunehmend größere Rolle spielen. Nicht zuletzt, da besonders alleinerziehende Frauen überdurchschnittlich häufig von Überschuldung betroffen sind und oft auch im Familienleben eine Doppelbelastung „aushalten“ müssen.¹ Männer stellen zwar weiterhin die meisten Überschuldungsfälle, der Anteil an Frauen hat in den letzten Jahren aber deutlich zugenommen. So hat auch in diesem Jahr die Zahl der Überschuldungsfälle von Frauen stärker zugenommen als bei Männern. Männer verursachten in diesem Jahr rund 26.000 neue Überschuldungsfälle (+ 0,6 Prozent). Bei Frauen betrug die Zunahme rund 39.000 Fälle (+ 1,5 Prozent). Frauen stellten in diesem Jahr einen stärkeren Anstieg sowohl der harten (+ 29.000; + 1,9 Prozent) als auch der weichen Überschuldungsfälle (+ 10.000; + 0,9 Prozent). Bei Männern lagen die Zahlen merklich darunter (harte Fälle: + 23.000 Fälle; + 0,9 Prozent; weiche Fälle: + 2.000; + 0,1 Prozent).

Frauen tragen auch 2017 einen höheren Anteil an der Überschuldungsentwicklung

***2016 / 2017
Männer: + 26.000 Fälle
Frauen: + 39.000 Fälle***

¹ So zeigte eine überschlägige Analyse der Überschuldungssituation von alleinerziehenden Männern und Frauen im Jahr 2013: Über 80 Prozent der Alleinerziehenden sind Frauen. 2012 standen beispielsweise rund 2,3 Millionen alleinerziehende Frauen (Anteil 87 Prozent) rund 0,4 Millionen alleinerziehenden Männern gegenüber (13 Prozent). Die spezifische Überschuldungsquote für Alleinerziehende betrug somit rund 38 Prozent. Bei weiblichen Alleinerziehenden lag die Überschuldungsquote bei rund 39 Prozent (0,92 Millionen Überschuldungsfälle), bei männlichen Alleinerziehenden bei etwa 30 Prozent mit rund 110.000 Betroffenen (vgl. auch SchuldnerAtlas Deutschland 2013, S. 31ff.).

Überschuldungsquoten 2017
Männer: 12,59 Prozent
Frauen: 7,61 Prozent

2016 / 2017
Männer: + 0,6 Prozent
Frauen: + 1,5 Prozent

2017 sind insgesamt rund 4,24 Millionen überschuldete Personen männlichen und rund 2,68 Millionen weiblichen Geschlechts. Somit können in diesem Jahr rund 7,61 Prozent der Frauen in Deutschland über 18 Jahre (2016: 7,55 Prozent) als überschuldet und zumindest nachhaltig zahlungsgestört gelten. Die aktuelle Überschuldungsquote bei Männern liegt bei 12,59 Prozent (2016: 12,72 Prozent). Der Rückgang der männlichen Überschuldungsquote liegt auch darin begründet, dass die Zahl männlicher Personen in Deutschland langfristig stärker angestiegen ist als die der Frauen. Die weibliche Überschuldungsquote ist seit 2004 von 6,09 Prozent bis 2017 um 1,51 Punkte gestiegen, die der überschuldeten Männer im selben Zeitraum von 13,55 Prozent um 0,96 Punkte gesunken.

Tab. 2.: Überschuldete Personen (in Mio.) und Überschuldungsquoten nach Geschlecht 2014 bis 2017

■	Überschuldete Personen			Überschuldungsquoten		
	Gesamt	Männer	Frauen	Gesamt	Männer	Frauen
2014	6,67	4,12	2,56	9,90%	12,61%	7,35%
2015	6,72	4,14	2,58	9,92%	12,61%	7,39%
2016	6,85	4,21	2,64	10,06%	12,72%	7,55%
2017	6,91	4,24	2,68	10,04%	12,59%	7,61%

Die Gesamt-Tabellen sind in Kapitel 6.3. zu finden: Tabelle 17 bis 19.

Erklärungen für die unterschiedlichen Überschuldungsmuster

Die Erklärungsmuster für die unterschiedlichen Überschuldungsquoten von Männern und Frauen sind weiterhin stabil: Frauen übernehmen zunehmend im Rahmen veränderter Rollenbilder gleichberechtigt die Verantwortung für Schulden als Einkommensbezieherinnen oder als Alleinerziehende. Männer verfügen im Schnitt über höhere Einkommen und sind häufiger Haushaltsvorstand und Hauptverdiener. Männer sind zudem auch bei Finanzentscheidungen risikobereiter als Frauen, die beispielsweise bei der Inanspruchnahme von Krediten (mäßigen) Einfluss auf die Höhe des Kredits nehmen. Frauen leiden zudem deutlich stärker unter so genanntem „Schuldenstress“, der allerdings oft auch in positiven Sinne mit Ausgabenvorsicht und Kaufzurückhaltung einhergeht.

Und wie bereits in den letzten Jahren gewinnt das Phänomen Altersüberschuldung weiter an Bedeutung. Die

Zahl überschuldeter Personen und die Überschuldungsquote in den beiden ältesten Personengruppen steigen auch in diesem Jahr merklich an. Vier von fünf neuen überschuldeten Personen sind in diesem Jahr älter als 50 Jahre. So hat die Zahl überschuldeter, über 70-jähriger Personen mit rund 12 Prozent überdurchschnittlich zugenommen, auch wenn auf niedrigerem Niveau als im Vorjahr. Die Überschuldungsquote der über 70-Jährigen (1,50 Prozent; + 0,16 Punkte) liegt zwar weiterhin deutlich unter den Vergleichswerten der anderen Altersgruppen, der Anstiegstrend ist im Mehrjahresvergleich 2013 / 2017 mit plus 76 Prozent dennoch überdurchschnittlich. Die Gesamtzahl überschuldeter Personen ist im gleichen Zeitraum „nur“ um rund fünf Prozent angestiegen.

**Basistrend auch 2017 stabil:
Altersüberschuldung
nimmt weiter zu**

Tab. 3.: Überschuldungsquoten nach Altersgruppen 2014 bis 2017

■	unter 30	30 – 39	40 – 49	50 – 59	60 – 69	ab 70	Gesamt
2014	15,37%	18,63%	11,77%	8,73%	4,96%	1,06%	9,90%
2015	14,86%	18,81%	12,06%	8,77%	5,25%	1,16%	9,92%
2016	14,50%	19,17%	12,56%	8,90%	5,51%	1,34%	10,06%
2017	14,06%	18,93%	12,88%	8,80%	5,48%	1,50%	10,04%
Abw. 2016/17	- 0,45	- 0,24	+ 0,33	- 0,10	- 0,03	+ 0,16	- 0,02
Abw. 2013/17	- 1,64	+ 0,80	+ 1,30	+ 0,20	+ 0,80	+ 0,61	+ 0,24

Die Gesamt-Tabellen sind in Kapitel 6.3. zu finden: Tabelle 20 bis 21.

Rund 194.000 Menschen ab 70 Jahren müssen in Deutschland in diesem Jahr als überschuldet eingestuft werden (+ 20.000 Fälle). Bei der nächstjüngeren Altersgruppe der 60- bis 69-Jährigen sind aktuell 522.000 Überschuldungsfälle zu zählen (+ 18.000 Fälle; + 4 Prozent). Auch in dieser Altersgruppe liegt der Anstieg merklich über dem Durchschnitt. In der ältesten Personengruppe ist der Anstieg auf einer gleichstarken Zunahme von Fällen mit hoher (vereinfacht: „juristische Sachverhalte“) und mit geringer Überschuldungsintensität (vereinfacht: nachhaltige Zahlungsstörungen) zurückzuführen. Bei den 60- bis 69-Jährigen nimmt die Zahl „harter“ Überschuldungsfälle mehr als doppelt so stark zu wie die der „weichen“ Überschuldungsfälle. Vertiefende Analysen zeigen, dass große Teile dieser Altersgruppen oft im Rahmen atypischer resp. geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse arbeiten, um fehlende

**Überschuldungsfälle 2017
60 bis 69 Jahre: 522.000 Fälle
(+ 18.000 Fälle)
über 70 Jahre: 194.000 Fälle
(+ 20.000 Fälle)**

**Ältere Menschen arbeiten oft
im Rahmen atypischer
Beschäftigungsverhältnisse**

**Die Zahl junger überschuldeter
Personen nimmt nur leicht ab
(- 6.000 Fälle)**

**Fälle mit hoher
Überschuldungsintensität
gehen zurück**

**Negativ-Spitzenreiter
bleiben auch 2017
die 30- bis 39-Jährigen**

Mittel zur Sicherung des Lebensunterhaltes zu beschaffen.² Offensichtlich reicht bei vielen älteren Verbrauchern das Leistungsniveau der Rentenversicherung nicht mehr aus. Allerdings meldeten im 1. Halbjahr 2017 tendenziell weniger ältere Verbraucher in Deutschland Privatinsolvenz an.

Zugleich nimmt die Zahl jüngerer Personen (unter 30 Jahre), die in einer Überschuldungspirale stecken, auch 2017 weiter ab (1,66 Millionen; - 6.000 Fälle). Allerdings war der Rückgang in den letzten drei Jahren jeweils schwächer ausgeprägt als im jeweiligen Vorjahr (2017: - 0,4 Prozent; 2016: - 1,7 Prozent; 2015: - 3,4 Prozent). Die Überschuldungsquote verringerte sich merklich, da die Zahl jüngerer Einwohner in den letzten 12 Monaten überdurchschnittlich zugenommen hat. Sie beträgt bei den unter 30-Jährigen nunmehr 14,06 Prozent (- 0,45 Punkte). Erfreulich: Der Rückgang der Überschuldungsfälle beruht ausschließlich auf einer Abnahme der Fälle mit hoher Überschuldungsintensität (- 11.000 Fälle). Allerdings nahm die Zahl überschuldeter Personen mit nachhaltigen Zahlungsstörungen (+ 5.000 Fälle) erstmals seit 2013 wieder zu.³

Die höchsten Überschuldungsquoten und die stärksten Anstiege der Überschuldungszahlen zeigen weiterhin die Altersgruppen der 30- bis 39-Jährigen (1,92 Millionen; + 31.000 Fälle). Der Anstieg beruht ausschließlich auf einer Zunahme der Fälle mit hoher Überschuldungsintensität (+ 35.000 Fälle), Fälle mit nachhaltigen Zahlungsstörungen gehen zurück (- 4.000 Fälle). Die Gruppe der 30- bis 39-Jährigen bleibt damit als besonders wirtschaftsaktive Altersgruppe auf Rang eins des Überschuldungsrankings nach Alter. Ihre Überschuldungsquote sinkt und beträgt „nur noch“ 18,93 Prozent

² Aktuelle Daten der Bundesagentur für Arbeit zeigen, dass die Zahl geringfügig Beschäftigter, insbesondere im Alter über 60 Jahren, deutlich angestiegen ist (2003 bis 2017: + 61 Prozent). Dies gilt besonders für „im Nebenjob geringfügig Beschäftigter“ (2003 / 2017: + 493 Prozent).

³ Die positive Entwicklung bei den jüngeren Überschuldeten korrespondiert mit der Entwicklung der Jugenderwerbslosenquote, die 2016 in Deutschland mit 7,1 Prozent ihren niedrigsten Stand seit Beginn der 1990er Jahre erreichte. Dies war nach Angaben des Statistischen Bundesamt von Mitte Oktober, „EU-weit der niedrigste Anteil“ (EU: 18,7 Prozent). In den südlichen Krisenländern Griechenland (47,3 Prozent), Spanien (44,4 Prozent) und Italien (37,8 Prozent) war die Jugenderwerbslosigkeit weiterhin überdurchschnittlich hoch. Als Jugenderwerbslose gelten 15- bis 24-Jährige, die nicht erwerbstätig sind, aber aktiv nach einer Arbeit suchen und für diese sofort zur Verfügung stehen würden. Vgl. Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung Nr. 374, 20.10.2017: Jugenderwerbslosenquote in Deutschland war 2016 mit 7 Prozent EU-weit am niedrigsten.

(- 0,24 Punkte), da die Einwohnerzahl dieser Altersgruppe ebenfalls überdurchschnittlich zugenommen hat. Dennoch weist fast jeder fünfte der 30- bis 39-Jährigen in Deutschland zumindest nachhaltige Zahlungsstörungen auf.

Neben der jüngsten Altersgruppe weisen in diesem Jahr nur die 40- bis 49-Jährigen (1,48 Millionen) einen Rückgang der Überschuldungsfälle auf (- 11.000 Fälle). Allerdings steigt die Überschuldungsquote aus demographischen Gründen zum vierten Mal in Folge (12,88 Prozent; + 0,33 Punkte), da sich die entsprechende Bevölkerungszahl weiter verkleinert hat. Der Rückgang der Überschuldungsfälle in dieser Altersgruppe basiert auf einem nahezu gleichstarken Rückgang der Fälle mit juristischer Dimension (- 5.000 Fälle) und der Fälle mit nachhaltigen Zahlungsstörungen (- 6.000 Fälle). Hingegen nimmt bei der Gruppe der 50- bis 59-Jährigen die Zahl Überschuldeter ebenfalls zu (1,14 Millionen; + 13.000 Fälle), wobei auch hier die Zahl der Fälle mit juristischer Dimension (+ 12.000 Fälle) deutlich stärker zulegt als die Zahl der Fälle mit nachhaltigen Zahlungsstörungen (+ 1.000 Fälle). Dank ebenfalls zunehmender Population sinkt die Überschuldungsquote dieser Altersgruppe von 8,90 auf 8,80 Prozent.

Generell gilt: Das Schuldenvolumen liegt bei älteren überschuldeten Personen deutlich höher als bei jüngeren. Ein Grund: Ältere Überschuldete konnten vor dem Hintergrund meist höherer Einkommen auch häufig höhere Verbindlichkeiten eingehen und befinden sich häufig schon länger in einem Überschuldungsprozess. Die Spannweite der Schuldenvolumina reichte nach Angaben des Statistischen Bundesamtes in der letzten Überschuldungsstatistik für das Jahr 2016 vom Juni 2017 von 46.400 Euro je erfasstem Überschuldungsfall bei den 60 bis 65-Jährigen (+ 50 Euro) bis hin zu rund 7.500 Euro bei den unter 25-Jährigen (- 170 Euro). Alles in allem sinkt die durchschnittliche Schuldenhöhe je Überschuldungsfall⁴ seit 2014. 2016 lag der Wert bei 31.610 Euro je erfasstem Überschuldungsfall (- 2.760 Euro).

**Gruppe der
40- bis 49-Jährigen: Anstieg
der Überschuldungsquote
bei gleichzeitigem Rückgang
der Überschuldungsfälle**

Spezifische Schuldenvolumina je Altersgruppe

Durchschnittliche Schuldenhöhe je Überschuldungsfall geht weiter zurück

⁴ Typische Verbindlichkeiten sind Miet- und Energiekosten, Telekommunikationskosten, Konsumkosten (Ratenkäufe, Kreditkarten), Unterhaltsverpflichtungen, Finanzamt, Schadensersatzforderungen, private Verbindlichkeiten, Strafen und Bußgelder (z. B. auch für „Schwarzfahren“ bei überwiegend jungen Menschen, meist in urbanen Zentren).

Seit 2006 hat sich der entsprechende Wert von rund 36.900 Euro auf nunmehr rund 30.200 Euro verringert (- 18 Prozent). Im Langzeitvergleich hat sich nur das Schuldenvolumen bei den älteren Personengruppen (70 Jahre und älter) erhöht. Die Schuldenvolumina aller anderen Altersgruppen gingen hingegen deutlich zurück.

Tab. 4.: Das Schuldenvolumen in Deutschland 2014 bis 2017 nach Statistischem Bundesamt – Hochrechnung auf der Basis von Realwerten

■	Schuldenvolumen nach Werten nach Statistischem Bundesamt	
	Mittlere individuelle Schuldenhöhe	Volkswirtschaftliches Schuldenvolumen
2014	34.500 €	230 Mrd. €
2015	34.400 €	231 Mrd. €
2016	31.600 €	217 Mrd. €
2017	30.200 €	209 Mrd. €

Eine Gesamt-Tabelle ist in Kapitel 6.2. zu finden: Tabelle 18.

Erwartetes Gesamtschuldenvolumen 2017: 209 Milliarden Euro

Männer haben weiterhin deutlich höhere Verbindlichkeiten als Frauen

Trotz der spürbaren Anstiege der Überschuldungszahlen in den letzten beiden Jahren ist nach überschlägigen Hochrechnungen durch den Rückgang der durchschnittlichen individuellen Schuldenvolumina wieder von einem merklichen Rückgang des Gesamtschuldenvolumens für ganz Deutschland auszugehen. Das erwartete Gesamtschuldenvolumen liegt 2017 bei etwa 209 Milliarden Euro (- 3,5 Prozent). Zudem verringerte es sich im Langzeitvergleich seit 2006 (265 Milliarden Euro) um rund 21 Prozent. Auch hier gilt generell: Männer sind laut Statistischem Bundesamt stärker betroffen, d. h. die mittlere Schuldenhöhe von männlichen Überschuldeten (2017: 35.200 Euro; - 4 Prozent) liegt weiterhin deutlich über dem aktuellen Vergleichswert bei Frauen (24.700 Euro; - 5 Prozent). Im Langzeitvergleich ist der entsprechende Wert bei Frauen (- 9.700 Euro zu 2006; - 28 Prozent) deutlich stärker zurückgegangen als bei Männern (- 4.100 Euro zu 2006; - 11 Prozent).⁵ Zudem hat eine aktuelle Untersuchung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung gezeigt, dass die Lohnunterschiede zwischen den Geschlechtern („Gender Pay Gap“) in Deutschland weiterhin groß sind. Frauen

⁵ Hierbei zeigt sich, dass fast 70 Prozent der Überschuldeten, die sich 2016 an eine Schuldnerberatungsstelle gewendet hatten, Forderungen aufwiesen, die unter 25.000 Euro lagen (bis unter 10.000 Euro: 40 Prozent; 10.000 bis 25.000 Euro: 29 Prozent). Nur etwa jeder 20. Betroffene (6 Prozent) wies Forderungen von 100.000 Euro und mehr auf. Vgl. Statistisches Bundesamt, Statistik zur Überschuldung privater Personen 2016 (29.06.2017).

erzielen insgesamt nur 51 Prozent des gesamten Bruttoeinkommens, also rund die Hälfte des Einkommens der Männer. Zudem sind auch Alterseinkünfte von Männern und Frauen sehr unterschiedlich. Offensichtlich korrespondiert die unterschiedliche Höhe der Einkünfte bei Männern und Frauen mit den unterschiedlichen geschlechtsspezifischen Schuldenvolumen.⁶

Frauen erzielen nur 51 Prozent des Bruttoeinkommens von Männern

In einer Gesamtsicht zeigt sich, dass es jüngeren Überschuldeten offensichtlich weiterhin schneller gelingt, einer möglichen Überschuldungsspirale zu entkommen. Ihre Überschuldung hat noch nicht die Intensität erreicht wie bei den älteren betroffenen Personengruppen. So liegen die Anzahl der Gläubiger und die Höhe des Schuldenvolumens deutlich niedriger als bei älteren Überschuldeten. Zudem bestätigt auch die aktuelle Analyse, dass der Doppeltrend zur Altersarmut und Altersüberschuldung weiterhin stabil ist, auch wenn vor monokausalen Rückschlüssen gewarnt werden muss.⁷ Altersarmut ist eine Folge verschiedener Entwicklungen, die zuallererst vor dem Hintergrund der Rentenreformen der letzten zwanzig Jahre zu sehen sind. Diese zielten fast durchweg auf eine Reduktion des Siche-

Jüngere entkommen schneller einer Überschuldungsspirale

Doppeltrend zur Altersarmut und Altersüberschuldung

⁶ Zum Hintergrund: Frauen erzielen insgesamt nur 51 Prozent des gesamten Bruttoeinkommens, also rund die Hälfte des Einkommens der Männer. Kapitaleinkommen sind hingegen gleichermaßen zwischen Männern und Frauen verteilt. Hier haben Frauen etwa 64 Prozent der Kapitaleinkommen der Männer, bei den Einkünften aus Vermietung und Verpachtung sind es sogar 82 Prozent. Der „Gender Pay Gap“ in Deutschland, also das Maß für die Lohnunterschiede zwischen den Geschlechtern, beträgt seit zehn Jahren etwa um die 22 Prozent. Das ist im OECD-Vergleich ein eher hoher Wert. Der Durchschnitt der OECD-Länder hat einen Wert von 15 Prozent. Die ungleichen Einkommen über das ganze Leben hinweg bewirken, dass die Rentenansprüche von Männern und Frauen sehr unterschiedlich sind. Der so genannte „Gender Pension Gap“ (als Unterschied für die Rentenansprüche von Männern und Frauen) in Deutschland beträgt nach Berechnungen des DIW 53 Prozent und liegt beispielsweise deutlich über dem Wert in Dänemark. Hier beträgt der Gender Pension Gap nur 24 Prozent. Zudem hat sich im Ländervergleich gezeigt, dass in Ländern mit einem hohen Gender Pension Gap, dort also wo die Alterseinkünfte von Männern und Frauen sehr unterschiedlich sind, Frauen häufiger an einer Depression erkranken. Vgl. DIW Berlin, Wochenbericht Nr. 43/2017, Gender Pay Gap, S. 953-982.

⁷ Zudem sollte auch dieses Thema bei den Jüngsten der Gesellschaft nicht übersehen werden: „Kinderarmut ist in Deutschland oft Dauerzustand: Rund 21 Prozent aller Kinder in Deutschland leben über eine Zeitspanne von mindestens fünf Jahren dauerhaft oder wiederkehrend in einer Armutslage. Weitere 10 Prozent machen temporäre Armutserfahrungen. Armut bedeutet in Deutschland zwar meist nicht, kein Dach über dem Kopf oder kein Essen zu haben. Die existenzielle Grundversorgung ist in der Regel gewährleistet. Arm zu sein heißt aber, auf vieles verzichten zu müssen, was für Gleichaltrige ganz normal zum Aufwachsen dazugehört. Vor allem schließt es von vielen sozialen und kulturellen Aktivitäten aus. Insbesondere wer dauerhaft in einer Armutslage aufwächst, erlebt Mangel und Verzicht. Durchschnittlich fehlen Kindern in einer dauerhaften Armutslage 7,3 der 23 Güter, Kindern, die kurzzeitig von Armut betroffen sind, 3,4 Güter. Dagegen müssen Kinder aus Familien mit sicherem Einkommen im Schnitt nur auf 1,3 Güter verzichten. Und Verzicht und Mangel haben langfristig Folgen: „Wer schon als Kind arm ist und nicht am gesellschaftlichen Leben teilnehmen kann, hat auch in der Schule nachweisbar schlechtere Chancen. Das verringert die Möglichkeit, später ein selbstbestimmtes Leben außerhalb von Armut zu führen.“ Vgl. Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2017), Armutsmuster in Kindheit und Jugend, Längsschnittbetrachtungen von Kinderarmut, in Kooperation mit dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), Oktober 2017, 72 Seiten.

**Altersarmut durch steigende
Einkommensrisiken ...**

rungsniveaus der gesetzlichen Rente, um den Beitragsatz zu stabilisieren. Zudem führen die Änderungen der Erwerbsbiografien jüngerer Geburtsjahrgänge, die Zunahme so genannter unsteter Erwerbsbiografien, das oben genannte Anwachsen des Niedriglohnssektors und eine Zunahme der versicherungsfreien Beschäftigung mit geringem Entgelt zu einer prekären Einkommenslage im Alter.

**... und mangelnde
Altersvorsorge**

Zudem zeigt das aktuelle „Vermögensbarometer 2017“ des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands (DGSV) auf der Basis einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage, dass weiterhin ein knappes Viertel der deutschen Verbraucher (23 Prozent) „keine Maßnahmen zur Altersvorsorge“ ergriffen hat – und dies auch nicht beabsichtigt (2016: 29 Prozent). Etwa jeder achte Verbraucher sieht sich dazu nicht in der Lage (13 Prozent; 2016: 16 Prozent). Bedenklich: Bei den jüngeren Verbrauchern, also bei den 18- bis 29-Jährigen geben derzeit sogar 36 Prozent an, nicht für das Alter vorzusorgen. Zudem gilt: Je geringer das zur Verfügung stehende Nettohaushaltseinkommen, desto höher der Anteil der „Nicht-Altersvorsorger“ (unter 1.000 Euro Einkommen: 47 Prozent; 1.000 bis unter 1.500 Euro: 40 Prozent).

1.2 „Harte“ und „weiche“ Überschuldung nehmen gleichzeitig zu

Der aktuelle Anstieg der Überschuldungszahlen beruht im Gegensatz zu den letzten Jahren auf einer gleichzeitigen Zunahme der Fälle mit hoher und mit geringer Überschuldungsintensität. Die Zahl der Fälle mit juristischen Sachverhalten nahm in den letzten zwölf Monaten um rund 53.000 Fälle zu (+ 1,2 Prozent), die Zahl der Fälle mit nachhaltigen Zahlungsstörungen um rund 12.000 Fälle (+ 0,5 Prozent). Allerdings sinkt der Anstieg der harten Überschuldungsfälle im Vergleich zum Vorjahr deutlich. Hingegen nimmt die Zahl der Fälle mit geringer Überschuldungsintensität erstmals seit 2011 / 2012 wieder zu – und dies ausschließlich in Westdeutschland (s. Kapitel 1.3).

Dieser Befund ist aus zwei Gründen besorgniserregend: Erstens sind weitere 53.000 Verbraucher in Deutschland in eine dauerhafte Überschuldungsspirale geraten – entweder über den Zwischenschritt nachhaltiger Zahlungsstörungen oder auch direkt in eine Überschuldung mit juristischer Merkmalsdimension. Im letzten Jahr lag die Zahl allerdings nochmals deutlich darüber (2016: + 220.000 Fälle). Dennoch sind rund 4,22 Millionen Menschen derzeit in Deutschland in einer dauerhaften Überschuldungsspirale (2006 / 2017: + 822.000 Fälle). Zweitens weisen weitere 12.000 Verbraucher nachhaltige Zahlungsstörungen auf und sind möglicherweise auf dem Weg in eine Überschuldungskrise. Sie waren in den letzten zwölf Monaten offensichtlich nicht in der Lage, Ausgabenvorsicht zu zeigen und weitere Schulden zu vermeiden. Im letzten Jahr war es noch rund 89.000 Verbrauchern gelungen, einer drohenden Überschuldungsspirale zu entkommen. Alles in allem zeigen derzeit 2,69 Millionen Verbraucher in Deutschland nachhaltige Zahlungsstörungen, die in vielen Fällen als Vorstufe zur harten Überschuldung auftritt.⁸

Erstmals seit 2011 / 2012 gleichzeitiger Anstieg von „harten“ und „weichen“ Überschuldungsfälle

Für 53.000 Verbraucher verschärft sich 2017 die Überschuldungslage

4,22 Millionen Verbraucher in einer dauerhaften Überschuldungsspirale

Weitere 12.000 Verbraucher sind auf dem Weg in eine Überschuldungskrise

⁸ Dabei zeigt sich auch, dass viele Betroffene vergleichsweise lange auf Unterstützung in der Schuldnerberatung warten müssen, da die personellen Kapazitäten oft begrenzt sind: „Personen, die aufgrund finanzieller Probleme im Jahr 2016 die Hilfe einer Schuldnerberatungsstelle in Anspruch nahmen, warteten durchschnittlich zehn Wochen auf einen ersten Beratungstermin. Trotz dieser durchschnittlichen Wartezeit konnte in 63 Prozent aller Fälle bereits innerhalb der ersten drei Wochen nach Kontaktaufnahme durch die überschuldete Person mit der Beratungsarbeit begonnen werden. Bei jeder zehnten Beratung betrug die Wartezeit mehr als 20 Wochen. Da in Überschuldungsfällen häufig Zahlungsfristen und Mahnverfahren mit zusätzlichen Gebühren im Raum stehen, ist eine möglichst zeitnah beginnende Schuldnerberatung für die Betroffenen von großer Bedeutung. Im schlimmsten Fall

**Trend zur strukturellen
Überschuldung ist stabil**

**Neubelebung des Trends
zur Konsumverschuldung?**

Auch wenn in diesem Jahr die Dynamik wieder etwas nachgelassen hat, spiegeln die aktuellen Daten den markanten Trend der Vorjahre zur zunehmenden Überschuldungsverhärtung und strukturellen Überschuldung wider. Zudem zeigt der Anstieg der weichen Überschuldungsfälle, dass sich der zwischenzeitlich abgeschwächte Trend zur Konsumverschuldung möglicherweise wiederbelebt hat. Der private Konsum und auch die Konsumstimmung haben jedenfalls im laufenden Jahre neue Höchststände erreicht. Die Fälle mit geringer Überschuldungsintensität hatten bis 2011 in Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise mit deutlich zurückgehender Konsumneigung einen (vorläufigen) Tiefstand erreicht und waren dann bis 2013 wieder, auch in Folge von „Nachholkonsum“, angestiegen. Danach war ihre Zahl bis Ende letzten Jahres kontinuierlich zurückgegangen.⁹

Tab. 5.: Überschuldete Personen nach Überschuldungsintensität 2014 bis 2017

■ Basiswerte	Hohe Überschuldungsintensität		Geringe Überschuldungsintensität	
	Anzahl	Abw. zum Vorjahr	Anzahl	Abweichung
2014	3,89 Mio.	+ 105.000	2,78 Mio.	- 16.000
2015	3,95 Mio.	+ 57.000	2,77 Mio.	- 13.000
2016	4,17 Mio.	+ 220.000	2,68 Mio.	- 89.000
2017	4,22 Mio.	+ 53.000	2,69 Mio.	+ 12.000
Abw. 2006 / 2017	+ 24,2%	+ 822.000	- 28,9%	- 1.096.000

Die Gesamt-Tabellen sind in Kapitel 6.3. zu finden: Tabellen 22 bis 23.

**Konsumklima und
-neigung erreichen 2017
neue Bestwerte ...**

Der aktuelle Anstieg der „weichen Überschuldung“ korrespondiert möglicherweise mit einer Zunahme der Konsumverschuldung. Nachdem 2015 / 2016 Konsumneigung und auch die kreditbasierte Anschaffungsbeurteilung der deutschen Verbraucher sich zumindest temporär abgeschwächt hatten, erreichte das Konsum- und Geschäftsklima in Deutschland in den letzten zwölf

können existenzielle Folgen eintreten, wie beispielsweise Stromsperrungen oder eine Kündigung des Mietvertrags. Eine längere Wartezeit resultiert häufig aus großer Nachfrage nach begrenzten Terminen der Beratungsstellen.“ Vgl. Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung, Nr. 201, 14.06.2017: Wartezeit auf Schuldnerberatung beträgt im Schnitt 10 Wochen.

⁹ Generell gilt: Die individuelle Überschuldungsentwicklung vollzieht sich nicht sprunghaft, sondern zeitlich versetzt über mittlere Zeiträume. So zeigen sich im (weiteren) Anstieg der Fälle mit hoher Überschuldungsintensität einerseits die Folgewirkungen der deutlichen Zunahme von Privatkonsum und Konsumverschuldung der Jahre 2011 / 2012. Viele Verbraucher hatten die seinerzeit bereits positiven ökonomischen Rahmenbedingungen genutzt, um vorhandene Konsum- und Anschaffungswünsche zu realisieren oder (entgangenen) Konsum nachzuholen. Andererseits hat sich offensichtlich die ökonomische Lage vieler überschuldeter Personen verschärft, die auf Grund einer prekären Einkommenslage und eines hohen Armutrisikos auch ein erhöhtes Überschuldungsrisiko aufweisen.

Monaten neue Bestwerte. Zugleich zeigte sich auch die Sparneigung der Verbraucher wechselhaft. Die Sparquote hatte Anfang 2013 einen Tiefpunkt erreicht (8,81 Prozent), um dann wieder sukzessive anzusteigen. Im ersten Quartal 2017 erreichte sie den höchsten Wert (10,02 Prozent) seit dem letzten Quartal 2009. Derzeit liegt sie mit 9,71 Prozent unter dem Vergleichswert des Vorjahres. Zudem erholte sich das Konsumklima im Jahresverlauf und erreichte trotz ungünstiger Rahmenbedingungen neue Rekordmarken – alles in allem gute Voraussetzungen und Ausdruck von Konsumwillen und -bereitschaft der deutschen Verbraucher.

... und die Sparquote sinkt wieder

Diese Entwicklung ist auch vor dem Hintergrund der bereits seit 2011 überwiegend positiven und dynamischen Wirtschaftsentwicklung zu analysieren, die in Deutschland allen Befürchtungen und geopolitischen Beeinträchtigungen zum Trotz seit spätestens 2010 fast durchgängig als sehr positiv einzuordnen war. So hatte sich das Bruttoinlandsprodukt in Deutschland 2016 trotz Befürchtungen um 1,9 Prozent erhöht (preisbereinigt, nach 1,7 Prozent im Jahr 2015). Für 2017 wird ebenfalls ein Anstieg des BIP von 1,9 Prozent erwartet, der zu Teilen wiederum auf dem privaten Konsum beruht.¹⁰ Die preisbereinigten privaten Konsumausgaben stiegen in Deutschland im Jahr 2016 um 2,7 Prozent im Vergleich zum Vorjahr.

Bruttoinlandsprodukt weiterhin deutlich im Plus ...

... durch Konsum von Verbrauchern und Staat

Wesentliche Gründe für diesen deutlichen Anstieg lagen demnach in der starken Konsumneigung der privaten Haushalte und auch im zunehmenden Staatsverbrauch. Gemessen in jeweiligen Preisen – also einschließlich Inflation – stiegen die privaten Konsumausgaben 2016 auf 1,67 Billionen Euro (2015: 1,63 Billionen Euro). Für 2017 können rund 1,72 Billionen Euro erwartet werden. Zudem besitzen die Menschen in Deutschland derzeit trotz Niedrigzinsen so hohe Geldvermögen

Private Konsumausgaben liegen 2017 bei rund 1,72 Billionen Euro

¹⁰ Die Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, also die so genannten „Wirtschaftswissenschaften“, schreibt dazu in ihrem Herbstgutachten von Anfang Oktober 2017: „Der Aufschwung der deutschen Wirtschaft hat an Stärke und Breite gewonnen. Neben den Konsumausgaben tragen nun auch das Auslandsgeschäft und die Investitionen zur Expansion bei. Die sehr hohe konjunkturelle Dynamik in der ersten Hälfte des laufenden Jahres wird sich zwar etwas abschwächen. Gleichwohl nimmt die Wirtschaftsleistung in diesem und im nächsten Jahr stärker zu als die Produktionskapazitäten wachsen. Im Ergebnis steigt die gesamtwirtschaftliche Auslastung, und die Wirtschaftsleistung liegt über dem Produktionspotenzial. Das Bruttoinlandsprodukt dürfte in diesem Jahr um 1,9 Prozent und im nächsten Jahr um 2 Prozent zulegen.“

***Geldvermögen in
Deutschland erreicht
neuen Rekordwert***

wie nie zuvor. Das Vermögen privater Haushalte summierte sich nach Angaben der Deutschen Bundesbank Ende des zweiten Quartals 2017 in Form von Bargeld, Wertpapieren, Bankeinlagen sowie Ansprüchen gegenüber Versicherungen auf den Rekordwert von knapp 5,72 Billionen Euro (+ 45 Milliarden Euro; + 0,8 Prozent im Vergleich zum Vorquartal).

Allerdings ist gleichermaßen festzuhalten, dass bei gleichzeitiger Wohlstandsvermehrung die Zahl armutsgefährdeter resp. einkommensschwacher Menschen in Deutschland weiter merklich zugenommen hat. Dies zeigen auch die Analysen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, die belegen, dass die Schere zwischen Arm und Reich „weiter auseinandergeht“.¹¹

***Überschuldungsgefährdung
und Einkommens-
polarisierung korrelieren***

Zudem zeigt die Überschuldungsforschung, dass sich der diesen Entwicklungen zu Grunde liegende Prozess der Einkommenspolarisierung (zwischen hohen und niedrigen Einkommensgruppen) und die Polarisierung der Überschuldungsquoten in Deutschland spiegeln. Letzterer hat sich auch in diesem Jahr weiter verstärkt, wie auch die Analysen der Überschuldungsentwicklung nach Sinus-Geo-Milieus® und den (drei übergeordneten) Lebenswelt-Segmenten in den vergangenen Jahren belegen konnten. Demnach können Einkommenspolarisierung und Überschuldung als zwei (komplementäre) Seiten einer Medaille verstanden werden. Der aktuelle Spreizungswert zwischen der niedrigsten und höchsten Überschuldungsquote (13,07 Punkte) nach Sinus-Geo-Milieus® erreicht derzeit jedenfalls einen neuen Höchstwert (seit 2010). Zudem bestätigen auch die Analysen der Überschuldungsdaten für die „Mittelschicht“, dass die Zahl der Überschuldungsfälle in den mittleren Schichten der Gesellschaft stärker zugenommen hat als in den oberen und unteren Schichten der Gesellschaft (s. Kapitel 2).

***Auch 2017 neuer Höchstwert
für Spreizung zwischen
niedrigster und höchster
Überschuldungsquote***

¹¹ Vgl. hierzu Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin), Wochenbericht Nr. 04/2017, Einkommensverteilung und Armutsrisiko, S. 71-84 sowie DIW Berlin, Wochenbericht Nr. 10/2017, Einkommensungleichheit, S. 159-172.

1.3 Ostdeutschland verschlechtert sich weniger stark als Westdeutschland – Bevölkerungszunahme senkt Überschuldungsquote

Der aktuelle Negativtrend spiegelt sich, wenn auch unterschiedlich ausgeprägt, in West- und Ostdeutschland. Dies gilt, auch wenn die Überschuldungsquoten in beiden Teilen Deutschlands leicht zurückgegangen sind. So zeigen die zu Grunde liegenden Bevölkerungsdaten, insbesondere durch Zuwanderung, einen merklichen Aufwärtstrend, der sowohl in Ost- wie auch in Westdeutschland über der Zunahme der Überschuldungsfälle liegt. Folglich steigen zwar in beiden Teilräumen die Überschuldungsfälle, aber nicht die Überschuldungsquoten. Insgesamt sind in diesem Jahr im Osten Deutschlands weiterhin rund 1,12 Millionen Personen als überschuldet zu betrachten, der Anstieg beträgt aktuell 3.000 Fälle. Im letzten Jahr betrug der Anstieg noch 15.000 Fälle. Im Westen sind aktuell rund 5,79 Millionen Personen überschuldet (+ 62.000 Fälle). 2016 betrug der Anstieg noch 116.000 Fälle. Die westdeutsche Überschuldungsquote sinkt mit 9,97 Prozent (- 0,03 Punkte) wieder knapp unter die 10-Prozent-Marke. Die ostdeutsche Überschuldungsquote verringert sich minimal von 10,43 auf 10,42 Prozent und verbleibt seit 2014 oberhalb der 10-Prozent-Marke.

Überschuldungsquoten leicht rückläufig wegen Bevölkerungszunahme

5,79 Mio. Fälle im Westen – 1,12 Mio. Fälle im Osten

Schuldnerquote im Osten weiterhin höher als im Westen

Tab. 6.: Überschuldete Personen und Überschuldungsquoten in West- und Ostdeutschland 2014 / 2017

■	Überschuldete Personen			Überschuldungsquoten			Spreizung
	West	Ost	Gesamt	West	Ost	Gesamt	
2014	5,57 Mio.	1,10 Mio.	6,67 Mio.	9,84%	10,17%	9,90%	+ 0,33
2015	5,62 Mio.	1,10 Mio.	6,72 Mio.	9,86%	10,26%	9,92%	+ 0,40
2016	5,73 Mio.	1,12 Mio.	6,85 Mio.	10,00%	10,43%	10,06%	+ 0,43
2017	5,79 Mio.	1,12 Mio.	6,91 Mio.	9,97%	10,42%	10,04%	+ 0,45

Alte Bundesländer, einschließlich Berlin. Spreizungswerte Ost / West in Prozentpunkten. Weitere Tabellen sind in Kapitel 6.3. zu finden: Tabelle 24.

Der im Vergleich zu den letzten Jahren leicht unterschiedliche Entwicklungstrend basiert auf einer weiteren merklichen Bevölkerungszunahme. Im Jahresverlauf verringerte sich die Zahl von Personen über 18 Jahren im Westen Deutschlands um rund 738.000 Menschen, im Osten stieg sie um rund 38.000 Personen

Bevölkerung nimmt in West und Ost zu

über 18 Jahren an.¹² Wäre die Bevölkerung in einer theoretischen Betrachtung nicht in genanntem Maße angestiegen, lägen die Überschuldungsquoten in Westdeutschland derzeit bei 10,10 Prozent, in Ostdeutschland bei 10,45 Prozent.

**Fälle mit hoher
Überschuldungsintensität
nehmen in Ost und West zu ...**

**... Fälle mit geringer
Überschuldungsintensität
nehmen nur in Ost ab**

**Überschuldungsfälle in Ost
2016/17: + 3.000 Fälle**

**Überschuldungsfälle in West
2016/17: + 62.000 Fälle**

Dennoch hat sich im Vergleich zum letzten Jahr der Anstiegstrend sowohl im Osten wie auch im Westen Deutschlands wieder merklich verlangsamt. Die entsprechenden Vergleichswerte zeigen aber, dass sich die Überschuldungsspirale im Westen weiterhin schneller dreht als im Osten. So ist der (prozentuale) Anstieg der Fälle mit hoher Überschuldungsintensität im Westen (+ 1,3 Prozent; 2016: + 5,6 Prozent) weiterhin stärker ausgeprägt als im Osten (+ 0,9 Prozent; 2016: + 5,3 Prozent). Zugleich nimmt auch in diesem Jahr die Zahl der Fälle mit nachhaltigen Zahlungsstörungen im Osten ab (- 0,8 Prozent; 2016: - 4,4 Prozent), während sie im Westen erstmals seit 2011 / 2012 wieder zunimmt (+ 0,7 Prozent; 2016: - 3,0 Prozent). Auch deshalb fällt auch die absolute Zunahme der Überschuldungsfälle im Westen Deutschlands (+ 62.000 Fälle) deutlich stärker aus als im Osten (+ 3.000 Fälle). Der Grundtrend bleibt gleich: Die Bundesländer im Osten Deutschlands weisen einen eher stabilen, die westlichen Bundesländer einen dynamischen Überschuldungssockel auf.¹³

Dies erklärt auch, warum die ostdeutschen Bundesländer Thüringen (seit 2007) und Sachsen (seit 2004) im Länder-Ranking auch in diesem Jahr auf den Plätzen drei und vier verbleiben, wobei Thüringen seit 2013

¹² Laut Statistischen Bundesamt hat die Bevölkerung mit Migrationshintergrund 2016 auf Basis des Mikrozensus zum fünften Mal in Folge einen „neuen Höchststand“ erreicht. Im Jahr 2016 hatten demnach rund 18,6 Millionen Menschen in Deutschland einen Migrationshintergrund: „Dies entsprach einem Zuwachs gegenüber dem Vorjahr von 8,5 Prozent. Das ist der stärkste Zuwachs seit Beginn der Messung im Jahr 2005. Der hohe Anstieg ist vor allem auf die hohe Zuwanderung von Ausländerinnen und Ausländern einschließlich der Schutzsuchenden in den Jahren 2015 und 2016 zurückzuführen.“ Vgl. Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung, Nr. 261, 01.08.2017: Bevölkerung mit Migrationshintergrund um 8,5 Prozent gestiegen. Zudem: „[...] Zum Jahresende 2016 waren im Ausländerzentralregister (AZR) gut 10,0 Millionen Menschen mit ausschließlich ausländischer Staatsangehörigkeit erfasst. Das ist die höchste jemals in Deutschland registrierte Zahl seit der Errichtung des AZR im Jahr 1967. Seit 2014, das heißt in den Jahren 2015 und 2016, hat die Zahl der Ausländerinnen und Ausländer um 1,886 Millionen zugenommen (+ 23,1 Prozent). Den größten Anteil an dieser Entwicklung hatte die Nettozuwanderung (Saldo aus Zuzügen und Fortzügen). Im Jahr 2015 umfasste sie 1,535 Millionen Personen, die 482.300 Personen im Jahr 2016 liegen um knapp 70 Prozent unter dem Vorjahreswert.“ Vgl. Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung, Nr. 227, 30.06.2017: Mehr als 10 Millionen Ausländer in Deutschland.

¹³ Bereits im letzten Jahr ist die so genannte Armutsgefährdungsquote in Ostdeutschland (von 19,7 auf 18,4 Prozent) zurückgegangen, während sie in den alten Bundesländern (einschließlich Berlin, von 14,7 Prozent auf 15,0 Prozent) angestiegen ist. Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung, Nr. 298, 29.08.2017: Armutsgefährdung in den Bundesländern weiter unterschiedlich. Zudem: DIW Berlin, Wochenbericht Nr. 04/2017, Einkommensverteilung und Armutsrisiko, S. 71-84.

Rang drei einnimmt. Auch durch die Bevölkerungsentwicklung bedingt weisen drei von fünf ostdeutschen Bundesländer Rückgänge der Überschuldungsquoten auf. Im Westen sind dies immerhin neun von 11 Bundesländer – nur Bayern weist einen Anstieg, Hamburg einen Stillstand der Überschuldungsquote auf. Beim Blick auf die Überschuldungsfälle zeigt in diesem Jahr nur Brandenburg einen Rückgang der Überschuldungsfälle.

In diesem Jahr lässt sich für die aktuelle Entwicklung zweierlei festhalten: Die Überschuldung in Ostdeutschland nimmt weiterhin langsamer zu als in Westdeutschland. Der Rückgang der ost- wie auch westdeutschen Überschuldungsquote ist fast ausschließlich durch demografische Zuwanderungseffekte erklärbar. Der Rückgang der weichen Überschuldung bei ostdeutschen Verbrauchern untermauert die These eines (temporären) Konsumverzichts resp. einer größeren Kaufzurückhaltung.¹⁴ Diese Einschätzungen speisen sich auch aus der Tatsache, dass auch andere Indikatoren wie die vorhandene Kaufkraft in Ostdeutschland weiterhin deutlich unter dem Niveau in den westlichen Bundesländern liegen.¹⁵ Zudem ist es in den letzten zwölf Monaten offenbar rund 7.000 Verbrauchern in Ostdeutschland gelungen, einer drohenden Überschuldungsspirale zu entkommen. Sie waren als Fälle mit überwiegend nachhaltigen Zahlungsstörungen offensichtlich in der Lage, Ausgabenvorsicht zu zeigen und konnten weitere Schulden vermeiden.¹⁶

**Zwei Trends:
Überschuldung in Ostdeutschland nimmt weiterhin langsamer zu und ...**

... 7.000 ostdeutsche Verbraucher entkommen der „weichen“ Überschuldung

Überschuldungsprävention durch temporären Konsumverzicht

¹⁴ Diese These konnte Dr. Rudolf Martens (Der Paritätische Gesamtverband, Berlin) im SchuldnerAtlas Deutschland 2015 nochmals belegen. Hierbei zeigte sich, dass „sich einerseits die Konsummuster der Verbraucher in Ost und West (besonders bei jungen Verbrauchern und in urbanen Räumen) annähern. Andererseits unterscheiden sich die Problemlösungsmuster zwischen Ost und West, da im Osten Deutschlands, insbesondere ältere Menschen im ländlichen Raum, gezielt Konsumverzicht zum Schuldenabbau und zur Überschuldungsprävention einsetzen.“ Vgl. SchuldnerAtlas Deutschland 2015, S. 52ff.

¹⁵ Hierzu trägt sicherlich bei, dass nach Angaben des Statistischen Bundesamtes aus dem Vorjahr die durchschnittliche Schuldenhöhe von überschuldeten Personen in den östlichen Bundesländern (25.700 Euro) deutlich unter dem Niveau im Westen Deutschlands (36.600 Euro) lag. Eine vergleichbare Differenz der Schuldenhöhe zeigte sich auch beim Vergleich von ländlichen Räumen (24.900 Euro) und von Großstädten (34.800 Euro).

¹⁶ Zudem zeigt die Milieu-Struktur (gemäß aggregierter Sinus-Geo-Milieus®) in Ostdeutschland überdurchschnittliche Anteile so genannter „unterer Milieus“. Diese verfügen einerseits über geringere Einkommen resp. geringeren sozialen Status, sind aber auf Grund ihrer (oft traditionellen) Wertorientierungen als eher überschuldungsresistent einzustufen. Ihnen ist Konsum weniger wichtig als ökonomische Beständigkeit und Sicherheit. Zugleich ist der Anteil so genannter „oberer Milieus“ in Ostdeutschland unterdurchschnittlich, die auf Grund einer gehobenen Einkommenslage weniger schnell in eine Überschuldung geraten.

**Konstante Grundstruktur:
Süden vor Norden
vor Osten vor Westen**

**Der Westen bleibt
auch 2017 das „Sorgenkind“**

**Das Ruhrgebiet: „Hotspot“
sozialer Problemlagen**

**Im Westen
seit 2008 die höchste
Überschuldungsquote**

**2017: Süd-Osten
mit stärkstem Anstieg,
aber weiter deutlich
im positiven Bereich**

Die Grundstruktur der Überschuldungsentwicklung bleibt auch 2017 konstant: Der Süden Deutschlands (Süd-Osten vor Süd-Westen) liegt vor Norden und Osten (Norden vor Nord-Osten). Das Schlusslicht bildet seit 2008 der Westen. Allerdings findet sich in diesem Jahr im Süd-Osten Deutschlands der höchste Anstieg von Überschuldungsfällen und -quote. Dennoch bleibt insbesondere das Ruhrgebiet mit seinen zum Teil noch altindustriell geprägten, strukturschwachen Regionen ein „Hotspot“ sozialer Problemlagen. Hohe Arbeitslosigkeit, Einkommensarmut und hohe soziale Transferleistungen bilden hier eine prekäre Gemengelage, die die Regionen um das Ruhrgebiet zum eigentlichen „Sorgenkind“ der Überschuldungsentwicklung machen – Tendenz weiter zunehmend. So sind die Überschuldungsquoten sowohl im Jahres- als auch im Langzeitvergleich in vielen Städten im Ruhrgebiet zum Teil deutlich angestiegen.¹⁷

Die Überschuldungsquote im westlichen Bereich Deutschlands (PL-Zone 4 und 5) weist seit 2008 und trotz aktuell leichtem Rückgang die höchsten Überschuldungsquoten und im Mehrjahresvergleich die stärkste Zunahme der Überschuldungsquote auf (11,39 Prozent; 2004 / 2017: + 0,79 Punkte). Auffälliger Weise erreicht das Anstiegsniveau im Süd-Osten (7,65 Prozent; + 0,12 Punkte) zum zweiten Mal in Folge den höchsten Wert. Der Süd-Osten verbleibt aber mit Abstand vor dem Süd-Westen (PL-Zone 6 und 7: 9,26 Prozent; - 0,04 Punkte) unterhalb des Bundeswertes. Trotz Rückgang der Überschuldungsquoten weisen auch alle anderen Postleitzonen Zunahmen der Überschuldungsfälle auf. Die stärksten Anstiege der Fälle zeigen im Jahresvergleich der Süd-Osten (+ 26.000 Fälle), der Westen (+ 15.000 Fälle) und der Süd-Westen (+ 115.000 Fälle) auf. Im Langzeitvergleich weist nur der Nord-Osten einen Rückgang von Überschuldungsfällen und Überschuldungsquote auf (PL-Zone 0 und 1: - 67.000 Fälle; 2017: 10,91 Prozent; - 0,04 Punkte; 2004 / 17: - 0,27 Punkte; s. auch die Tabelle 25).

¹⁷ Beispiele: Herne (17,85 Prozent; + 0,24 Punkte; 2004 / 17: + 5,10 Punkte), Duisburg (17,08 Prozent; + 0,45 Punkte; 2004 / 17: + 2,52 Punkte), Hagen (15,86 Prozent; - 0,20 Punkte; 2004 / 17: + 2,40 Punkte), Dortmund (14,44 Prozent; - 0,02 Punkte; 2004 / 17: + 1,68 Punkte), Gelsenkirchen (17,76 Prozent; + 0,09 Punkte; 2004 / 17: + 3,65 Punkte), Bochum (12,46 Prozent; + 0,10 Punkte; 2004 / 17: + 2,33 Punkte) oder auch Essen (13,76 Prozent; + 0,76 Punkte; 2004 / 17: + 1,51 Punkte).

Die Analyse der Überschuldungsentwicklung nach Bundesländern zeigt für 2017 einen uneinheitlichen Trend, der auf die Bevölkerungszunahme zurückzuführen ist. So weisen zwar zwölf Bundesländer einen Rückgang der Überschuldungsquote auf, aber nur ein Bundesland weist auch einen Rückgang der Überschuldungsfälle auf. Brandenburg (10,02 Prozent; - 0,12 Punkte; - 1.000 Überschuldungsfälle) macht den Anstieg vom letzten Jahr wieder wett und verdrängt damit auch Rheinland-Pfalz im Ranking von Rang 6. 2017 verzeichnen die stärksten Anstiege Bayern (7,47 Prozent; + 0,11 Punkte) und Sachsen (9,97 Prozent; + 0,08 Punkte). Diese Bundesländer, zudem Baden-Württemberg (8,31 Prozent; - 0,03 Punkte), Thüringen (9,25 Prozent; + 0,01 Punkte), Hessen (9,99 Prozent; - 0,08 Punkte) und Brandenburg bleiben damit unterhalb der Überschuldungsquote für ganz Deutschland. Bayern und Baden-Württemberg führen weiterhin fast traditionell das Ranking der Bundesländer an. Thüringen verbleibt seit 2013 auf Rang drei. Das Schlusslicht bildet wie in den Vorjahren Bremen (13,97 Prozent; - 0,04 Punkte), gefolgt von Sachsen-Anhalt (12,71 Prozent; - 0,03 Punkte), das Berlin (12,63 Prozent; - 0,12 Punkte) vom vorletzten Platz verdrängt hat. Die stärksten Zunahmen an Überschuldungsfällen verzeichnen die Flächenstaaten Bayern (+ 22.000 Fälle), Nordrhein-Westfalen (+ 17.000 Fälle) und Baden-Württemberg (+ 10.000 Fälle). Auffällig: Die Anstiege der Überschuldungsfälle liegen in Bayern seit 2015 über denen in Nordrhein-Westfalen und in Baden-Württemberg.

Und auch im Langzeitvergleich 2004 / 2017 weisen die mit Abstand stärksten Zunahmen von Überschuldungsfällen Nordrhein-Westfalen (+ 176.000 Fälle), Baden-Württemberg (+ 110.000 Fälle) und Bayern (+ 83.000 Fälle) auf, wobei NRW weiterhin den viertletzten und Bayern sowie Baden-Württemberg die beiden ersten Plätze im Überschuldungsranking der Bundesländer einnehmen. Aber auch der Freistaat Sachsen weist zum vierten Mal in Folge einen deutlichen Anstieg der Überschuldungsfälle auf (+ 4.000 Fälle; 2004 / 2017: + 19.000 Fälle). Sachsen hat sich seit 2011 um über 1,7 Prozentpunkte verschlechtert (2011: 8,26 Prozent; 2017: 9,97 Prozent).

12 Bundesländer zeigen 2017 einen Rückgang der Überschuldungsquote ...

... aber nur Brandenburg hat 2017 weniger Überschuldungsfälle

Stärkster Anstieg der Überschuldungsquote in Bayern und in Sachsen

Seit 2015 weist Bayern höhere Anstiege der Überschuldungszahlen auf als NRW

Höchste Anstiege der Überschuldungsfälle 2004 / 2017: NRW, Baden-Württemberg und Bayern

Tab. 7.: Ranking Überschuldungsquoten und Überschuldungsfälle in den Bundesländern 2015 / 2017

■ Bundesland	Überschuldungsquoten			Abw. *)		Überschuldungsfälle **)			Abw.	
	2015	2016	2017	16 / 17	04 / 17	2015	2016	2017	16 / 17	04 / 17
Bayern	7,12%	7,35%	7,47%	+ 0,11	+ 0,28	0,75	0,78	0,80	+ 22.000	+ 83.000
Baden-Württemberg	8,09%	8,34%	8,31%	- 0,03	+ 0,81	0,71	0,74	0,75	+ 10.000	+ 110.000
Thüringen	9,08%	9,24%	9,25%	+ 0,01	- 0,76	0,17	0,17	0,17	± 0	- 29.000
Sachsen	9,66%	9,89%	9,97%	+ 0,08	+ 1,02	0,33	0,34	0,35	+ 4.000	+ 19.000
Hessen	10,00%	10,07%	9,99%	- 0,08	+ 0,42	0,50	0,51	0,51	+ 2.000	+ 39.000
Brandenburg	10,04%	10,14%	10,02%	- 0,12	- 1,18	0,21	0,21	0,21	- 1.000	- 28.000
Rheinland-Pfalz	9,89%	10,11%	10,09%	- 0,02	- 0,04	0,33	0,34	0,34	+ 3.000	+ 12.000
Niedersachsen	10,40%	10,42%	10,32%	- 0,10	+ 0,19	0,67	0,68	0,68	+ 3.000	+ 32.000
Mecklenburg-Vorpommern	10,43%	10,57%	10,50%	- 0,07	- 1,00	0,14	0,14	0,14	± 0	- 21.000
Hamburg	10,57%	10,61%	10,61%	± 0,00	- 0,26	0,16	0,16	0,16	+ 2.000	+ 1.000
Schleswig-Holstein	10,77%	10,98%	10,94%	- 0,03	+ 0,12	0,25	0,26	0,26	+ 2.000	+ 15.000
Saarland	11,33%	11,31%	11,25%	- 0,06	+ 0,21	0,10	0,10	0,10	± 0	- 1.000
Nordrhein-Westfalen	11,52%	11,66%	11,63%	- 0,03	+ 0,96	1,69	1,72	1,73	+ 17.000	+ 176.000
Berlin	12,99%	12,74%	12,63%	- 0,12	- 1,40	0,38	0,37	0,37	+ 1.000	- 25.000
Sachsen-Anhalt	12,59%	12,74%	12,71%	- 0,03	+ 0,50	0,24	0,25	0,25	± 0	- 15.000
Bremen	14,08%	14,01%	13,97%	- 0,04	+ 0,62	0,08	0,08	0,08	+ 1.000	+ 5.000
Deutschland	9,92%	10,06%	10,04%	- 0,02	+ 0,30	6,72	6,85	6,91	+ 65.000	+ 374.000

Abweichung in Prozentpunkten / **) Überschuldete Personen in Millionen / Rundungsdifferenzen möglich.

Auch 2017: Mainz bleibt die Landeshauptstadt mit der niedrigsten Überschuldungsquote

Das „Schlusslicht“ bleibt auch 2017 Wiesbaden

Betrachtet man zugleich die 16 Landeshauptstädte zeigen in diesem Jahr nur drei der Landeshauptstädte Verschlechterungen der Überschuldungsquoten. Mainz (Rheinland-Pfalz) verbleibt mit einem weiteren Rückgang auf Rang 1 (7,90 Prozent; - 0,03 Punkte; - 200 Fälle), gefolgt von München mit einem nochmaligen deutlichen Anstieg von Überschuldungsfällen und -quote (8,92 Prozent; + 0,29 Punkte; + 4.700 Fälle). Wiesbaden, die Landeshauptstadt von Hessen, bleibt auch in diesem Jahr das Schlusslicht im Ranking der Landeshauptstädte, allerdings mit einem leichten Rückgang von Quote und Fällen (16,66 Prozent; - 0,11 Punkte; - 200 Fälle). Im Langzeitvergleich nahm die Überschuldung hier allerdings deutlich zu (Abweichung zu 2004: + 3,90 Punkte; + 9.200 Fälle). Hingegen zeigt die Stadt Stuttgart 2017 die positivste Entwicklung, hier nahmen Überschuldungsfälle und Überschuldungsquote in diesem Jahr wieder merklich ab (10,50 Prozent; - 0,62 Punkte; - 2.200 Fälle). Im Langzeitvergleich bleibt der Trend allerdings negativ (Abweichung zu 2004:

+ 2,21 Punkte; + 14.200 Fälle). In der Hansestadt Hamburg nimmt die Zahl der Überschuldungsfälle hingegen merklich zu (+ 1.900 Fälle), während die Überschuldungsquote durch eine deutliche Bevölkerungszunahme stagniert. In einer Gesamtsicht zeigt die Analyse der Überschuldungslage nach Landeshauptstädten eine wieder leicht abnehmende Polarisierung – der Abstandswert zwischen der niedrigsten (Mainz) und der höchsten Überschuldungsquote (Wiesbaden) sinkt wieder leicht auf den dritthöchsten Wert seit 2004 (8,76 Punkte; - 0,08 Punkte; die entsprechenden Tabellen sind in Kapitel 6.3 zu finden: Tabelle 27 bis 30).

Landeshauptstädte: „Leicht abnehmende Polarisierung“

Die auch in diesem Jahr negative Überschuldungsentwicklung zeigt sich auch bei der Aufteilung nach Gewinnern und Verlierern der insgesamt 401 Kreise und kreisfreien Städte in Deutschland. Demnach verzeichnen in diesem Jahr 209 Kreise und kreisfreien Städte einen Anstieg der Überschuldungsquote (52 Prozent; Vorjahr: 85 Prozent). Hingegen weisen immerhin 192 Städte und Landkreise verbesserte Werte auf (48 Prozent; Vorjahr: 15 Prozent).

Anstieg der Überschuldungsquoten: 209 Kreise und Städte (52 Prozent / - 33 Punkte)

Zehn Landkreise, wie im Vorjahr angeführt von den Landkreisen Eichstätt (3,77 Prozent; - 0,01 Punkte), Erlangen-Höchstadt (4,99 Prozent; + 0,06 Punkte) und Schweinfurt (5,06 Prozent; ± 0,00 Punkte), führen das Ranking¹⁸ mit Überschuldungsquoten von deutlich unter sechs Prozent an. Eichstätt weist als Erstplatzierte einen leichten Rückgang der Überschuldungsquote auf. Schlusslichter des Rankings bilden die Städte Bremerhaven (20,79 Prozent; - 0,01 Punkte), Wuppertal (18,38 Prozent; + 0,30 Punkte) sowie Pirmasens (18,23 Prozent; - 0,15 Punkte) und mit Überschuldungsquoten, die zum Teil deutlich über 18 Prozent liegen.

Führende bleiben auch 2017 die Landkreise Eichstätt, Erlangen-Höchstadt und Schweinfurt

Schlusslichter auch 2017: Bremerhaven, Wuppertal und Pirmasens

Die Städte Stuttgart (10,50 Prozent; - 0,62 Punkte), Kassel (15,85 Prozent; - 0,52 Punkte) und Schwerin

¹⁸ Hinweis: Die Anzahl der Kreise und kreisfreien Städte hat sich im Vergleich zum Jahr 2016 von 402 auf 401 verringert. Der Landkreis Göttingen entstand am 1. November 2016 durch die Fusion des bisherigen Landkreises Göttingen mit dem Landkreis Osterode am Harz. Seit 2007 / 2008 hatte sich die Anzahl der Kreise und kreisfreien Städte durch Kreisgebietsreformen in Mecklenburg-Vorpommern (4. September 2011), in Sachsen-Anhalt (1. Juli 2007) und in Sachsen (1. August 2008) in mehreren Schritten von ehemals 439 Kreisen und kreisfreien Städte reduziert. Und auch die Gründung der Städteregion Aachen trug 2009 / 2010 zur Verringerung bei.

Gewinner 2016 / 2017:
Stuttgart, Kassel und
Schwerin

Verlierer 2016 / 2017:
Ludwigshafen, Duisburg und
Schweinfurt, Stadt

Verlierer 2004 / 2017:
Herne, Wiesbaden
und Pforzheim

Gewinner 2004 / 2017:
Erfurt, Weimar
und Frankfurt (Oder)

Schlusslichter des Groß-
stadt-Rankings auch 2017
sind Duisburg, Dortmund
und Essen

(13,47 Prozent; - 0,48 Punkte) zählen zu den diesjährigen „Gewinnern“. Stuttgart verbesserte sich im Gesamtranking um 38 Plätze auf Rang 265 (von 401). Stuttgart und Kassel weisen allerdings im Langzeitvergleich 2004 / 2017 überdurchschnittliche Anstiege der Überschuldungsquoten auf (+ 2,21 Punkte resp. + 1,58 Punkte). Zu den „Verlierern“ zählen die Städte Ludwigshafen (15,81 Prozent; + 0,54 Punkte), Duisburg (17,08 Prozent; + 0,45 Punkte) sowie Schweinfurt (10,72 Prozent; + 0,39 Punkte). Alle drei gehören (wie auch die meisten „Verlierer“) zu denjenigen Städten, die im Langzeitvergleich zum Teil überdurchschnittliche Anstiege der Überschuldungsquoten aufweisen.

So zeigen wie bereits im letzten Jahr die Städte Herne (17,85 Prozent; zu 2004: + 5,10 Punkte), Wiesbaden (16,66 Prozent; + 3,90 Punkte) sowie der Stadtkreis Pforzheim (14,66; + 3,79 Punkte) im Langzeitvergleich 2004 / 2017 die höchsten Anstiege der Überschuldungsquoten. Danach folgt die Stadt Gelsenkirchen (17,76 Prozent; + 3,65 Punkte), die wie Herne zu den Kernstädten des Ruhrgebiets zählt. Die stärksten Langzeit-Verbesserungen zeigen wie bereits im Vorjahr drei ostdeutsche Städte: Erfurt (11,17 Prozent; - 3,54 Punkte), Weimar (10,75 Prozent; - 3,45 Punkte) und Frankfurt / Oder (12,64 Prozent; - 2,63 Punkte).

Last but not least sind auf den drei letzten Plätzen der Städte mit über 400.000 Einwohnern über 18 Jahren wiederum (und wie im Vorjahr) drei Ruhrgebietsstädte zu finden: Duisburg (17,08 Prozent; + 0,45 Punkte), Dortmund (14,44 Prozent; - 0,02 Punkte) und Essen (13,76 Prozent; + 0,17 Punkte), von denen zwei weitere Anstiege der Überschuldungsquote aufweisen.

1.4 Ergebniseinordnung: Die Überschuldung in Deutschland steigt weiterhin – trotz sinkender Arbeitslosigkeit und anhaltendem Konjunkturboom

Die konjunkturelle Lage der deutschen Wirtschaft erreichte in den ersten zehn Monaten des Jahres 2017 neue Bestwerte. Nach Angaben der Deutschen Bundesbank von Mitte Oktober befindet sich die deutsche Wirtschaft „in einem kräftigen Aufschwung und könnte im dritten Vierteljahr 2017 das hohe Expansionstempo des ersten Halbjahres“ halten (Monatsbericht Oktober 2017, S. 5). Die deutsche Wirtschaft war nach Angaben des Statistischen Bundesamtes schwungvoll ins neue Jahr gestartet (BIP 1. Quartal: + 0,7 Prozent | 2. Quartal: + 0,6 Prozent), nachdem das Bruttoinlandsprodukt dank „moderatem Wachstumskurs“ im Gesamtjahr 2016 um 1,9 Prozent zugelegt hatte. Zudem hatte sich der ifo-Geschäftsklimaindex seit Januar 2017 sechsmal in Folge verbessert und dabei dreimal den eigenen Rekordwert in Folge „geknackt“. Ende Oktober erreichte er einen „neuen Rekordwert“: „Die deutsche Wirtschaft steht unter Volldampf.“ Die Kapazitätsauslastung der Wirtschaft liegt deutlich über normal. Zudem wirkten die öffentlichen Ausgaben zur Bewältigung der Flüchtlingskrise nach Angaben des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) wie ein „riesiges Konjunkturprogramm“ für die deutsche Wirtschaft. 2016 waren hierfür 21,7 Milliarden Euro ausgegeben worden, für 2017 sind weitere 21,3 Milliarden Euro eingeplant worden.

Alles in allem ist die gesamtwirtschaftliche Lage in Deutschland günstig wie selten. Die deutsche Wirtschaft boomt, insbesondere die Binnen- und Baukonjunktur. Die Erträge und Rücklagen der Unternehmen verbessern sich. Gleichzeitig halten die meisten Unternehmen ihre Verschuldung moderat. Ein zusätzlicher Einflussfaktor ist die Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank (EZB), die günstige Kurz- wie Langfristfinanzierungen ermöglicht und quasi Liquidität im Überfluss bereitstellt. Die Folge: Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen geht weiter zurück und erreicht den niedrigsten Stand seit Mitte der 1990er Jahre. Und dies,

2017: Die deutsche Wirtschaft steht „unter Volldampf“

Konjunkturindikatoren erreichen immer neue „Rekordwerte“

Öffentliche Ausgaben zur Bewältigung der Flüchtlingskrise: „riesiges Konjunkturprogramm“

Die gesamtwirtschaftliche Lage in Deutschland ist günstig wie nie

obwohl der Ölpreis seit geraumer Zeit merklich angestiegen ist, ohne bislang wieder die 60-Dollar-Marke zu reißen. Der Dax schloss zudem Mitte Oktober erstmals bei über 13.000 Punkten.¹⁹

Weiterhin gute Rahmenbedingungen für die Verbraucher in Deutschland

Die konjunkturellen Rahmenbedingungen waren für die allermeisten deutschen Verbraucher in den letzten zwölf Monaten beständig positiv. Dies zeigt alleine die Entwicklung der preisbereinigten privaten Konsumausgaben, die laut Statistischem Bundesamt im Jahr 2016 im Vergleich zum Vorjahr um 2,7 Prozent auf 1,67 Billionen Euro (2015: 1,63 Billionen Euro) gestiegen sind. Für 2017 können rund 1,72 Billionen Euro erwartet werden. So bleiben die deutschen Verbraucher nach Angaben der GfK-Konsumklimastudie für Oktober 2017 „trotz etwas gedämpfter Einkommensaussichten [...] auch im Herbst 2017 in bester Kauflaune“.²⁰ Für 2018 prognostiziert der Deutsche Industrie- und Handelskammertag Ende Oktober beim privaten Konsum allerdings nur noch einen Zuwachs von 1,7 Prozent (s. hierzu auch die Diagramme 34 bis 36 in Kapitel 6.3).

Weitere Verbesserung der Einkommenssituation

Zudem bildeten die vergleichsweise hohen Tarifabschlüsse der letzten Jahre die wichtigste Grundlage für eine weitere Verbesserung der Einkommenssituation der Verbraucher (Tarifverdienste 1. Quartal 2017: + 2,8 Prozent; 2. Quartal 2017: + 3,8 Prozent; 2016: + 2,0 Prozent; 2015: + 2,1 Prozent).²¹ Dies gilt, auch wenn die Verbraucherpreise in Deutschland bereits seit Ende letzten Jahres durch wieder ansteigende Energiepreise

Inflation zieht an

¹⁹ Zum weiteren Positivtrend schreibt der IMK-Report von Oktober 2017: „Die Konjunktur in Deutschland gewann im ersten Halbjahr 2017 weiter an Schwung. Dabei schlug der Konsum als gewichtigstes Nachfrageaggregat besonders stark zu Buche, aber auch die Exporte und insbesondere die Investitionen nahmen stärker zu als in der zweiten Hälfte des Jahres 2016. Aus heutiger Sicht spricht wenig für eine Verlangsamung oder gar einen Abbruch dieser Aufwärtsentwicklung. [...] Verfliegen sind die Unsicherheiten des vergangenen Herbstes, als die Folgen des Brexit, die Ankündigung einer protektionistischen Politik der USA und der erstarkte Front National im Vorfeld der französischen Präsidentschaftswahlen die Erwartungen hinsichtlich der Zukunft des Euroraums und der Entwicklung des Welthandels merklich dämpften.“ Quelle: IMK-Report 130-2017 Ein Aufschwung mit Maß und Mitte, Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung 2017/2018, 31 Seiten, Oktober 2017, S. 02 (Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung).

²⁰ „Im Vergleich zum Vorjahr steht ein Plus von gut 9 Zählern zu Buche. [...] Diese gute Konsumlaune kommt gegenwärtig auch in weiten Teilen des Einzelhandels an. So stieg nach Angaben des Statistischen Bundesamtes der Umsatz im Einzelhandel im August nominal im Vergleich zum Vorjahr um 4,7 Prozent (real: 2,8 Prozent). Von Januar bis August dieses Jahres beträgt der Zuwachs sogar 4,8 Prozent (real: 3,0 Prozent). Damit entwickelt sich der Handel derzeit weitaus positiver als die privaten Konsumausgaben insgesamt. Vgl. GfK-Konsumklima, Oktober 2017: Konsumklima gibt leicht nach.“

²¹ Vgl. Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung, Nr. 299, 30.08.2017: Tarifverdienste im 2. Quartal 2017: + 3,8 Prozent zum Vorjahresquartal sowie Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung, Nr. 175, 30.05.2017: Tarifverdienste im 1. Quartal 2017: + 2,8 Prozent zum Vorjahresquartal sowie Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung, Nr. 068, 01.03.2017: Tarifverdienste 2016: + 2,0 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

merklich angezogen haben (September 2017: + 1,8 Prozent; September 2016: + 0,7 Prozent).

Zudem blieb die Lage am deutschen Arbeitsmarkt auch 2017 deutlich positiv. Die Arbeitslosenzahl lag im Oktober (30. Oktober 2017: 2.388.711 Arbeitslose; 5,4 Prozent; - 151.228 im Vergleich zum Vorjahr) sogar deutlich unter dem Niveau von vor über 25 Jahren (Juni 1991: 2.435.115 Arbeitslose). Arbeitsplatz- und Einkommenssicherheit sind in jedem Fall wichtige Grundlagen für fast durchgehend optimistische Verbrauchererwartungen und bilden zugleich die wichtigste Grundlage, um das Überschuldungsrisiko für die meisten Verbraucher gering zu halten. Allerdings muss bei der Bewertung der offiziellen Arbeitslosenstatistik bedacht werden, dass sie nicht alle Personen berücksichtigt, die im engeren Sinne ohne (bezahlte) Arbeit sind. Berücksichtigt man auch die von der Bundesagentur für Arbeit ausgewiesenen Personen in „Unterbeschäftigung“ und diejenigen, die als „stille Reserve“ bezeichnet werden, können beispielsweise im September 2017 knapp 3,41 Millionen in Deutschland im weiteren Sinne als arbeitslos bezeichnet werden.²²

Zudem geht die aktuelle Herbstanalyse des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK) vom Oktober 2016 davon aus, dass die Beschäftigung auch 2018 weiterwachsen wird. Für 2018 werden 650.000 und für 2019 rund 600.000 neue Stellen erwartet, nach 568.000 in diesem Jahr. So bestätigt der Monatsbericht der Bundesagentur für Arbeit von Ende September die trotz Fluchtmigration positive Grundtendenz: „Der Arbeitsmarkt entwickelt sich sehr positiv: Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung und die Nachfrage nach neuen Mitarbeitern nehmen auf hohem Niveau weiter

**Arbeitslosigkeit
sinkt weiter ...**

**... wichtige Grundlage, um
das Überschuldungsrisiko
für Verbraucher gering
zu halten**

**Arbeitslosenstatistik unter-
scheidet „offizielle Arbeits-
lose“, „Unterbeschäftigung“
und „stille Reserve“**

**2018: Beschäftigung nimmt
weiter zu ...**

²² Die Arbeitslosenstatistik der Bundesagentur für Arbeit wird in drei Bereiche aufgeteilt. Die „offiziellen Arbeitslosen“ in Bereich 1 umfassen Personen, die sich bei der Bundesagentur für Arbeit arbeitslos gemeldet haben (und für ihre Vermittlung zur Verfügung stehen) und gar nicht oder weniger als 15 Stunden pro Woche arbeiten und einen sozialversicherungspflichtigen Job suchen. Diese Zahl wird jeweils zum Monatsende als offizielle Arbeitslosenzahl verkündet. Im September lag diese Zahl bei rund 2,45 Millionen Arbeitslosen. Die so genannten „Unterbeschäftigten“ in Bereich 2 umfassen Personen, die an einer Maßnahme der aktiven Arbeitsmarktpolitik teilnehmen oder vorübergehend krank sind (also absehbar wieder arbeitsfähig sind) oder älter als 58 Jahre alt sind und Hartz IV beziehen. Im September lag diese Zahl bei 960.000 Arbeitslosen. In Bereich 3 fällt die so genannte „stille Reserve“, die allerdings nicht exakt beziffert werden kann, weil diese Personen sich ja nicht arbeitslos melden. Ihre Zahl wird daher geschätzt. Für das Jahr 2017 schätzt das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) die „stille Reserve“ auf 134.000 Menschen. In der Summe können somit knapp 3,41 Millionen in Deutschland als arbeitslos bezeichnet werden. Im Vergleich zu 2005 hat sich die ihre Zahl immer noch sehr deutlich verringert – damals betrug ihre Zahl fast sechs Millionen.

... trotz Anstieg der Arbeitslosigkeit von Flüchtlingen

Atypische Beschäftigung hat wieder zugenommen

„Teilzeitquote der Erwerbstätigen“ liegt weit über dem EU-28-Durchschnitt

zu. Die Herbstbelegung setzt im September stärker ein als üblich, so dass Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung saisonbereinigt sinken. Auch im Vergleich zum Vorjahr sind Abnahmen zu verzeichnen, obwohl sich mehr geflüchtete Menschen in Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung befinden.“

Aber auch in diesem Jahr bleibt festzuhalten, dass sich viele Indikatoren zur Einordnung des Überschuldungsrisikos nicht verbessert, sondern zum Teil verschlechtert haben: So ist die Zahl atypisch beschäftigter Personen²³ nach Daten des Statistischen Bundesamtes auch 2016 bei insgesamt steigender Erwerbstätigkeit wieder angestiegen. Ihre Zahl stieg im Vergleich zum Vorjahr um 121.000 Personen (+ 1,6 Prozent; 2015: + 28.000; + 0,4 Prozent) auf nunmehr 7,66 Millionen atypisch Beschäftigte. Dabei ging die Zahl Teilzeitbeschäftigter (um 37.000 auf 4,81 Millionen; - 0,8 Prozent) leicht zurück, während die Zahl befristet Beschäftigter merklich anstieg (+ 124.000 auf 2,66 Millionen; + 4,6 Prozent). Die Teilzeitquote der Erwerbstätigen im Alter zwischen 20 und 64 Jahren, so das Statistische Bundesamt, „erreichte in Deutschland im Jahr 2015 mit 26,8 Prozent ihren bisherigen Höchststand. Damit liegt die deutsche Teilzeitquote weit über dem EU-28-Durchschnitt von 19,0 Prozent. Lediglich in den Niederlanden (46,9 Prozent) und in Österreich (27,7 Prozent) war Teilzeitbeschäftigung noch stärker verbreitet.“²⁴ Prekäre Beschäftigung und damit oft verbundene Einkommensarmut bleiben dabei gerade bei den Menschen konzentriert,

²³ Der Begriff der atypischen Beschäftigung umfasst nach Definition des Statistischen Bundesamtes „ein abhängiges Beschäftigungsverhältnis in geringfügiger Beschäftigung, Arbeitnehmerüberlassung (Leiharbeit), befristeter Beschäftigung oder Teilzeitbeschäftigung bis zu 20 Stunden in der Woche.“ Das Normalarbeitsverhältnis als statistischer Gegenbegriff erstreckt sich damit definitorisch auf den Bereich der unbefristeten sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung mit einer wöchentlichen Arbeitszeit von mehr als 20 Stunden, mit unmittelbarem Einsatz im Betrieb des Arbeitgebers (ohne Leiharbeit). Der Anteil atypisch Beschäftigter an allen Erwerbstätigen war von 1991 (12,8 Prozent) nahezu kontinuierlich auf seinen bislang höchsten Wert in den Jahren 2007 und 2010 (jeweils 22,6 Prozent) gestiegen. Aktuell liegt er bei 20,7 Prozent nach 20,8 Prozent im Jahr 2015. 2010 war ein Höchststand von 7,95 Millionen atypisch Beschäftigter erreicht worden.

Unter prekärer Beschäftigung werden nach Definition des Statistischen Bundesamtes „Befristung, Teilzeitbeschäftigung mit 20 oder weniger Stunden, Zeitarbeitsverhältnis und/oder geringfügige Beschäftigung“ subsumiert. Beschäftigungsverhältnisse werden als prekär bezeichnet, wenn sie nicht geeignet sind, auf Dauer den Lebensunterhalt einer Person sicherzustellen und deren soziale Sicherung zu gewährleisten. Die „Prekaritätsrisiken“ atypischer Beschäftigungsformen liegen nachvollziehbar auf der Hand: ein unzureichendes Einkommen, eine mangelnde soziale Sicherung und geringere Beschäftigungsstabilität und -fähigkeit.

²⁴ „Der Anstieg der Teilzeitquote ist langfristig: Im Jahr 1991 betrug die Quote noch 14,3 Prozent, im Jahr 2000 belief sie sich auf 19,3 Prozent, im Jahr 2005 lag sie bei 23,7 Prozent und im Jahr 2010 befand sie sich bei 25,7 Prozent. In den letzten Jahren nahm aber die Wachstumsdynamik der Teilzeitquote leicht ab, auch bedingt durch einen erneuten Anstieg der Vollzeitbeschäftigung.“ Vgl. Statistisches Bundesamt, WISTA – Wirtschaft und Statistik 03 | 2017, Erwerbsarbeit in Deutschland und Europa im Zeitraum 1991 bis 2016, S. 18.

die ohnehin als überdurchschnittlich überschuldungsaffin gelten können. Hierzu gehören Frauen, junge und insbesondere ältere Menschen.²⁵

Zudem steigen bereits seit geraumer Zeit für die Verbraucher in Deutschland die Energiekosten, also Kosten für Strom und auch für Mobilität. Nach aktuellen Angaben des Internetportals Verivox befinden sich die Strompreise 2017 „auf einem Rekordhoch“. Viele Energieversorger haben demnach im laufenden Jahr ihre Preise erhöht, so dass der Strompreis im Jahresmittel „ein neues Allzeithoch“ erreicht.²⁶ Im Kontext deutlich ansteigender Mietkosten und Immobilienpreise müssen viele Menschen so viel Geld für ihre Miete bezahlen, dass sie an den Rand der Armutsgrenze gelangen. Eine aktuelle Studie der Hans-Böckler-Stiftung zeigt auf, dass rund 40 Prozent der Haushalte in Deutschlands Großstädten mehr als 30 Prozent ihres Nettoeinkommens ausgeben müssen, um die Bruttokaltmiete bezahlen zu können. Das entspricht rund 5,6 Millionen Haushalten, in denen etwa 8,6 Millionen Menschen leben. Für etwa 1,3 Millionen Haushalte in deutschen Großstädten liegt das Resteinkommen nach Abzug der Miete sogar unterhalb der Hartz-IV-Regelsätze. Eine Mietbelastungsquote oberhalb von 30 Prozent des Haushaltseinkommens bei Sozialwissenschaftlern wie bei Immobilienexperten gilt als problematisch, weil dann nur noch relativ wenig Geld zur sonstigen Lebensführung zur Verfügung bleibt, insbesondere bei Menschen mit kleineren Einkommen. Die Ungleichheit der Wohnverhältnisse

Energiekosten steigen und erhöhen den Kostendruck für einkommensschwache Mieter

„Mietbelastungsquote“ liegt bei 5,6 Millionen Haushalten bei über 30 Prozent

Hohe Mietkostenbelastungen tragen zu einer wachsenden Ungleichheit bei

²⁵ Dies zeigt auch die Analyse der Erwerbstätigkeit nach Alter. So hat die Zahl (ausschließlich) geringfügig Beschäftigter, insbesondere bei älteren Menschen, weiter zugenommen. Der Zuwachs in der Gesamtgruppe (Gesamtzahl März 2017: 4,97 Millionen) der „ausschließlich geringfügig Beschäftigten“ betrug zwischen 2003 und (März) 2017 rund 4,8 Prozent. In der zusammengefassten Altersgruppe der über 65-Jährigen betrug der Anstieg rund 90 Prozent (über 60 Jahre: + 77 Prozent). Und bei den Jüngeren (unter 30 Jahre) nahm der entsprechende Anteil nur um 2,5 Prozent zu, bei den mittelalten Personen (30 bis 60 Jahre) um knapp 14 Prozent ab. Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Arbeitsmarkt in Zahlen - Beschäftigungsstatistik, Sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte nach Altersgruppen, gemittelte Jahreswerte, Quartalswerte, Juni 2003 bis März 2017. Neue Berechnungsgrundlagen.

Offensichtlich reicht zudem eine Arbeitsstelle vielen Verbrauchern nicht zum Leben. Innerhalb von zehn Jahren ist die Zahl der so genannten Mehrfachbeschäftigten in Deutschland um rund eine Million gestiegen. Im März 2017 hatten demnach 3,2 Millionen Menschen mehr als einen Job (März 2016: 3,1 Millionen; + 100.000). Dies ergab eine Anfrage der Bundestagsfraktion der Linken bei der Bundesagentur für Arbeit vom Oktober 2017.

²⁶ 2005 zahlte ein Durchschnittshaushalt im Jahresmittel noch lediglich 17,81 Cent je Kilowattstunde, 2010 waren es 22,81 Cent und 2016 bereits 27,43 Cent. 2017 soll der Preis bei 28,18 Cent je Kilowattstunde liegen. So ist 2016 rund 330.000 Haushalten in Deutschland wegen unbezahlter Rechnungen der Strom abgestellt worden. 2015 lag die Zahl der Stromsperrungen bei 331.000 Fällen. Die höchste jemals gemessene Zahl an Sperrungen gab es 2014 mit rund 352.000 Stromsperrungen. Zudem gab es 2016 neben den Sperrungen der Anschlüsse etwa 6,6 Millionen Sperrandrohungen gegen säumige Zahler.

entspricht, so die Autoren der Studie, „in etwa den Einkommensunterschieden. [...] Die Wohnbedingungen sind damit nicht nur ein Spiegel bestehender Ungleichheit, sondern tragen auch selbst durch die hohen Mietkostenbelastungen zu einer wachsenden Ungleichheit bei.“²⁷

**Überschuldete haben
eine Mietbelastungsquote
von 46 Prozent**

Zudem zeigt die letzte Überschuldungstatistik des Statistischen Bundesamtes von Juni 2017, dass bei überschuldeten Personen die Kosten für die Wohnung einschließlich Energie- und Nebenkosten mit durchschnittlich 482 Euro 38 Prozent ausmachten. Unter Berücksichtigung des ausschließlich eigenen Einkommens des Schuldners von durchschnittlich 1.053 Euro, machten die Wohnkosten sogar 46 Prozent aus. 2015 hatten die Wohnkosten im Vergleich zum Haushaltseinkommen für die Gesamtbevölkerung lediglich rund 27 Prozent betragen. Auffällig: „Mietschulden standen [...] erst an neunter Stelle der häufigsten Schuldenarten. Dies dürfte daran liegen, dass die Miete aufgrund der drastischen Konsequenzen, wenn sie nicht bezahlt werden würde, beim Einsatz der zur Verfügung stehenden Mittel eine hohe Priorität einnimmt.“²⁸

**Gleichzeitige Zunahme von
Fällen mit hoher und geringer
Überschuldungsintensität ...**

Alles in allem ist für die nächsten Monate trotz wirtschaftlich positivem Gesamttrend davon auszugehen, dass das Überschuldungsrisiko für die deutschen Verbraucher und somit auch die Zahl überschuldeter Verbraucher in Deutschland kurz- und mittelfristig weiter steigen werden. Der aktuelle Anstieg der Überschuldungsfälle beruht zudem auf der gleichzeitigen Zunahme der Fälle mit hoher und geringer Überschuldungsintensität. Möglicherweise bedeutet dies, dass

²⁷ „Die Mietbelastung gilt in den sozial- und wohnungspolitischen Debatten als zentraler Indikator für die soziale Zielgenauigkeit der Wohnungsversorgung. Insbesondere für Haushalte mit geringen Einkommen gelten Mietbelastungsquoten von über 30 Prozent des Einkommens als problematisch, weil dann (zu) wenig Einkommen zur sonstigen Lebensführung übrigbleibt. Auch der Immobilienmarkt selbst orientiert sich an der 30-Prozent-Marke und Vermieter verlangen in der Regel Einkommensnachweise, die zeigen, dass die Miete nicht mehr als ein Drittel des Einkommens ausmacht. Grund hierfür sind Befürchtungen einer eingeschränkten Zahlungsfähigkeit.“ Vgl. Hans-Böckler-Stiftung, September 2017, Wohnverhältnisse in Deutschland – eine Analyse der sozialen Lage in 77 Großstädten, Bericht aus dem Forschungsprojekt „Sozialer Wohnversorgungsbedarf“, S. 69 / S. 78. Eine besonders hohe Mietbelastung haben demnach Städte wie Bonn (30,3 Prozent), Neuss (30,1 Prozent), Köln und Düsseldorf (jeweils rund 29 Prozent). Vergleichsweise wenig muss für die Miete im Verhältnis zum Einkommen dagegen in Heidelberg (21,4 Prozent), Wolfsburg (21,9 Prozent) sowie in den ostdeutschen Städten Leipzig, Dresden und Jena (jeweils knapp 23 Prozent) aufgewendet werden.

²⁸ Vgl. Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung, Nr. 221, 29.06.2017: Überschuldete benötigen über ein Drittel ihres Einkommens für Wohnkosten sowie Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung, Nr. 090, 13.03.2017: 36 Prozent der privaten Konsumausgaben wenden die Haushalte für Wohnen auf.

zeitversetzt weitere zusätzliche „harte“ Überschuldungsfälle in die Statistik des SchuldnerAtlas Deutschland im kommenden Jahr aufgenommen werden müssen. Vertiefende Analysen zeigen: Die Entwicklung von Überschuldungsfällen, Konsumklima und privaten Konsumausgaben für die Jahre 2006 bis 2017 gehen meist „Hand in Hand“.²⁹ Dies nicht zuletzt, da sich die Zeichen mehren, dass die seit 2012 andauernde konjunkturelle Boomphase ihren Höhepunkt überschritten hat. So trug die Gemeinschaftsdiagnose der „Wirtschaftsweisen“ von Ende September den (prognostischen) Titel: „Aufschwung weiter kräftig – Anspannungen nehmen zu“.

... die Zahl überschuldeter Verbraucher wird kurz- und mittelfristig weiter steigen

²⁹ So hat nach Angaben des Bankenfachverbands resp. der Deutschen Bundesbank die Höhe der Konsumentenkredite (2016: 231 Milliarden Euro; + 2,7 Prozent) wieder merklich zugenommen. Allerdings zeigen auch die aktuellen umfragegestützten Daten des Bankenfachverband e.V. (Oktober 2017), dass in diesem Jahr weiterhin viele vorhandene Konsum- und Anschaffungswünsche mit Hilfe von Konsumkrediten realisiert werden. Der Trend ist demnach zum dritten Mal in Folge leicht rückläufig. Sowohl Finanzierungen (36 Prozent; - 4 Punkte) als auch die Nutzung von Ratenkrediten (27 Prozent; - 3 Punkte) haben weiter abgenommen. Berücksichtigt man bei der Entwicklung der Ratenkredite die Zahlen der Deutschen Bundesbank, so steigt ihr Volumen von 160,5 Milliarden (Jahreswert 2017) auf 168,0 Milliarden Euro (2. Quartal 2017) allerdings wiederum um rund fünf Prozent.

■ 2 Exkurs: Überschuldung in der Mittelschicht aus Sicht der Milieuforschung

Auswirkungen von Überschuldung auf die „Mitte der Gesellschaft“

Mittelschicht: keine trennscharfe Definition

2012: „Überschuldung und die Erosion der Mittelschicht“

Das aktuelle Sonderthema³⁰ befasst sich, wie zuletzt im Jahr 2012, ausführlicher mit den Auswirkungen von Überschuldung auf die „Mitte der Gesellschaft“. Unter Mittelschicht werden diejenigen Schichten und Milieus subsumiert, die gemeinhin in unterschiedlicher Weise und nicht immer trennscharf als das Zentrum der Gesellschaft eingestuft werden. Zur Definition werden in der Regel soziokulturelle Merkmale (wie Bildungsstand oder Erwerbsstatus), finanzielle Kriterien (wie Einkommen oder Vermögen) oder subjektive Aspekte (wie Wertvorstellungen und Selbsteinschätzung) für sich alleine oder in einer Mischung (wie z. B. bei den Sinus-Geo-Milieus®) herangezogen.³¹ Dabei wird der quantitative Veränderungsprozess der Mittelschicht (Zunahme versus Abnahme) je nach wirtschaftspolitischen Standpunkt zur Klärung der Frage herangezogen, ob die (deutschen) Verbraucher ärmer oder wohlhabender, die bundesdeutsche Gesellschaft gerechter oder ungerechter und die Schere zwischen arm und reich größer oder kleiner geworden ist.

Dabei ist die Diskussion um die Deutungshoheit des Begriffs Mittelschicht selbst zum Politikum geworden, da unterschiedliche Interessen- und Akteursgruppen sich

³⁰ Seit 2009 wurde das Thema Überschuldung aus verschiedenen Perspektiven interdisziplinär aufgegriffen und in Form eines Gastbeitrages durch Fachwissenschaftler vertieft: 2009: Armut und Überschuldung; 2010: Überschuldung und defizitäre Gesundheit; 2011: Junge Überschuldung und Finanzkompetenz; 2012: Einkommenspolarisierung und Überschuldung in Deutschland; 2014: Generationsübergreifende Überschuldung, Ergebnisse einer Trendumfrage deutscher Sozialämter; 2015: Armutsüberschuldung im Alter. 2013 erfolgte eine rückblickende Einordnung des „Arbeitsinstruments“ SchuldnerAtlas und seiner Funktion als sozioökonomischer Indikator durch Vergleiche zu seiner Aussagequalität mit den Parametern Arbeitslosigkeit, Bruttoinlandsprodukt und Geschäftsklima, die seit dem jährlich aktualisiert wird. Im letzten Jahr zeigte der Gastbeitrag der Haushaltswissenschaftlerin Prof. Dr. Cäzilia Loibl, CFP® (Department of Human Sciences, The Ohio State University, U.S.A.) „Internationale Ansätze der Überschuldungsprävention aus verhaltensökonomischer Sicht“. Ihre Schlussfolgerung: Auch einfache Maßnahmen können große Wirkungen zeigen.

³¹ Nach einer auf dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen basierenden Einteilung der Gesellschaft in fünf Einkommensgruppen wird die „Mitte im engeren Sinne“ als klassische Mittelschicht definiert, die über ein Einkommen zwischen 80 und 150 Prozent des Medians verfügen kann. Bei einem Einpersonenhaushalt sind das derzeit 1.410 bis 2.640 Euro netto. Ein Paar ohne Kinder zählt bereits ab 2.110 Euro zur Mitte im engeren Sinn, während eine Familie mit zwei kleinen Kindern dazu schon 2.950 Euro benötigt. Im Vergleich zu Alleinlebenden erreichen doppelverdienende Paare und Familien die Einkommensmitte auch mit etwas weniger gut bezahlten Berufen, weil sie von Haushaltseinsparungen profitieren. Derzeit gehören 48 Prozent der Bundesbürger zur eng abgegrenzten Einkommensmittelschicht. Nimmt man die einkommensschwache und die einkommensstarke Mitte hinzu, sind es sogar 80 Prozent.

nicht auf ein allgemeingültiges Erklärungsmodell einigen können, ob die Mittelschicht nun schrumpft, sich vergrößert oder einfach nur stabil bleibt.³²

2.1 Die Mittelschicht zwischen Einkommenspolarisierung und struktureller Überschuldung

Bereits 2012 hatte Dr. Jan Goebel, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), die Wechselbeziehungen zwischen der (zu- und abnehmenden) Einkommenspolarisierung und der Überschuldungsentwicklung in Deutschland unter der Überschrift „Überschuldung und die Erosion der Mittelschicht“ analysiert. Hintergrund sind die Befunde der seit Jahren zunehmenden „strukturellen Überschuldung“ in Form einer mehr oder minder veränderungsresistenten und konjunkturunabhängigen „Sockelüberschuldung“. Die Ungleichheit der verfügbaren Haushaltseinkommen hat in Deutschland seit 1991 laut Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) deutlich zugenommen. Eine Gliederung in drei Einkommensgruppen zeigt, dass die obere Einkommensschicht ihr Realeinkommen von 1991 bis 2014 erheblich steigern konnte, während die mittlere und insbesondere die untere Einkommensschicht deutlich dahinter zurückblieben. Die Mittelschicht schrumpfte und die Bevölkerungsanteile an den Rändern der Verteilung nahmen zu.³³

*Bereits 2012 Sonderthema:
„Überschuldung und die
Erosion der Mittelschicht“*

*1991 bis 2014:
Mittelschicht schrumpfte*

³² Vgl. beispielweise die Debatte zwischen dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) und dem Institut für Wirtschaft (IW Köln), exemplarisch durch zwei Artikel in der Wochenzeitschrift Die Zeit: ZEIT, 04.08.2017, Die Mitte bröckelt, Eine Kolumne von Marcel Fratzscher (DIW) sowie ZEIT, 03.09.2017, Die Mittelschicht ist stabiler als ihr Ruf, Ein Gastbeitrag von Judith Niehues (IW). DIW Berlin, Wochenbericht Nr. 04/2017, Einkommensverteilung und Armutsrisiko, darin: Realeinkommen sind von 1991 bis 2014 im Durchschnitt gestiegen – erste Anzeichen für wieder zunehmende Einkommensungleichheit, S. 71-82; DIW Berlin, Wochenbericht Nr. 04/2017, Einkommensverteilung und Armutsrisiko, darin: »Die Schere zwischen Arm und Reich geht weiter auseinander« (Interview mit Markus M. Grabka), S. 83; DIW Berlin, Wochenbericht Nr. 10/2017, Einkommensungleichheit, darin: Wie steigende Einkommensungleichheit das Wirtschaftswachstum in Deutschland beeinflusst, S. 159-168; DIW Berlin, Wochenbericht Nr. 10/2017, Einkommensungleichheit, darin: »Der Konsum wird durch die gestiegene Ungleichheit stark gedämpft« (Interview mit Ferdinand Fichtner), S. 169.

³³ »Die unterschiedliche Dynamik der durchschnittlichen und mittleren verfügbaren Einkommen liefert ebenfalls Hinweise auf eine Veränderung der Einkommenschichtung in Deutschland. [...] Um eine differenzierte Betrachtung der Einkommenschichtung zu ermöglichen, wird jeweils eine zusätzliche Gruppe oberhalb und unterhalb der mittleren Einkommen eingeführt, die man als untere bzw. obere Mittelschicht bezeichnen kann. Die untere Mittelschicht umfasst Einkommen von 50 bis 70 Prozent des Medianeinkommens, die obere Mittelschicht Einkommen von 150 bis 200 Prozent des Medianeinkommens. Einkommen unterhalb von 50 Prozent des Medianeinkommens werden als Niedrigeinkommen bezeichnet, ab 200 Prozent gelten als Hocheinkommen. Die Bezieher mittlerer Einkommen (70 bis 150 Prozent des Medianeinkommens) stellen in Deutschland traditionell die größte Bevölkerungsgruppe. Im Jahr 1991 betrug ihr Anteil gut 63 Prozent. Allerdings nimmt die relative Bedeutung dieser Einkommensgruppe seit der Jahrtausendwende ab. Von 2001 bis 2014 ist der Bevölkerungsanteil der mittleren Gruppe um 7 Prozentpunkte auf rund 56 Prozent zurückgegangen. Da sich die Bevölkerungszahl in Deutschland von 1991 bis 2014 kaum verändert hat, ist die Mittelschicht nicht nur relativ, sondern auch absolut geschrumpft. Dieser Befund ist angesichts der Beschäftigungszunahme in Deutschland seit Mitte der 2000er Jahre erstaunlich. Die

**Strukturelle Überschuldung
als Symptom und Indikator
für die Erosion
der Mittelschicht**

**„Nebenwirkungen“ von
privater Überschuldung**

**„Spreizungswert“ erreicht
neuen Höchstwert**

Zudem belegen die aktuellen Daten des SchuldnerAtlas, dass 2017 mehr als 4,2 Millionen Menschen in Deutschland offensichtlich nicht oder nur sehr begrenzt von einer noch so positiven Konjunktur- und Beschäftigungsentwicklung profitieren können. Der Prozess der so genannten Überschuldungsverhärtung kann daher auch als Ausdruck von Marginalisierung und Prekarisierung gedeutet werden, der sich in Form einer Polarisierung zwischen überschuldeten und nicht- oder weniger überschuldeten Personengruppen vollzieht. Strukturelle Überschuldung kann jedenfalls auch als ein Symptom und ein Indikator für die Erosion der Mittelschicht interpretiert werden.

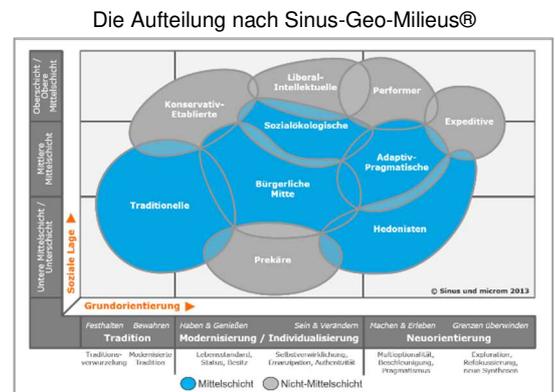
Dies konnten auch die Analysen der Überschuldungsentwicklung nach Sinus-Geo-Milieus®³⁴ und den (drei übergeordneten) Lebenswelt-Segmenten in den vergangenen Jahren belegen. Demnach können Einkommenspolarisierung und Überschuldung als zwei (komplementäre) Seiten einer Medaille verstanden werden. Der aktuelle Spreizungswert zwischen der niedrigsten und höchsten Überschuldungsquote (13,07 Punkte) nach Sinus-Geo-Milieus® erreicht derzeit jedenfalls einen neuen Höchstwert (seit 2010). Dies bedeutet letztlich, dass die so genannte „Mittelschicht“ schrumpft, d. h. sich an den Rändern nach oben und unten auflöst. Zudem ist auch der Anteil derer, die in Räumen mit hoher und sehr hoher Überschuldung (Überschuldungsquote liegt über 12 Prozent) leben, mit 2,53 Millionen Menschen auf den mittlerweile höchsten Stand seit 2007 gestiegen. Nur zwischen 2005 und 2007 lagen die

Bevölkerungsanteile an den Rändern der Einkommensverteilung haben hingegen deutlich zugenommen. Der Anteil der Bezieher von Niedrigeinkommen ist seit 1991 um 3,5 Prozentpunkte auf gut 9 Prozent angestiegen. Insgesamt machten Personen mit einem Einkommen von weniger als 70 Prozent des Medianeinkommens im Jahr 2014 sogar knapp ein Viertel der gesamten Bevölkerung aus. Der Anteil der Personen mit einem Einkommen von mehr als 150 Prozent des Medianeinkommens lag im Jahr 2014 bei rund einem Fünftel und war damit um rund 3 Prozentpunkte höher als 1991. Dieser Zuwachs entfällt allerdings vollständig auf die Gruppe der Hocheinkommensbezieher.“ Vgl. IMK-Report 129-2017: Was tun gegen die Ungleichheit? Wirtschaftspolitische Vorschläge für eine reduzierte Ungleichheit, 29 Seiten, September 2017, S. 6.

³⁴ Die zu Grunde liegenden Sinus-Geo-Milieus® haben sich seit Beginn der Überschuldungsberichterstattung als ein wichtiges Instrument zur Interpretation und Einordnung der akuten, aber auch mittel- und langfristigen Überschuldungsentwicklung erwiesen. Sie zeigen, dass Schichtzugehörigkeit und Lebenshaltung (als Ausdruck von Werten und Grundorientierung) deutlich mit der Bereitschaft, sich zu verschulden, korrespondieren. Überschuldung ist daher in jenen Milieus stärker ausgeprägt, die sich durch eine tendenziell materialistische oder hedonistische Grundhaltung auszeichnen. Zudem belegen weiterführende Analysen, dass auch die Haltung der Verbraucher zur finanziellen Vorsorge und zur Nutzung von Krediten im Haushalt Indikatoren sind, um die Überschuldungsaffinität der einzelnen Milieus und Lebenswelt-Segmente einzuordnen.

entsprechenden Werte als Folge nochmals höher (zwischen 2,86 und 3,28 Millionen).

Unterteilt man die Überschuldungsdaten nun mit Hilfe der Sinus-Geo-Milieus® grob in zwei Schichten – die Mittelschicht und die „Nicht-Mittelschicht“ – zeigen sich folgende Detailergebnisse. Die Überschuldung der zur Mittelschicht gehörenden Milieus hat seit 2010 und auch in diesem Jahr stärker zugenommen als in den anderen Schichten. Die spezifische Überschuldungsquote in der Mittelschicht liegt mit derzeit 10,99 Prozent mehr als zwei Punkte über dem rechnerischen Wert für die „Nicht-Mittelschicht“ (8,75 Prozent). Der Spreizungswert zwischen beiden Schichten hat zudem spätestens seit 2012 kontinuierlich zugenommen und beträgt nunmehr 2,24 Punkte. Damit gehören 4,38 Millionen überschuldete Personen der Mittelschicht an. Die restlichen 2,53 Millionen überschuldeten Verbraucher rekrutieren sich aus den übrigen zusammengefassten Milieus.



4,38 Millionen Überschuldete aus der „Mittelschicht“

Tab. 8.: Überschuldung nach Polarisierung „Mittelschicht“ / „Nicht-Mittelschicht“ 2010 bis 2017³⁵

■	Überschuldungsquoten			Überschuldungsfälle			
	Mittelschicht	Nicht-Mittelschicht	Spreizung	Mittelschicht		Nicht-Mittelschicht	
2010	10,06%	8,66%	1,39	4,14 Mio.	Abw.	2,34 Mio.	Abw.
2011	9,88%	8,62%	1,26	4,09 Mio.	- 47.300	2,31 Mio.	- 33.800
2012	10,26%	8,73%	1,53	4,24 Mio.	+ 148.100	2,35 Mio.	+ 41.200
2013	10,47%	8,84%	1,63	4,17 Mio.	- 73.500	2,42 Mio.	+ 63.200
2014	10,61%	8,86%	1,75	4,24 Mio.	+ 69.600	2,44 Mio.	+ 19.600
2015	10,75%	8,79%	1,96	4,22 Mio.	- 20.000	2,50 Mio.	+ 63.900
2016	10,93%	8,87%	2,06	4,31 Mio.	+ 91.600	2,54 Mio.	+ 39.100
2017	10,99%	8,75%	2,24	4,38 Mio.	+ 68.600	2,53 Mio.	- 4.100
Abw. 2016 / 17	+ 0,06	- 0,12	+ 0,18	+ 69.000 Fälle		- 4.000 Fälle	
Abw. 2010 / 17	+ 0,93	+ 0,09	+ 0,82	+ 237.000 Fälle		+ 189.000 Fälle	

³⁵ Die hier definierte „Mittelschicht“ setzt sich zusammen aus folgenden Sinus-Geo-Milieus®: Bürgerliche Mitte, Adaptiv-Pragmatische, Sozialökologische, Traditionelle und Hedonisten. Die hier definierte „Nicht-Mittelschicht“ setzt sich zusammen aus: Konservativ-Etablierte, Liberal-Intellektuelle, Performer, Expeditiv und Prekäre. Der Anteil der hier aggregierten „Mittelschicht“ an der Bevölkerung liegt zwischen 60 Prozent (2010) und 58 Prozent (2017). Rundungsdifferenzen möglich.

**Zunahme 2017 stammt
ausschließlich aus
der Mittelschicht ...**

In diesem Jahr stammen zudem offensichtlich alle neuen Überschuldungsfälle aus den Milieus der Mittelschicht (+ 69.000 Fälle), während die Zahl der Überschuldungsfälle aus den sonstigen (aggregierten) Milieus abgenommen hat (- 4.000 Fälle). Bei einer wiederum differenzierteren Betrachtung der hier so genannten „Nicht-Mittelschicht“ zeigt sich, dass hier der Rückgang stärker bei den so genannten „gesellschaftlichen Leitmilieus“ (Konservativ-Etablierte, Liberal-Intellektuelle, Performer und Expeditiv) zu finden ist (1,76 Millionen; - 3.000 Fälle). Diese gehören alle zu den Milieus mit eher gehobenem sozialen Status. Allerdings ist auch die Zahl der Überschuldungsfälle im Milieu der unteren Mittelschicht, bei den „Prekären“, 2017 leicht zurückgegangen (0,77 Millionen; - 1.000 Fälle).

**... aber auch „Prekäre“
und „gesellschaftliche
Leitmilieus“ legen zu**

Im Langzeitvergleich weist die Mittelschicht zwischen 2010 und 2017 den in absoluten Zahlen stärksten Anstieg von rund 237.000 Überschuldungsfälle auf (+ 6,6 Prozent), bei der „Nicht-Mittelschicht“ liegt der Anstieg bei 189.000 Fällen (+ 8,1 Prozent). Unterteilt man die Gruppe der „Nicht-Mittelschicht“ wiederum in die „gesellschaftlichen Leitmilieus“ (+ 205.000 Fälle; + 13,2 Prozent) und die Prekären (- 16.000 Fälle; - 2,0 Prozent) auf, zeigt sich, dass die (absolute) Überschuldung auch in den finanziell besser situierten Milieus zugenommen hat. Zugleich ist anzumerken, dass sich die den Milieus zu Grunde liegenden Bevölkerungszahlen im Zeitverlauf verändert haben. Die Mittelschicht hat zwischen 2010 und 2017 Mitglieder verloren, die „Nicht-Mittelschicht“ hat Mitglieder hinzugewonnen (+ 8,9 Prozent).

**Überschuldung ist nicht
alleine ein Problem sozial
benachteiligter Personen**

Die vorliegenden Daten belegen, dass Überschuldung nicht allein ein Problem der unteren sozialen Schichten oder nur sozial benachteiligter Personengruppen ist. Nach Analyse der (hier aggregierten) Sinus-Geo-Milieus® zeigt sich, dass Überschuldung in allen Schichten der Gesellschaft zu finden ist. Einen Schwerpunkt bilden in jedem Falle die „mittleren Schichten“ der Gesellschaft, da sie mehr als 60 Prozent der Überschuldungsfälle stellen. Die so genannten Prekären stellen derzeit mehr als 11 Prozent der überschuldeten Verbraucher in

Deutschland. Weitere 26 Prozent der Überschuldungsfälle stellen die „gesellschaftlichen Leitmilieus“. Und auch in den letztgenannten Milieus können besonders überschuldungsaffine Personengruppen identifiziert werden, für die Konsum und Kredit mehr Mittel zum Zweck sind (z. B. das junge Milieu der „Expeditiven“). In der Regel gelingt es aber den sozioökonomisch besser gestellten Schichten Überschuldung durch entsprechendes Verhalten und vorhandene Mittel zu vermeiden. Zudem zeigt sich, dass immer mehr Verbraucher aus der „Mitte der Gesellschaft“ in eine Überschuldungsspirale geraten sind – und zugleich zunehmend mehr Personen auch aus den „gehobeneren Schichten“ Überschuldung und nachhaltige Zahlungsstörungen aufweisen. Die unmittelbaren und mittelbaren Folgen sind mehrheitlich alarmierend – für viele Betroffene selbst, wie auch der Gastbeitrag in Kapitel 3 zeigen wird, aber auch für Politik und Gesellschaft.

Alle Milieus sind betroffen

2.2 Die Mittelschicht zwischen politischer Verunsicherung und politischer Radikalisierung

Bei den weiteren Betrachtungen wird davon ausgegangen, dass die private Überschuldung in den USA zu Beginn des 21. Jahrhunderts Auslöser der US-amerikanischen Finanz- und Bankenkrise war. Diese hat seit 2007 zu massiven Verwerfungen der globalen Finanzarchitektur geführt und vielfältige Auswirkungen auf die ökonomische, politische und gesellschaftliche Stabilität, nicht nur direkt betroffener Staaten, gehabt. Eine historisch angelegte Studie zeigte 2015 auf, dass Finanzkrisen in den betroffenen Gesellschaften zu einem deutlichen Anstieg „politischer Unsicherheit“ führen. Tiefgreifende Finanzkrisen haben meist langfristige und schwerwiegende „Nebenwirkungen“, die über „normale“ Rezessionsphasen oder kurzfristige makroökonomischen Schocks („ohne finanzieller Natur“) hinausgehen.

Finanzkrisen führen zu einem deutlichen Anstieg „politischer Unsicherheit“

Diese Langzeit-Analyse von so genannten systemischen Finanzkrisen in den vergangenen 140 Jahren für 20 fortgeschrittene Volkswirtschaften und für mehr als 800 Wahlen, die im Herbst 2015 unter anderem vom Münchner ifo Institut veröffentlicht wurde, belegt, dass

***Folgen von Finanzkrisen:
Politische Radikalisierung,
schrumpfende Regierungsmehrheiten und Fraktionierung der Parlamente***

***Rechtsextreme Parteien
konnten ihren Stimmenanteil
in Post-Finanzkrisenzeiten
im Durchschnitt um rund 30
Prozent erhöhen***

***Aktuelle Entwicklungen
bestätigen den Trend zu
politischer Radikalisierung***

***Verlust des „Glaubens
an langfristigen Wohlstandsgewinn und kollektiven
Aufstieg“***

(gravierende) Finanzkrisen in vielen Fällen zu politischer Radikalisierung, schrumpfenden Regierungsmehrheiten, einer Fraktionierung der Parlamente (durch einen deutlichen Anstieg der in den Parlamenten vertretenen Parteien) und zu einer Verschärfung der politischen Rhetorik (mit einer Ausgrenzung von Minderheiten und Ausländern) geführt hat. Die Autoren zeigen, dass rechtsextreme Parteien ihren Stimmenanteil in Post-Finanzkrisenzeiten im Durchschnitt um rund 30 Prozent erhöhen konnten.³⁶ Alles in allem belegt die Analyse, dass Finanzkrisen moderne Demokratien belasten. Die daraus resultierende politische Unsicherheit behindert, so eine Schlussfolgerung, die wirtschaftliche Erholung nach Finanzkrisen: „Vor dem Hintergrund der modernen Geschichte scheinen politische Radikalisierung, rückläufige Regierungsmehrheiten und zunehmende Straßenproteste das Markenzeichen von Finanzkrisen zu sein.“

Die derzeitigen Entwicklungen in den USA, aber auch in Deutschland und in anderen EU-Staaten korrespondieren jedenfalls mit den Befunden der Studie. Und selbst wenn sich die deutsche Wirtschaft, wie kaum eine andere in Europa, seit etwa 2010 von den Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise erholt hat (und zugleich auch von ihr profitiert hat), zeigt sich, dass sich offensichtlich immer mehr Menschen von der ökonomischen Aufwärtsentwicklung abgekoppelt fühlen. Dies gilt, da Einkommenspolarisierung und Statusverunsicherung in Deutschland in den letzten Jahren deutlich zugenommen haben, obwohl die deutsche Wirtschaft seit etwa 2011 „brummt“ und von Rekord zu Rekord eilt.

Nennenswerte Teile der Bevölkerung in Deutschland haben jedenfalls den „Glauben an langfristigen Wohlstandsgewinn und kollektiven Aufstieg“³⁷ und machen dafür zunehmend Minderheiten und seit spätestens Ende 2015 Flüchtlinge und Migranten verantwortlich. Dies zeigen, so die These, auch die Ergebnisse der Bundestagswahl vom September 2017, bei

³⁶ Vgl. Funke, Manuel / Schularick, Moritz / Trebesch, Christoph (2015): Going to Extremes: Politics after financial crises, 1870 - 2014, Discussion paper series No. 10884, Economic History And Monetary Economics And Fluctuations.

³⁷ Vgl. hierzu auch Schöneck, Nadine M. / Mau, Steffen / Schupp, Jürgen: Gefühlte Unsicherheit – Deprivationsängste und Abstiegssorgen der Bevölkerung in Deutschland, DIW-SOEP-Papers 428, 2011.

der die „Alternative für Deutschland“ (AfD) mit rund 12,6 Prozent der Stimmen in den Deutschen Bundestag gewählt worden ist. Die AfD stellt nun mit über 90 Sitzen die drittgrößte Fraktion im 19. Deutschen Bundestag und kann am äußeren rechten Rand des Parteienspektrums verortet werden.³⁸ Zudem hat die Partei „Die Linke“ an dem anderen Rand des Parteienspektrums mit 9,6 Prozent leicht dazu gewonnen und stellt 69 Sitze im Bundestag. In einer vereinfachten Sicht kann eine Wahl beider Parteien als extremes Wahlverhalten eingeordnet werden, da die jeweils parteipolitisch außenstehenden Gruppierungen gewählt wurden. Zusammengefasst stellen beide Parteien mehr als ein Fünftel der abgegebenen Zweitstimmen (22,2 Prozent). Eine Studie der Bertelsmann-Stiftung hatte im Nachgang zur Bundestagswahl 2017 eine „neue Konfliktlinie der Demokratie“ ausgemacht: „Diese neue Konfliktlinie verläuft als diagonaler Riss durch die Mitte der Gesellschaft nicht geografisch, sondern sozial und kulturell. Er trennt die gesellschaftlichen Milieus der sozial-kulturellen Modernisierungsskeptiker und Modernisierungsbefürworter und hat entlang dieser neuen Konfliktlinie das Wahlergebnis geprägt.“³⁹

Die folgende Sonderauswertung der Überschuldungsdaten auf Ebene der 299 Wahlkreise in Deutschland soll nochmals differenzierter untersuchen, ob und in welcher Intensität Überschuldung und Wahlverhalten der Verbraucher korrelieren. Für die vorliegende Schnellana-

Extremes Wahlverhalten als Wahl von parteipolitisch außenstehenden Gruppierungen

Bertelsmann-Studie: „neue Konfliktlinie der Demokratie als diagonaler Riss durch die Mitte der Gesellschaft“

Sonderauswertung der Überschuldungsdaten auf Ebene der 299 Wahlkreise

³⁸ Der Soziologe Wilhelm Heitmeyer und ehemalige Direktor des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) der Universität Bielefeld sieht in den Politikvorstellungen der AfD einen neuen Typus eines „autoritären Nationalradikalismus“. Politikwissenschaftliche Analysen zeigten zudem, dass sich AfD-Wähler aus fast allen Schichten rekrutieren. Es sind nicht nur Menschen mit unteren Bildungsabschlüssen, sondern auch viele Menschen mit mittleren Bildungsabschlüssen und auffällig viele Arbeiter. Vgl. auch Süddeutsche Online, 04.10.2017, Soziologe zur AfD: Erwachen aus wutgetränkter Apathie.

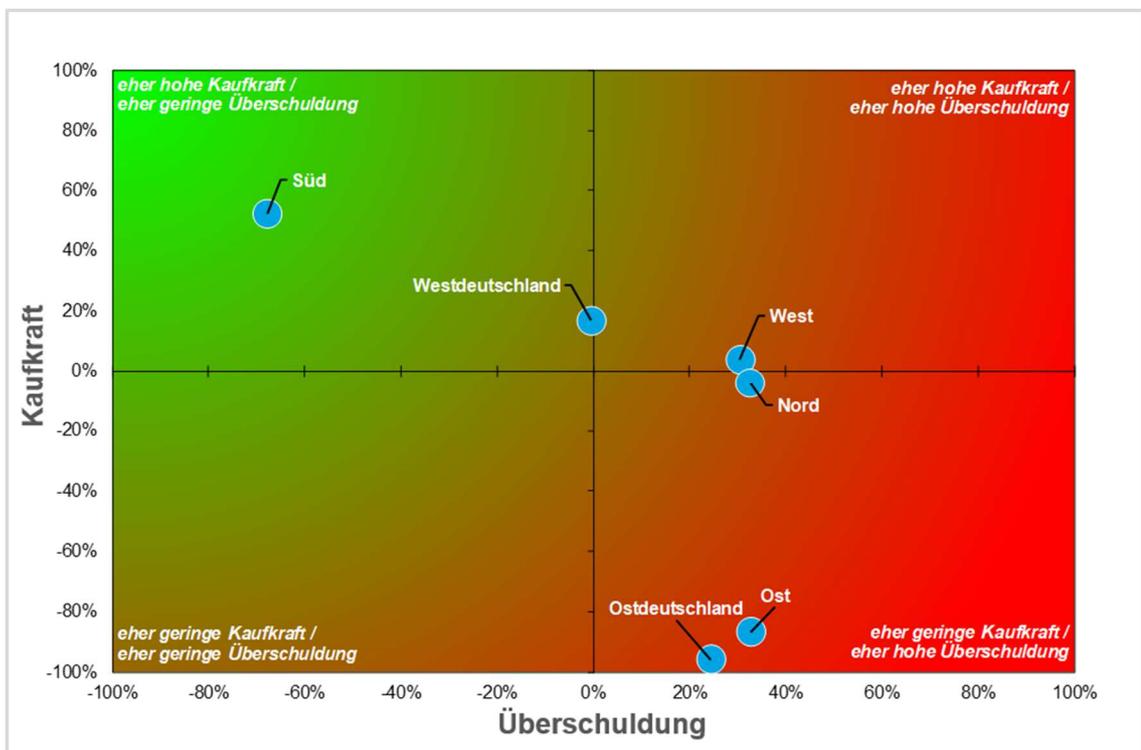
³⁹ Die etablierten (Volks-)Parteien verlieren in der Bürgerlichen Mitte deutlich an Terrain. In der Bürgerlichen Mitte erreichte die AfD ein Ergebnis in Höhe von 20 Prozent aller Wählerstimmen und einen Zuwachs von 14,6 Prozentpunkten gegenüber 2013. Gleichzeitig hat die CDU/CSU in ihrem Kernmilieu der Bürgerlichen Mitte den höchsten Verlust aller Parteien in einem Einzel-Milieu erlitten (- 15 Prozentpunkte). Der Kampf um die Mitte hat sich deutlich verschärft und die Etappe der Bundestagswahl 2017 ging zunächst an die AfD. Noch rasanter verläuft der Erosionsprozess der etablierten Parteien im Milieu der Prekären, einem Milieu der sozialen Unterschicht. Mit 28 Prozent aller Wählerstimmen ist die AfD hier stärkste Partei. Gut 63 Prozent aller Wahlberechtigten in diesem Milieu haben entweder gar nicht, eine sonstige Partei oder die AfD gewählt. Eine Große Koalition würde im Prekären Milieu nur noch weniger als ein Viertel (23 Prozent) aller Wahlberechtigten repräsentieren. Eine Jamaika-Koalition lediglich noch knapp 18 Prozent aller Wahlberechtigten. In keinem anderen Milieu ist der Erosionsprozess der etablierten Parteien so weit fortgeschritten wie im Prekären Milieu. Vgl. hierzu Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2017), Populäre Wahlen, Mobilisierung und Gegenmobilisierung der sozialen Milieus bei der Bundestagswahl 2017, Oktober 2017 sowie Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2017), Die Stunde der Populisten? Populistische Einstellungen bei Wählern und Nichtwählern vor der Bundestagswahl 2017, Gütersloh, Juli 2017.

lyse wurden folgende Parameter untersucht: die Überschuldungsquoten, die Arbeitslosenquoten und die (indexierte) Kaufkraft. Es wird davon ausgegangen, dass Überschuldung und Arbeitslosigkeit eine hohe Korrelation aufweisen, da Arbeitslosigkeit weiterhin als Hauptauslöser von Überschuldungsprozessen eingestuft werden kann. Der Indikator Kaufkraft steht stellvertretend für die Einkommenslage der Verbraucher, da ein hohes Einkommen zwar nicht vor Überschuldung schützt, aber Ausdruck größerer finanzieller Handlungsfreiheiten ist.⁴⁰

Extremes Wahlverhalten als Indikator für politische Verunsicherung

Extremes Wahlverhalten wird hier als Indikator für politische Unsicherheit und Verunsicherung der Bevölkerung verstanden, da diese wirtschaftliche Weiterentwicklung von Regionen und Gesellschaft behindern kann. So könnten zudem zukünftig als Folge beispielsweise Investitionen ausbleiben oder Fachkräfte fernbleiben.

Abb. 9.: Ost / Westdeutschland bzw. Regionen nach Überschuldung und Kaufkraft

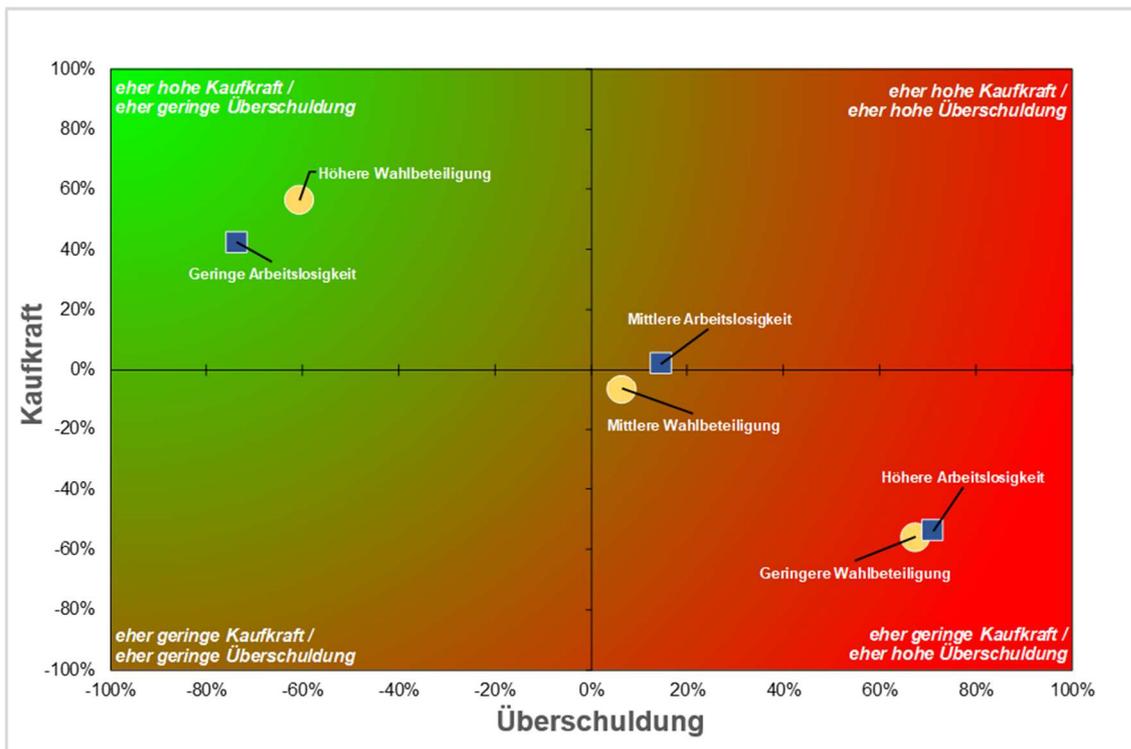


⁴⁰ Die räumliche Zuordnung wurde bei dieser Analyse von der üblichen Zuordnung nach 401 kreisfreien Städten und Kreisen bzw. Landkreisen auf die Ebene der 299 Wahlkreise bei der letzten Bundestagswahl vom 24. September 2017 umgerechnet. Durch diese Vorgehensweise können auch politisch relevante Implikationen wie die Zusammenhänge von Überschuldung und Wahlbeteiligung resp. Überschuldung und wahlpolitische Präferenzen abgebildet werden.

Die Analyse der genannten Basisparameter bestätigt zunächst die aus den allgemeinen Überschuldungsdaten ableitbaren Ergebnisse. So zeigen die beiden Analyseportfolios⁴¹, dass Menschen, die in Süddeutschland leben, eine überdurchschnittliche Kaufkraft (eher hoch) und unterdurchschnittliche Überschuldung und zugleich geringe Arbeitslosigkeit aufweisen.

**Analyseportfolio
bestätigen die Basistrends**

Abb. 10.: Wahlbeteiligung und Arbeitslosigkeit nach Überschuldung und Kaufkraft



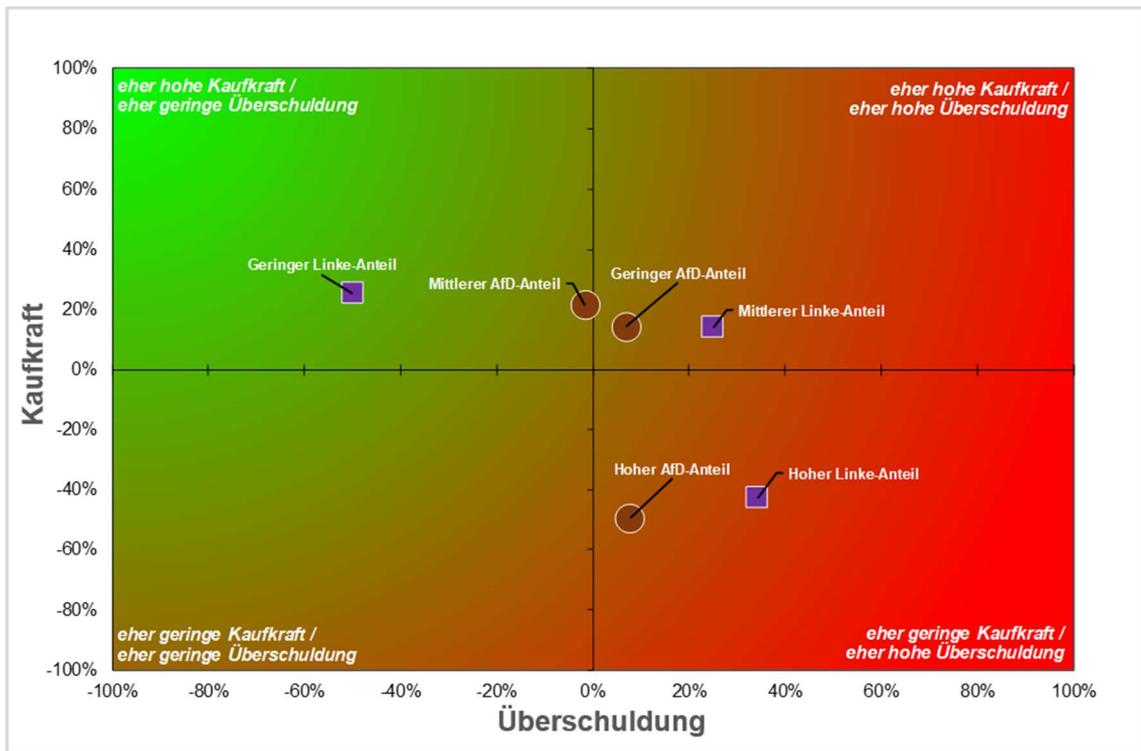
Diese sind im Analyseportfolio jeweils im „grünsten“ Bereich zu finden. Menschen, die in Ostdeutschland leben, weisen eine deutlich unterdurchschnittliche Kaufkraft und eine überdurchschnittliche Überschuldung wie auch Arbeitslosigkeit auf. Verbraucher, die im Westen und Norden Deutschlands leben, verfügen demnach über eine durchschnittliche Kaufkraft und eine überdurchschnittliche Überschuldung. Die Darstellung zeigt zudem, dass offensichtlich nicht wenige Verbraucher in

Der Osten mit unterdurchschnittlicher Kaufkraft und überdurchschnittlicher Überschuldung

⁴¹ Die zur Ergebnisdarstellung verwendeten so genannten Aktionsportfolios haben zum Ziel, komplexe Wirkungsbeziehungen auf vergleichsweise einfache Art darzustellen. Die Ergebnisse werden in vier Quadranten (x-Achse: Überschuldung; y-Achse: Kaufkraft / Arbeitslosigkeit) abgebildet, so dass die Kernaussagen auf einen Blick erkannt werden können. Zudem zeigen die Analyseportfolios einerseits den aktuellen Status der Überschuldungslage der untersuchten Räume und Personengruppen. Andererseits können aus den Ergebnissen auch Rückschlüsse auf eine mögliche (zu- oder abnehmende) Überschuldungsgefährdung gezogen werden. Mit einer gewissen Vorsicht können somit auch eher überschuldungsgefährdete Personengruppen oder Milieus identifiziert werden. Zudem: Nach Angaben des DIW haben 40 Prozent der Beschäftigten in Deutschland haben 2017 weniger Kaufkraft als vor zwanzig Jahren. Der Grund: der relativ hohe Anteil gering Qualifizierter (s. auch Kapitel 1.4).

Überschuldung geraten sind, obwohl ihre Einkommenssituation als überdurchschnittlich eingestuft werden kann. Sie können mit hoher Wahrscheinlichkeit nur durch andere Überschuldungsauslöser in eine Überschuldungsspirale geraten sein.

Abb. 11.: Wahlpräferenz bei Bundestagswahl 2017 nach Überschuldung und Kaufkraft: Die Linke – AfD



**Überschuldung,
Arbeitslosigkeit und
Wahlbeteiligung korrelieren**

Die vorstehende Abbildung belegt, wie auch andere Analysen, dass der Grad von Arbeitslosigkeit und die Beteiligung der Bürger bei der Bundestagswahl im letzten September korrelieren. So finden sich in denjenigen Wahlkreisen, die von hoher Überschuldung und geringer Kaufkraft geprägt sind, auch hohe Arbeitslosenquoten und geringe Wahlbeteiligungsquoten – und umgekehrt. Vereinfacht formuliert: Je geringer die Arbeitslosigkeit, desto höher die Wahlbeteiligung. Gleiches gilt mit umgekehrten Vorzeichen, wenn der Indikator Arbeitslosigkeit durch den Indikator Kaufkraft ersetzt wird.⁴² Kreuzt man nun die Basisdaten zu Überschuldung und Kaufkraft mit den Wahlergebnissen der letzten Bundestagswahl auf Wahlkreisebene, zeigt sich, dass

⁴² Zwei Beispiel: In denjenigen Wahlbezirken, in den die Überschuldung eher gering ist (unter 8,5 Prozent), liegt die Arbeitslosenquote bei 3,7 Prozent, die Kaufkraft bei rund 105 Punkten und die Wahlbeteiligung bei über 78 Prozent. Zudem: In denjenigen Wahlbezirken, in den die Arbeitslosigkeit eher hoch ist (über 7 Prozent), liegt die Überschuldungsquote bei 12,4 Prozent, die Kaufkraft bei rund 92 Punkten und die Wahlbeteiligung bei 72 Prozent.

in Wahlbezirken, die hohe Überschuldungsquoten und zugleich eine geringe Kaufkraft (resp. hohe Arbeitslosenquoten) aufweisen, sowohl die AfD als auch die Partei die Linke hohe Stimmenanteile erhalten haben. Zugleich ist zu erkennen, dass in denjenigen Wahlkreisen, die von eher hoher Kaufkraft und zugleich auch von hoher Überschuldung geprägt sind, die AfD nur eher geringe und die Linke mittelgroße Stimmenanteile erzielen konnte.

Hohe Anteile von AfD und Linken in Wahlbezirken mit hoher Überschuldung und zugleich geringer Kaufkraft

Tab. 12.: Sonderauswertung: Die Basiskriterien in der Kreuztabellierung

■	Überschuldung	Arbeitslosigkeit	Kaufkraft	Wahlbeteiligung
Gesamtwerte	10,04%	6,23%	100 Punkte	76,2%
Überschuldung				
gering (bis unter 8,5 Prozent)	-	3,70%	104,83	78,10%
mittel (8,5 bis 10,8 Prozent)	-	6,00%	99,67	75,70%
hoch (über 10,8 Prozent)	-	8,75%	94,46	72,48%
Arbeitslosigkeit				
gering (bis unter 4,5 Prozent)	7,73%	-	105,82	77,78%
mittel (4,5 bis 7 Prozent)	10,03%	-	99,94	75,80%
hoch (über 7 Prozent)	12,40%	-	92,47	72,37%
Kaufkraft-Index				
gering (bis unter 94 Punkte)	11,18%	8,22%	-	72,62%
mittel (94 bis 103 Punkte)	9,89%	5,63%	-	75,71%
hoch (über 103 Punkte)	8,79%	4,59%	-	77,95%
„Nicht-Wähler“				
gering (bis unter 23 Prozent)	8,15%	4,37%	108,46	79,04%
mittel (23 bis 26 Prozent)	9,79%	5,63%	98,38	75,55%
hoch (über 26 Prozent)	12,16%	8,75%	91,88	71,49%

Alles in allem bestätigt sich einerseits, dass die Wähler der beiden hier untersuchten Parteien häufig aus Sozialräumen in Deutschland stammen, die offensichtlich überdurchschnittliche sozioökonomische und soziale Problemlagen aufweisen. Zugleich bestätigt sich die These, dass sich AfD-Wähler aus fast allen (sozioökonomischen) Schichten rekrutieren. Auch wenn die vorliegenden Daten zunächst nur Korrelationen und keine Kausalitäten abbilden können, zeigt sich, dass die soziale Lage der Verbraucher und ihr Wahlverhalten offensichtlich korrespondieren. Gleichwohl ist zu schlussfolgern, dass hohe Kaufkraft oder geringe Arbeitslosigkeit nicht automatisch vor Überschuldung schützen. So

Viele Wähler extremer Parteien finden sich in Wahlkreisen mit sozialen Problemlagen

Aber: Auch Überschuldungsprobleme trotz guter ökonomischer Lage

**Überschuldungsquoten als
„sozioökonomische Seismog-
raphen“ und ...**

**... Basis für vertiefende
Strukturanalysen zur sozia-
len Lage in Deutschland**

**Verdichtung von Überschul-
dung, Arbeitslosigkeit und
extremen Wahlverhalten
verdeutlichen sozio-
ökonomische Risiken**

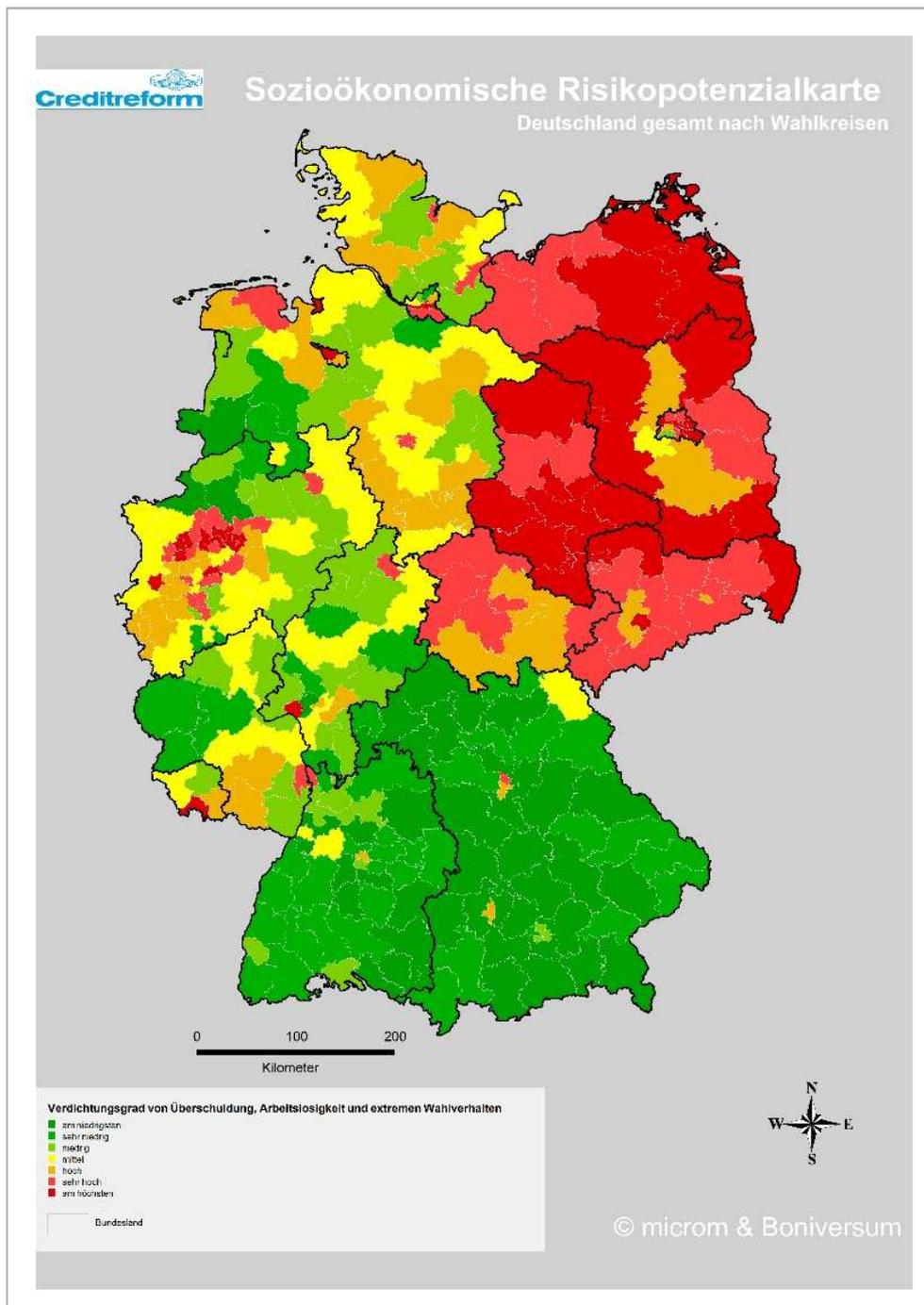
sind in allen Auswertungen Bereiche bzw. Personen-
gruppen zu finden, die trotz guter ökonomischer Rah-
menbedingungen Überschuldungsprobleme aufweisen.

Zudem kann angemerkt werden, dass die Überschul-
dungsdaten offensichtlich eine hohe Aussagequalität
besitzen. Dies zeigen auch alle Teilergebnisse der vor-
liegenden Sonderauswertung, die auf Grundlage der
aktuellen Bundestagswahlergebnisse erarbeitet worden
sind. Die Überschuldungsquoten können somit auch die
Funktion eines „sozioökonomischen Seismographen“
übernehmen, da sie in mikrogeographischer Aufberei-
tung für (fast) alle Sozialräume in Deutschland vorlie-
gen. Durch entsprechende Zeitreihenanalysen können
Veränderungen der sozialen Lage der Verbraucher in
Deutschland präzise abgebildet werden. In einem
nächsten Schritt werden hierzu auch rückblickend und
in Kombination mit anderen sozialen Indikatoren weitere
vertiefende Strukturanalysen zur gesellschaftlichen
Lage in Deutschland möglich.

Die Karte (s. nächste Seite) verdeutlicht den hier darge-
stellten Zusammenhang, der sich aus dem Verdich-
tungsgrad von Überschuldung, Arbeitslosigkeit und ext-
remen Wahlverhalten ableiten lässt. Je höher der Ver-
dichtungsgrad der Indikatoren, desto roter ist die Farb-
gebung und damit ein mögliches „sozioökonomisches
Risikopotenzial“ für die betroffenen Regionen. Es zeigt
sich, dass in fast allen Teilen Deutschlands größere,
aber auch kleinere Regionen mit Risikopotenzialen zu
finden sind. So zeigen sich auch in den farblichen Nu-
ancierungen, dass beispielsweise auch in Bayern zu-
mindest extremes Wahlverhalten zu messen war. Da
hier allerdings oft hohe Kaufkraft mit niedriger Arbeitslo-
sigkeit einhergehen, bleiben die Farbtöne meist im (hel-
leren) Grünbereich.⁴³

⁴³ So erreichte die AfD beispielsweise im Wahlkreis Straubing 18,4 Prozent, in Deg-
gendorf waren es 19,2 Prozent – die AfD wurde damit jeweils zweitstärkste Partei.
In mehreren Gemeinden im Bayerischen Wald wählte sogar mehr als jeder Vierte
die Rechtspopulisten. In Gesamt-Bayern erzielte die AfD 12,4 Prozent – und damit
mehr als in allen alten Bundesländern.

Tab. 13.: Basiskarte zur Sonderauswertung: „Sozioökonomische Risikopotenziale“



Jenseits der politisch-gesellschaftlichen Ebene zeigt der aktuelle Gastbeitrag im nächsten Kapitel auf, dass Überschuldung für Familien aus der Mittelschicht oft ein „unsichtbares Phänomen“ und kein „rein statistisches Problem“ ist. Dies nicht zuletzt, da die Betroffenen trotz materieller Einschränkungen Strategien entwickeln, um ihre gesellschaftliche Position und ihre Identität zu erhalten – leider, wie auch die aktuellen Überschuldungszahlen zeigen, zum Teil nicht immer mit Erfolg.

**Gastbeitrag zeigt:
Überschuldung ist oft ein
„unsichtbares Phänomen“**

■ 3 Perspektiven: „Die angegriffene Mitte“ – Überschuldung und Insolvenz in der Mittelschicht

Ein Gastbeitrag von Dr. Marion Müller, Prof. Dr. Patricia Pfeil und Dr. Udo Dengel⁴⁴

3.1. Überschuldung und ihre Folgen für die Mittelschicht

*Überschuldung ist kein rein
statistisches Problem*

Menschen, die sich in einer Überschuldungssituation oder in einer Privatinsolvenz befinden, stehen vor einer Vielzahl an Herausforderungen, die nicht nur rechtlicher Natur sind. Sie erleben ökonomische Einbußen, finanzielle Einschränkungen und sind darüber hinaus mit massiven Veränderungen und Einschränkungen ihrer Handlungsfähigkeit in ihrem Lebensumfeld konfrontiert.

*Überschuldung trifft
gerade Menschen in
der Mittelschicht*

Menschen der Mittelschicht sind es gewohnt, Entscheidungen, die ihr Leben betreffen, eigenständig zu fällen und autonom zu handeln. Aufgrund ihrer Bildung, Ausbildung und ihrer Erwerbsintegration fehlen ihnen zu meist grundlegende gesellschaftliche Ausgrenzungserfahrungen. Der Begriff der Mittelschicht ist mit Zuschreibungen und Wertorientierungen wie Leistungsbereitschaft und Selbstverantwortung verknüpft. Geraten Mittelschichtsangehörige in Überschuldung, befinden sie sich – vor allem mit Beginn der Insolvenz – oft sehr plötzlich in dem Dilemma, diese Selbstverantwortung und Eigenständigkeit nicht mehr vollumfänglich zu haben und sich von außen an sie herangetragenen Regeln und Anforderungen – von Insolvenzverwaltern, Gerichten, gesetzlichen Rahmenbedingungen – unterwerfen zu müssen, die nicht die eigenen sind. Das heißt, Überschuldung der Mittelschicht ist nicht nur eine Frage der veränderten ökonomischen Gestaltung der Lebenswelt,

*Kennzeichen von Mittel-
schichtsangehörigen:
Leistungsbereitschaft und
Selbstverantwortung*

⁴⁴ Zu den Autoren: Dr. Marion Müller (Jahrgang 1969) hat nach dem Studium der Soziologie, Kriminologie und Sozialpsychologie an der LMU München an der Universität Siegen promoviert und ist Gesellschafterin der sine-Institut gGmbH und Vorstandsmitglied des Süddeutschen Instituts für empirische Sozialforschung e.V. Prof. Dr. Patricia Pfeil (Jahrgang 1967) hat nach dem Studium der Sozialpädagogik an der Katholischen Stiftungshochschule München und der Soziologie an der Ludwig-Maximilians-Universität München im Fach Soziologie an der Universität Bielefeld promoviert. Sie ist Gründungsmitglied des Süddeutschen Instituts für empirische Sozialforschung e.V. und der sine-Institut gGmbH und seit 2014 Professorin für Organisation der Sozialwirtschaft an der Hochschule Kempten, Fakultät für Soziales und Gesundheit. Dr. Udo Dengel (Jahrgang 1976) hat nach dem Studium der Soziologie an der Ludwig-Maximilians-Universität München an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg promoviert. Seit 2016 ist er wissenschaftlicher Mitarbeiter am Fachbereich Sozial- und Kulturwissenschaften der Hochschule Fulda.

die aufgrund der Überschuldung ins Wanken gerät, sondern ebenso eine Frage der veränderten sozialen und individuellen Teilhabe.

Durch die Überschuldung und das Eintreten in ein Privatinsolvenzverfahren erleben die Menschen Irritationen ihrer Identität. Die Identität einer Person kann als die Gesamtheit ihrer Eigenschaften verstanden werden, wie sie der Person von „außen“ zugeschrieben und für sich angenommen werden. Mit der Irritation der Identität verbunden ist die Notwendigkeit einer sozialen wie personalen (Neu-)Platzierung. Um in dieser Lage Orientierung und Handlungsfähigkeit zu behalten bzw. diese (wieder) zu erlangen, sind sie gefordert, Strategien zu entwickeln, um mit sich und der neuen Lebenssituation zurecht zu kommen. Sie müssen Identitätsarbeit leisten. Identitätsarbeit heißt in diesem Kontext, Strategien zur Erhaltung bzw. zum Umbau von Identität und Sicherung von Handlungsfähigkeit zu entwickeln. Das ist vor allem als die Art und Weise zu verstehen, einen eigenen Platz im Leben (wieder) zu finden.

3.2. Das Projekt „Identitätsarbeit unter Druck“ – Studiendesign

Die Ergebnisse des vorliegenden Gastbeitrags basieren auf einer empirisch-qualitativen Grundlagenstudie, die von der Deutschen Forschungsgemeinschaft gefördert und von Oktober 2012 bis September 2015 an der Universität Duisburg-Essen unter der Leitung von Prof. Dr. Jo Reichertz durchgeführt wurde.⁴⁵ Hierbei waren folgende Fragen von zentralem Forschungsinteresse:

- Wie erleben die Befragten als Angehörige der Mittelschicht die Phasen von Überschuldung und Privatinsolvenzverfahren?
- Wie bewältigen sie die Phase der Insolvenz? Welche Handlungsstrategien entwickeln sie, um ihren Platz in der gesellschaftlichen Mitte zu behalten?
- Wie versuchen sie, ihre Identität zu erhalten und welche Identitätsarbeit müssen sie dafür leisten?

*Überschuldung als
„Irritationen der Identität“*

*Überschuldung greift die
Identität als Mittelschichtsan-
gehörige an*

*Identitätsarbeit als Strategie
zur Erhaltung und Sicherung
von Handlungsfähigkeit*

*Das zentrale
Forschungsinteresse*

⁴⁵ Die Gesamtstudie ist Ende Oktober 2017 unter dem Titel „Identität unter Druck, Überschuldung in der Mittelschicht“ im Verlag VS Springer, Wiesbaden, erschienen.

Qualitative Forschungsmethoden stehen im Zentrum der Untersuchung

- Durch welche Form der Identitätsarbeit können überschuldete Mittelschichtsangehörige ihre Mittelschichtzugehörigkeit aufrechterhalten?

Diesen Fragen wurde über einen Zeitraum von drei Jahren in einer qualitativen Panelstudie nachgegangen. In dieser Zeit wurden Paare (Familien) in ganz Deutschland insgesamt dreimal besucht und mehr als 70 ein- bis zweistündige Interviews geführt und verschriftlicht.⁴⁶ Befragt wurden die Paare der Studie von zwei Interviewerinnen, sowohl einzeln (Einzelinterviews) als auch gemeinsam (Paarinterviews). Insgesamt umfasst das aus den Interviews gewonnene Datenmaterial mehr als 1.500 Seiten.

Die Kriterien

Die Untersuchungsgruppe sollte folgende Kriterien erfüllen, um die Forschungsfrage zu untersuchen:

- Vorliegen einer Überschuldungssituation, d. h. Einkommen oder Vermögen reichen nicht aus, Zahlungsverpflichtungen zu erfüllen, ggf. drohende oder angemeldete Privatinsolvenz,
- Zugehörigkeit zur Mittelschicht: Zentral in diesem Zusammenhang war die subjektive Zuordnung zur Mittelschicht.⁴⁷ Ergänzend zu dieser subjektiven Schichtzugehörigkeit erfolgte die Zuordnung über folgende Kriterien: abgeschlossene Berufsausbildung; momentane/mehrjährige Berufstätigkeit; bis zur Überschuldung Leben in relativ gesicherten Verhältnissen; in einer Partnerschaft lebend, mit oder ohne Kinder,
- Alter zwischen 30 und 50 Jahre,
- Bereitschaft zur Teilnahme an der Untersuchung bei Partner und Partnerin.

Herausforderung: Überschuldete Mittelschichtsangehörige für die Studie zu gewinnen

Die zentrale Herausforderung bestand nun darin, diesen Personenkreis zu finden bzw. anzusprechen. Der üblicherweise gewählte Zugang in der Überschuldungsforschung, Menschen in Überschuldung über Schuldnerberatungsstellen zu rekrutieren, war nicht sinnvoll,

⁴⁶ Die Auswertung erfolgte in Anlehnung an die Grounded Theory Methodologie. Neben Lebensweltanalysen, Panelanalysen und Paaranalysen wurden für jede Person Fallanalysen erstellt, die sich auf die Identitätsprozesse und Handlungsstrategien im Verlauf des Überschuldungsprozesses beziehen.

⁴⁷ Es wurde ganz bewusst darauf verzichtet, ein ‚hartes‘ Kriterium für ‚Mittelschicht‘ zu verwenden, da wir die Untersuchung aus Sicht der Betroffenen angehen wollten. Relevant für uns waren die Personen, die sich selbst weder der Unterschicht noch der Oberschicht zuordnen und die (bedingt durch die Überschuldungssituation) einen Prozess der Exklusion (Ausgrenzung) erfahren.

da Mittelschichtsangehörige diese Institution eher meiden. Aus diesem Grund wurden alternative Rekrutierungswege gewählt, insbesondere über Aufrufe in relevanten Internetforen, Selbsthilfegruppen, über Multiplikatoren, Flyer und Aushänge. Nachdem auch dieses Vorgehen noch keine ausreichenden Erfolge zeigte, wurden rund 800 persönliche Anschreiben anhand der Daten der offiziellen Insolvenzbekanntmachungen der Insolvenzgerichte der Bundesrepublik Deutschland ausgesendet. Im Ergebnis konnten 14 Paare und drei Einzelpersonen gewonnen werden.

Ganz unabhängig von der individuellen Lebenssituation kann festgehalten werden, dass bei den Befragten mit der Entscheidung zur Teilnahme an der Studie eine hohe Motivationslage bestand. Das Interesse an der Teilnahme an der Studie zeigt ein großes Bedürfnis an, die eigene „Geschichte“ der Überschuldung und die damit verbundene persönliche Sicht – ohne Rechtfertigungszwang wie gegenüber Institutionen – erzählen zu können. Ein weiterer zentraler „Motivator“ für die Teilnahme ist das Ausbrechen aus der selbst gewählten sozialen Isolation durch die Überschuldungserfahrung: Fast alle Befragten sind sehr auf sich und auf den Partner resp. die Partnerin angewiesen. Gerade bei den männlichen Befragten wird deutlich, dass sie nie zuvor mit jemand in allen Details über die Situation gesprochen haben.

Hinsichtlich soziodemographischer Kriterien stellt sich das Sample folgendermaßen dar:⁴⁸

- **Stadt und Land:** Die Befragten leben überwiegend im westlichen Teil Deutschlands. Etwa die Hälfte der Paare wohnen in (Groß-)Städten – die andere Hälfte in ländlich geprägten Gegenden.
- **Nach Insolvenz kein Wohneigentum (mehr):** Die Befragten wohnen größtenteils in Mietwohnungen, manche auch in einem (Reihen-)Haus. Ein Teil der Befragten musste im Rahmen von Überschuldungsprozess und Privatinsolvenz Wohneigentum aufgeben und/oder einen Umzug vornehmen.

Korrektur objektiver Tatbestände und Ausbrechen aus der Isolation

„Tabuthema“ Überschuldung

Soziodemographische Kriterien

⁴⁸ Im Rahmen des Anonymisierungsvorgehens werden im Folgenden Aspekte wie Alter, Ausbildung, Beruf sowie Dialekte in den Zitaten verändert.

- **Mittleres Alter, verheiratet, Kinder:** Die Befragten sind – mit einer Ausnahme – zwischen dreißig und fünfzig Jahre alt. Die meisten der Paare sind verheiratet. Alle haben Kinder, die meisten davon leben mit im gemeinsamen Haushalt. Drei Paare haben erwachsene Kinder oder sind bereits Großeltern.
- **Qualifiziert erwerbstätig:** Die Befragten zeigen ein hohes Bestreben nach Erwerbstätigkeit, zumeist arbeiten sie im langfristig ausgeübten Beruf, zumindest einer der Partner bzw. Partnerinnen. Auch hier gibt es Ausnahmen – Menschen auf Arbeitssuche und ein Paar, das aufgrund der schweren Erkrankung beider nicht arbeiten kann. Die beruflichen Tätigkeiten decken das Spektrum hochqualifizierter bis einfacher Tätigkeiten ab, überwiegend in Anstellung, aber in wenigen Fällen auch in freiberuflicher Tätigkeit. Vom Arzt/Ärztin über die leitende Arbeit in der Buchhaltung bis zum Einzelhandel ist eine Vielzahl von beruflichen Tätigkeiten vorhanden. Unabhängig von der aktuellen Erwerbstätigkeit haben alle Befragten eine Ausbildung oder Studium absolviert.
- **Ausgangslage der Überschuldungsbiographien:** Das Sample erweist sich bezüglich der Überschuldungsbiographien als äußerst heterogen. Die von den Partnern und Partnerinnen genannten Hauptauslöser für die Überschuldung korrespondieren mit den bekannten „Big Five“ der Hauptüberschuldungsgründe: Arbeitslosigkeit, Scheidung bzw. Trennung, unwirtschaftliche Haushaltsführung sowie Krankheit, Sucht und gescheiterte Selbständigkeit. Zudem finden sich lang andauernde, schleichende Verläufe genauso unter den Biographien, wie auch durch einzelne Auslöser verursachte oder verschärfte Schuldensituationen.
- **Stadium der Überschuldung:** Aufgrund des spezifischen Rekrutierungsvorgehens erweist sich das Sample hinsichtlich des Stadiums der Überschuldung als relativ homogen: Bis auf zwei Paare befinden sich zum Zeitpunkt des ersten Interviews alle am Beginn der Privatinsolvenz, größtenteils hat jeweils der (Ehe-)Mann die Insolvenz eingereicht.

3.3. Persönliche und soziale Auswirkungen der Überschuldung

Die genannten Eckdaten zeigen, wer überschuldet ist, nicht aber welche Auswirkungen Überschuldung auf die Individuen und Familien hat. Sie zeigen nicht, wie Menschen aus der Mittelschicht durch die Überschuldung persönlich und in ihren sozialen Beziehungen in ihren Grundfesten erschüttert werden. In den Interviews zeigte sich deutlich, wie die Paare unter einer (oft aufgrund von Scham selbst gewählten) sozialen Isolation und einer Sprachlosigkeit im sozialen Umfeld leiden. Überschuldung in der Mittelschicht gilt als Stigma, das von den Betroffenen in vielen Fällen nicht thematisiert werden kann. In fast allen Fällen ist der Kreis derjenigen, der über die Überschuldung Bescheid weiß, äußerst klein, in der Regel sind dies nur der engste Familienkreis und in manchen Fällen ausgewählte Freunde.

Diese Stigmatisierungswahrnehmungen offenbaren sich auch in den starken seelischen Belastungen, vor allem bei den befragten Frauen, wenn sie von den Auswirkungen auf ihre Kinder berichteten. Sie befürchteten, dass es somit im sozialen Umfeld (also beispielsweise im Klassen- und Freundesverband) zur „Ausgrenzung“ (Exklusion) kommen könnte. Auch Schilderungen des Verlusts des Eigenheims sowie (drohende) Umzüge im Zuge der Überschuldung wurden als extrem belastend erlebt. Diese führten auch für die Interviewerinnen zu äußerst sensiblen und fast beklemmenden Phasen während der Interviews.

Die Ergebnisse zeigen deutlich, dass die Identität dann ins Wanken gerät bzw. angegriffen wird, wenn die eigenen Normalitätskonzepte in Frage gestellt werden. Diese Normalitätskonzepte sind gebunden an einen bestimmten Lebensstil und an ein bestimmtes soziales Milieu. Dabei lassen sich zwei Ebenen identifizieren: Die mit den Normalitätskonzepten einhergehenden Wertorientierungen auf der einen Seite und die Lebensweisen auf der anderen Seite. Bei den Lebensweisen geht es um den (drohenden) Verlust beispielsweise von Mobilität, Konsum (z. B. von Markenartikeln, Bio-Lebensmitteln), (Wohn-)Eigentum, Bildungsaspiration (elterliche

Paare leiden oft unter sozialer Isolation und Sprachlosigkeit im sozialen Umfeld

Überschuldung gilt in der Mittelschicht als „Stigma“

Stigmatisierung führt zu seelischen Belastungen und zur Angst vor „Exklusion“

Lebensweisen und Wertorientierungen geraten ins Wanken

***Normalitätsvorstellungen
sind an soziale Milieus
gebunden***

***Hohe Bedeutung
von Bildung und
Freizeitgestaltung***

***„Richtiger“ Konsum und
Mobilität als Ausdruck von
Mittelschichtzugehörigkeit***

***Mit Überschuldung und
Insolvenz wird Mittelschicht-
existenz brüchig***

***Der finanzielle Abstieg
muss vom sozialen Abstieg
entkoppelt werden ...***

Erwartungen hinsichtlich der künftigen Schulabschlüsse ihrer Kinder), (kulturellen) Freizeitaktivitäten, Urlaub, Handyvertrag oder Kreditkarte. Mit Wertorientierungen verknüpfte Normalitätskonzepte umfassen die Teilhabe am Marktgeschehen (und die eigene Leistungsbereitschaft), die gesellschaftliche und kulturelle Teilhabe und vor allem um Entscheidungsfreiheit und Autonomie in allen Lebensbereichen.

Mittelschichtzugehörigkeit ist – neben anderen charakteristischen Aspekten – durch eine ausgeprägte Bedeutung von Bildung und der Wahrnehmung von Bildungsangeboten sowie kulturellen Angeboten verbunden. Dazu gehören auch das Ausüben zum Teil kostenintensiver Hobbies und Freizeitgestaltungen, das Spielen von Instrumenten und Absolvieren von Instrumentalunterricht. Neben der hohen Bildungsneigung spielt Konsum für Mittelschichtsangehörige eine große Rolle, sei es, dass hochwertige Konsumgüter eine hohe Bedeutung haben oder der „Konsumverzicht“, der dann mit einem anderen Lebensstil und „alternativem“ Konsum einhergeht (wie z. B. hochwertige Ernährung, Yoga-kurse, entsprechender Lifestyle). Ein weiteres zentrales Merkmal der Mittelschichtzugehörigkeit ist die Bedeutung von Mobilität. Mobilität, die – jenseits der gut ausgebauten öffentlichen Verkehrsanbindung großer Städte – gekennzeichnet ist durch das eigene Auto, das diese ermöglicht und damit auch als Ressource dient, soziale Beziehungen und spezifische Bildungsangebote wahrzunehmen.

Mit der Insolvenz werden die Zeichen der Mittelschichtexistenz brüchig. Verbunden mit der Anpassung an die neuen, von außen gesetzten Anforderungen und dem unbedingten Zwang zur Einhaltung ist eine soziale wie personale (De-)Platzierung. Die Zugehörigkeit zur Mittelschicht ist nicht mehr selbstverständlich, sondern muss explizit hergestellt werden. Dies gilt für die eigene Wahrnehmung, wie auch für die Darstellung nach außen. Die Überschuldeten müssen Strategien entwickeln, die ihnen eine Zuschreibung zur Mittelschicht nach wie vor ermöglichen, der finanzielle Abstieg muss vom sozialen Abstieg entkoppelt werden. In Konse-

quenz erfolgt in vielen Fällen nicht nur eine Veränderung der Finanzlage, die keine großen Spielräume und Ausweichmöglichkeiten mehr erlaubt, wie sie zuvor durch Kreditaufnahmen oder Ratenkäufe möglich waren, sondern damit verbunden ist der Versuch, diese Veränderung ohne große Abstriche zu durchleben und in die bisherige Lebensform einzupassen. Dies erfordert für die Befragten ein hohes Maß an Anpassungsleistungen, das sie nicht nur nach außen darstellen, sondern auch innerlich vollziehen müssen. Um Orientierung und Handlungsfähigkeit zu behalten oder wieder neu zu erlangen, müssen sie verstärkt Identitätsarbeit leisten.

3.4. Zentrale Strategien im Umgang mit der „angegriffenen Identität“

Die Analyse der Interviews führte zur Identifizierung von drei basalen Strategien, um mit der durch die Überschuldung „angegriffenen Identität“ weiterleben zu können. So versucht ein Großteil der Befragten (Strategie 1) mit aller Vehemenz, an den durch die Überschuldung resp. der bereits erfolgten oder anstehenden Privatinsolvenz brüchig gewordenen „Mittelschichtidentität“ festzuhalten. Eine Form der Identitätsarbeit, das sogenannte ‚Weiter so‘, lässt sich daran festmachen, dass die Betroffenen mittelschichtsrelevante Verhaltensmodi, Normen und Werte hinsichtlich Konsumverhalten, Bildungsvorlieben oder auch einer uneingeschränkten Mobilität beibehalten. Diese Personen versuchen, die gewohnte Lebensweise soweit als möglich aufrecht zu erhalten, auch wenn ihnen das nur eingeschränkt gelingt. Sie formulieren das Bedürfnis nach Urlaub, kulturelle Aktivitäten, der Besuch von Freizeitparks, Wohneigentum (oder zumindest besseren Wohnoptionen) und nehmen deren Verlust als bedrückend wahr. Oft wird dem Beibehalten und Erwerb von „Statussymbolen“ innerhalb der Überschuldung oberste Priorität eingeräumt. Und oft wird in diesem Zusammenhang der Erhalt dieser Statussymbole ganz zentral für das persönliche Befinden der Kinder und ein Abwenden von Exklusion als notwendig begründet.

... und erfordert ein hohes Maß an Anpassungsleistungen

*Strategie 1:
Das „Weiter so Machen“*

*„Identität in der Kontinuität“:
vehemente Versuche, an der Mittelschichtidentität festzuhalten*

Beispielhaftes Zitat: „Meine Kinder werden ja auch älter und die Wünsche werden ja auch immer größer. Weil die sind ja auch nur einmal jung und man will ja auch, dass sie von ihren Leuten akzeptiert werden.“

**Lösungen im „Weiter so“:
Anstrengung und
Bemühen als Metapher
der Mittelschicht**

Dieses „Weiter so“ wird unter großen Anstrengungen verrichtet und fordert den Betroffenen viel ab. So werden zum Beispiel neben der Hauptberufstätigkeit Nebenjobs angenommen, um sich weiterhin Dinge leisten zu können und die mit einer Zugehörigkeit zur Mittelschicht verbundenen gesellschaftlichen Anforderungen (weiterhin) zu erfüllen. Als Beispiel können der Besuch einer Privatschule durch die Kinder oder die Betonung einer gesunden Ernährungsweise durch Bioprodukte genannt werden. Um dies in der prekären Situation der Insolvenz (weiterhin und so lange als möglich) zu gewährleisten, wird zum Teil ein extrem hoher Arbeitsaufwand betrieben. In Einzelfällen geht diese bis zum psychischen Zusammenbruch.

**Bezahlte, aber auch
unbezahlte Arbeit als
integraler Bestandteil der
Mittelschichts-Identität**

Arbeit, bezahlte wie auch unbezahlt als Ehrenamt, ist als integraler Bestandteil der Identität der befragten Mittelschichtsangehörigen zu verstehen. Verbunden ist diese Anstrengung mit einem Verbergen der aktuellen Lebenssituation – zum Teil auch vor Angehörigen der Familie – und dem Bemühen, die Mittelschichtsidentität trotz der finanziellen Einschränkungen gegenüber dem sozialen Umfeld aufrecht zu erhalten. Die Befragten halten ihre Situation für nicht öffentlich thematisierbar. Zu sehr rüttelt die Angst vor sozialer Ausgrenzung und Stigmatisierung an den Betroffenen. In der Folge wird hinsichtlich sozialer Aktivitäten die tatsächliche Situation zumeist verborgen und es werden – wie auch aus der Armutsforschung bekannt – soziale Kontakte eingeschränkt, soziale Unternehmungen und Verabredungen abgesagt.

**Angst vor sozialer Ausgrenzung
und Stigmatisierung**

Beispielhafte Zitate: „Ich habe eben gearbeitet, ja und nebenher auch noch gearbeitet. Nur das: Tagsüber den ganzen Tag arbeiten, abends noch arbeiten gehen.“

„Ich möchte nicht, dass es heißt, der arbeitet nicht, der legt nur die Füße hoch. Die sollen sehen, wir tun was oder ich tu auch was.“

Konträr hierzu lässt sich dies in Strategie 2 charakterisieren, bei der ein (zumindest über einen gewissen Zeitraum) Verharren in der Situation und Aussetzen jeglicher Identitätsarbeit im Zentrum steht. Im Vordergrund steht hier ein Nicht-Handeln oder auch ein Nicht-Handeln-Können der Betroffenen in der Situation der Insolvenz. Mit dem „Verharren“ verbunden sind eine Form des Leidens und das Gefühl der Machtlosigkeit. Die Privatinsolvenz wird als (mehr oder weniger) traumatisches Ereignis wahrgenommen. Durch die mit dem Beginn der Insolvenz einhergehenden (von außen gesetzten) Limitationen bezüglich der Verfügbarkeit von finanziellen Mitteln und die fehlende Möglichkeit, eigene Konsumentscheidungen treffen zu können, kommt es zu einer gefühlten Entmündigung bzw. Entmachtung, dem Verlust jeglicher Autonomie. Auch hieraus resultiert eine starke psychische Belastung.

In Konsequenz verfallen manche Betroffene in eine Schockstarre – die bisherigen Identitätsaspekte, Rollenmuster und Verhaltensgewohnheiten sind nicht mehr gültig bzw. nicht mehr anwendbar. Den Betroffenen ist es nicht möglich, innerhalb der neuen, prekären Situation handlungsfähig zu sein oder zu bleiben. Es erfolgt (noch) keine (erkennbare) Identitätsarbeit: Ein Handeln ist den Betroffenen in diesen Fällen nicht möglich, sie erleben sich als machtlos und verharren in einem Stillstand, der sie handlungsunfähig macht.

Beispielhafte Zitate: „Ich muss raus hier und kann nicht ...“

„Das ist nicht meine Welt. Ich komme damit ganz, ganz schwer klar ...“

„... da bin ich einfach desillusioniert, auch was meinen möglichen Platz in dieser Gesellschaft betrifft ...“

Strategie 2: Das „Verharren“

„Identität im Moratorium“: Erleben der Insolvenz als Schock

Privatinsolvenz als „traumatisches Ereignis“

„Handlungsunfähiger Stillstand“

Strategie 3:
„Persönliches Wachsen“

„Identität in der Modifikation“:
Mit der Insolvenz ein
„besserer“ Mensch werden

Ein gegenteiliger Ansatz zeigt sich in Strategie 3, wenn Überschuldung und Privatinsolvenz als Chance begriffen werden und auf einen Umbau und eine Neudefinition von Identität hingewirkt wird. Hierbei steht ein persönliches Wachsen, ein Reifeprozess in Verbindung mit der Situation der Insolvenz im Vordergrund. Die Betroffenen verändern sich, sind nicht mehr so (leichtsinnig, unbeschwert) wie früher. Oft wird als Wendepunkt für die persönliche Wandlung der Beginn der Insolvenzphase ausgemacht. Das „Wachsen“ ist eng verbunden mit einer Reflektion über Vergangenes, über den Verlauf des Überschuldungsprozesses. Dabei werden einerseits negative Erfahrungen mit Institutionen, aber auch die eigene Rolle im Verlauf der Überschuldung kritisch betrachtet.

Beispielhafte Zitate: „Ich bin froh, dass es so gekommen ist. Wenn ich ehrlich bin, ich habe meinen Blick auf die Gesellschaft ganz massiv geändert, ich habe eine ganz andere Einstellung bekommen, was Luxus, was Leben, was Freunde betrifft und was ich vorher nicht hatte.“

„Und heute sind wir wirklich so, dass wir beide Schnäppchenjäger sind ... und uns hinsetzen und sagen, wir brauchen das, wann können wir uns das anschaffen.“

„Im Hinterkopf habe ich ein kleines Männchen sitzen, das immer sagt: Pass auf!“

Blickwechsel: Vom Opfer
zum Handelnden

Dieser Blick auf sich und andere führt bei den Betroffenen dazu, sich selbst nicht als Opfer, sondern Handelnde zu verstehen und daraus wiederum (neue) Handlungsfähigkeit und Autonomie zu schöpfen. Gibt es zwar Einschränkungen im Hinblick auf die durch die Insolvenz begrenzten finanziellen Gestaltungsmöglichkeiten, sehen sie darüber hinaus in der individuellen Lebensgestaltung Freiräume, die sie nutzen. Im Hinblick auf Geld und Konsum – Faktoren, die zuvor hohe Bedeutung für die Befragten hatten – zeigt sich nun eine kritische Haltung. Die Befragten nehmen eine Veränderung an sich wahr, stellen fest, nun „klüger“ geworden zu sein, vor allem im Umgang mit Geld und Konsumausgaben. Diese Personen machen im Rückblick auf die

vergangene Phase der Überschuldung einen Lerneffekt bei sich aus.

Das persönliche „Wachsen“ bezieht sich dabei nicht nur auf die finanzielle Lebensgestaltung, sondern führt dazu, dass vormals zentrale Werte wie die finanzielle Leistungsfähigkeit und die Darstellung der finanziellen Potenz durch „neue“ (oftmals konservative) Werte ersetzt werden: Das einfache Leben schätzen, mit dem Fahrrad die Natur erkunden, den Sonnenaufgang genießen, mit den Kindern im Park spielen, sich um die eigene Gesundheit kümmern oder auch häufig spirituelle Erlebnisse und Zuwendung zur Religion werden in den Vordergrund gerückt. Überschuldung und Insolvenz werden als Krisenerfahrung thematisiert und erlebt, an der sie nicht gescheitert sind, sondern die sie zu anderen Menschen gemacht hat. Sie sehen sich als hoffnungsfroh und gestärkt aus ihrer persönlichen Lebenskrise – aus Überschuldung und Privatinsolvenz – hervorgehen. Im Zusammenhang damit wird rückblickend der Phase der Überschuldung von einigen mit einer gewissen Dankbarkeit und Demut begegnet.

3.5. Fazit: Insolvenz als Endpunkt der persönlichen Entscheidungsfreiheit oder als Ausgangspunkt für einen Neuanfang

Die Interviews der Grundlagenstudie haben gezeigt, dass die Befragten unterschiedliche Strategien wählen, um einen sozialen Abstieg zu vermeiden und sich ihre Mittelschichtzugehörigkeit zu erhalten. Diese helfen ihnen, ihr Leben zu bewältigen und für sich Wege zu finden, Normalität herzustellen. Die Strategien und Formen mit der Überschuldungssituation umzugehen, sind nicht ausschließlich und können prozesshaft gesehen werden. So ist es durchaus möglich, zunächst sich wie „gefangen“ zu fühlen und nichts zu unternehmen, um dann die Situation neu zu bewerten und neue Wege zu gehen.

Allen Befragten ist gemeinsam, dass sie grundlegende Identitätserschütterungen erleben, in keinem Fall geht der Überschuldungsprozess (mit anschließendem Pri-

*Neuorientierung und
Stärkung durch die Verarbeitung
der Krisenerfahrung*

*Vereinzelte: Dankbar und
demütig aus der
Überschuldungskrise*

*Unterschiedliche Strategien,
um Leben zu bewältigen und
Normalität herzustellen*

**Überschuldung
führt durchgängig zu
„Identitätserschütterungen“**

**Zwang zu neuen Identitäts-
strategien und pragmati-
schen Handlungsweisen**

**Überschuldung als
Krisenerfahrung
mit anschließender
Neuorientierung**

vatinsolvenzverfahren) unverändert und ohne Auswirkungen an den betroffenen Menschen und Paaren vorbei. Unterschiedlich ist das Erleben der Privatsolvenz: Sehen die Betroffenen in der Insolvenz eine Markierung des Scheiterns und einer langjährigen Konsumkarenzzeit, wird sie als bedrohlich und als Endpunkt der persönlichen Entscheidungsfreiheit empfunden. Die erlebte Aussichtslosigkeit ist besonders groß bei denjenigen Befragten, die es nicht schaffen bzw. sich zunächst schwer damit tun, ihre Situation neu zu deuten. Wird sie als positives Signal wahrgenommen, erleben die Betroffenen die Insolvenz als Ausgangspunkt eines Neuanfangs und als Ergebnis eines Prozesses.

Die Überschuldung, oft markiert durch die Privatsolvenz, stellt eine Zäsur dar, die ein gewohntes Verhalten, den sorglosen wie den unbedachten Umgang mit Finanzprodukten beendet. Sie markiert ein Scheitern, sorgt für Identitätserschütterungen und zwingt die Betroffenen, neue Identitätsstrategien und pragmatisch-praktische Handlungsweisen innerhalb einer mittelschichtsgeprägten Alltagswelt zu entwickeln.

Die unterschiedlichen Strategien, Identitätsarbeit zu leisten, zielen alle darauf hin, die Identität als Angehörige der Mittelschicht nicht nur kommunikativ zu äußern, sondern auch interaktiv zu symbolisieren, nicht zuletzt über ein spezifisches Konsumverhalten. Dieses kennzeichnet nicht nur die Zugehörigkeit zu bestimmten Mittelschichtsmilieus, sondern bedeutet die innere wie äußere Identifikation mit diesen Milieus und deren Wertvorstellungen. Identität in der Krise heißt für die Betroffenen, verschiedene Strategien zu entwickeln, die es ermöglichen, ihre Identität als Teil der Mittelschicht aufrechtzuerhalten – und dies auf unterschiedliche Weise. Ob die Bemühungen von Dauer und Nachhaltigkeit sein werden, kann nur durch eine Folgeanalyse in einigen Jahren verifiziert oder falsifiziert werden.

■ 4 Blick in die Zukunft: Die Überschuldungsampel bleibt auf „rot“

Die Überschuldungslage der Verbraucher in Deutschland hat sich zum vierten Mal in Folge verschlechtert, auch wenn aktuell der Anstieg der Überschuldungsfälle nicht das Niveau des Vorjahres erreicht. Die Überschuldungsquote sinkt nur leicht, da die Bevölkerung in Deutschland durch Migration und Zuwanderung spürbar angewachsen ist. Der letzte merkliche Rückgang der Überschuldungsfälle konnte 2011 gemessen werden. Zudem zeigt sich, dass in diesem Jahr der Anstieg der Überschuldungsfälle erstmals seit 2012 auf der gleichzeitigen Zunahme der Fälle mit hoher und geringer Überschuldungsintensität beruht. Fälle mit geringer Überschuldungsintensität (vereinfacht: nachhaltige Zahlungsstörungen) sind mit eher geringeren Schuldschulden verbunden und bilden oft eine Vorstufe im „Überschuldungskarussell“. Offensichtlich haben Kaufzurückhaltung und Ausgabenvorsicht vieler Verbraucher angesichts der boomenden Konjunktur, steigender Löhne und hoher Arbeitsplatzsicherheit gelitten und den Anstieg der „weichen“ Überschuldungsfälle gefördert.

Die Auswertung zeigt „Licht und Schatten“ der aktuellen Überschuldungslage der deutschen Verbraucher, die sich im Vergleich zu anderen Ländern noch vergleichsweise positiv darstellt: So gewinnt das Phänomen Altersüberschuldung weiter an Bedeutung. Vier von fünf neuen überschuldeten Personen sind in diesem Jahr älter als 50 Jahre. Die Zahl junger überschuldeter Verbraucher hat wiederum, allerdings weniger stark als im Vorjahr, abgenommen. Die besonders wirtschaftsaktiven 30- bis 39-jährigen Verbraucher zeigen weiterhin die höchsten Überschuldungsquoten und die stärkste Zunahme der Überschuldungsfälle. 60 Prozent der neuen Überschuldungsfälle stellen Frauen, auch wenn Männer deutlich häufiger überschuldet sind.

Zudem zeigt eine Sonderauswertung nach Milieuzugehörigkeit, dass auch in diesem Jahr fast alle neuen Überschuldungsfälle aus der „Mitte der Gesellschaft“ stammen (4,38 Millionen; + 69.000 Fälle) – die Zahl der Überschuldungsfälle aus den „gehobeneren Schichten“

Private Überschuldung in Deutschland nimmt weiter zu

Anstieg von harter und weicher Überschuldung zugleich

Merklicher Rückgang von Kaufzurückhaltung und Ausgabenvorsicht

„Licht und Schatten“ der aktuellen Überschuldungslage

2017 stammen alle neuen Überschuldungsfälle aus der Mittelschicht

Ein dauerhafter und nachhaltiger Rückgang der Überschuldung in Deutschland ist weiterhin unwahrscheinlich

Gastbeitrag zeigt: Überschuldung erschüttert die „Identität“ der Mittelschicht

Maßnahmen / Handlungsanregungen

(1,76 Millionen; - 3.000 Fälle) hat in diesem Jahr ebenso wie in den „unteren Schichten“ (Prekäre: 0,77 Millionen; - 1.000 Fälle) leicht abgenommen. Alles in allem ist ein dauerhafter und nachhaltiger Rückgang der Überschuldung in Deutschland weiterhin unwahrscheinlich. Für viele Verbraucher in Deutschland bleibt die Überschuldungsampel auch in näherer Zukunft auf „rot“.

Der vorliegende Gastbeitrag des Autorenteam Dr. Marion Müller, Prof. Dr. Patricia Pfeil und Dr. Udo Dengel zeigt zudem, wie sehr die Identität von Familien aus der Mittelschicht erschüttert wird, wenn diese in eine Überschuldungskrise geraten. Überschuldung ist dabei oft ein „unsichtbares Phänomen“ und für die Betroffenen mehr als „ein statistisches Problem“. Überschuldung und die oft darauffolgende Insolvenz hinterlassen bei den Betroffenen nachhaltige „Einschläge in ihrem Selbstbild“ und zeigt sich als „massiver Einschnitt in das normale Leben“.

Zudem sollte nichts unversucht bleiben, um Überschuldung am besten von vorneherein zu vermeiden (Prävention) oder Beratungssuchenden möglichst frühzeitig adäquate Hilfsangebote (Beratung) anzubieten. Folgende Maßnahmen und Querschnittsaufgaben sollten weiterhin im Vordergrund stehen:

- ein weiterer Aufbau der Vollzeitbeschäftigung,
- höhere und gezielte Bildungsinvestitionen zur Förderung von Finanzkompetenz der gesamten Bevölkerung, insbesondere bei jungen und bei älteren Verbrauchern,
- stärkere politische Sensibilisierung für die Belange überschuldeter Personen,
- Stärkung und Ausbau der Insolvenz- und Schuldnerberatung (einschließlich sozialmedizinischer Beratungs- und Informationsangebote zur Gesundheitskompetenz), gegebenenfalls auch durch „Familienpaten“ bei besonders stark und dauerhaft überschuldeten Familien,
- die Förderung einer verantwortungsbewussten Kreditvergabe und eine qualifizierte Informationsoffensive zur Überschuldungsproblematik sowie
- eine stärkere Einbindung der Überschuldungsforschung in die Armuts- und Bildungsdebatte.

■ 5 Ergebnisse kompakt

Die Überschuldung von Privatpersonen in Deutschland ist seit 2014 zum vierten Mal in Folge angestiegen, allerdings weniger stark als zu befürchten war. Zum Stichtag 1. Oktober 2017 wurde für die gesamte Bundesrepublik eine Überschuldungsquote von 10,04 Prozent gemessen. Damit sind über 6,9 Millionen Bürger über 18 Jahre überschuldet und weisen nachhaltige Zahlungsstörungen auf. Dies sind rund 65.000 Personen mehr als noch im letzten Jahr (+ 0,9 Prozent). Die Überschuldungsquote sinkt leicht, da die Bevölkerung nochmals spürbar zugenommen hat.

Der aktuelle Anstieg der Überschuldungszahlen beruht im Gegensatz zu den letzten Jahren auf einer gleichzeitigen Zunahme der Fälle mit hoher und mit geringer Überschuldungsintensität. Die Zahl der Fälle mit juristischen Sachverhalten nahm in den letzten zwölf Monaten um rund 53.000 Fälle zu (+ 1,2 Prozent), die Zahl der Fälle mit nachhaltigen Zahlungsstörungen um rund 12.000 Fälle (+ 0,5 Prozent). Allerdings sinkt der Anstieg der harten Überschuldungsfälle im Vergleich zum Vorjahr deutlich. Hingegen nimmt die Zahl der Fälle mit geringer Überschuldungsintensität erstmals seit 2011 / 2012 wieder zu – und dies ausschließlich in Westdeutschland. Derzeit sind rund 4,22 Millionen Menschen in Deutschland in einer dauerhaften Überschuldungspirale (2006 / 2017: + 822.000 Fälle).

Die Überschuldungsquote liegt aktuell in den neuen Bundesländern (10,42 Prozent, - 0,01 Punkte, ohne Berlin) zum sechsten Mal in Folge (wie auch bis 2008) über dem Vergleichswert im Westen (9,97 Prozent; - 0,03 Punkte). Insgesamt sind in diesem Jahr im Westen rund 5,79 Millionen Personen als überschuldet zu betrachten, im Osten Deutschlands sind dies rund 1,12 Millionen Personen.

Alles in allem hat sich 2017 der Anstiegstrend im Vergleich zum letzten Jahr sowohl im Osten wie auch im Westen Deutschlands wieder verlangsamt. Die entsprechenden Vergleichswerte zeigen aber, dass sich

die Überschuldungsspirale im Westen weiterhin schneller dreht als im Osten. Der (prozentuale) Anstieg der Fälle mit hoher Überschuldungsintensität ist im Westen (+ 1,3 Prozent) weiterhin stärker ausgeprägt als im Osten (+ 0,9 Prozent). Zugleich nimmt auch in diesem Jahr die Zahl der Fälle mit nachhaltigen Zahlungsstörungen im Osten ab (- 0,8 Prozent), während sie im Westen erstmals seit 2011 / 2012 wieder zunimmt (+ 0,7 Prozent). Auch deshalb fällt die absolute Zunahme der Überschuldungsfälle im Westen Deutschlands (+ 62.000 Fälle) deutlich stärker aus als im Osten (+ 3.000 Fälle).

Die weiterhin negative Entwicklung spiegelt sich auch im Vergleich der Überschuldungszahlen nach Bundesländern. So weisen zwar zwölf Bundesländer einen Rückgang der Überschuldungsquote auf, aber nur ein Bundesland weist auch einen Rückgang der Überschuldungsfälle auf (Brandenburg: 10,02 Prozent; - 0,12 Punkte; - 1.000 Überschuldungsfälle). Die stärksten Anstiege verzeichnen Bayern (7,47 Prozent; + 0,11 Punkte) und Sachsen (9,97 Prozent; + 0,08 Punkte). Diese Bundesländer, zudem Baden-Württemberg (8,31 Prozent; - 0,03 Punkte), Thüringen (9,25 Prozent; + 0,01 Punkte), Hessen (9,99 Prozent; - 0,08 Punkte) und Brandenburg bleiben damit unterhalb der Überschuldungsquote für ganz Deutschland. Bayern und Baden-Württemberg führen weiterhin fast traditionell das Ranking der Bundesländer an. Thüringen verbleibt seit 2013 auf Rang drei. Auffällig: Die Anstiege der Überschuldungsfälle liegen in Bayern seit 2015 über denen in Nordrhein-Westfalen und in Baden-Württemberg.

In diesem Jahr können in Deutschland rund 7,61 Prozent der Frauen über 18 Jahre (2016: 7,55 Prozent) als überschuldet und zumindest nachhaltig zahlungsgestört gelten. Bei Männern sind dies aktuell 12,59 Prozent (2016: 12,72 Prozent). Die Zahl der Überschuldungsfälle nahm in diesem Jahr bei den Frauen stärker zu (2,7 Millionen; + 39.000 Fälle) als bei den Männern (4,2 Millionen; + 26.000 Fälle).

Das Thema „Altersüberschuldung“ bleibt virulent und zeigt einen weiter ansteigenden Trend. 2017 müssen

rund 194.000 Menschen in Deutschland ab 70 Jahren als überschuldet eingestuft werden (+ 20.000 Fälle; + 12 Prozent). Die entsprechende Überschuldungsquote (1,50 Prozent; + 0,16 Punkte) liegt weiterhin deutlich unter den Vergleichswerten der anderen Altersgruppen. Der Anstiegstrend ist im Mehrjahresvergleich 2013 / 2017 mit plus 76 Prozent allerdings überdurchschnittlich. Im Gegensatz dazu ist die Überschuldungszahl und -quote in der jüngsten Altersgruppe in diesem Jahr nochmals zurückgegangen. Die Überschuldungsquote beträgt hier 14,06 Prozent (- 0,45 Punkte). Allerdings müssen weiterhin rund 1,66 Millionen junge Menschen in Deutschland (unter 30 Jahre) als überschuldet eingestuft werden (- 6.000 Fälle).

Zudem zeigt eine Sonderauswertung nach Milieuzugehörigkeit, dass auch in diesem Jahr fast alle neuen Überschuldungsfälle aus der „Mitte der Gesellschaft“ stammen (4,38 Millionen; + 69.000 Fälle) – die Zahl der Überschuldungsfälle aus den „gehobeneren Schichten“ (1,76 Millionen; - 3.000 Fälle) hat in diesem Jahr ebenso wie in den „unteren Schichten“ (Prekäre: 0,77 Millionen; - 1.000 Fälle) leicht abgenommen.

Das diesjährige Sonderthema („Die angegriffene Mitte“) befasste sich daher auch mit den Folgen von Überschuldung auf Mittelschichtfamilien in Deutschland. Im Rahmen eines Forschungsprojekts, das von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) gefördert wurde, zeigt sich, wie sehr die Identität von Familien aus der Mittelschicht erschüttert wird, wenn diese in Überschuldung und Privatinsolvenz geraten. Überschuldung zeigt sich in jedem Fall als „massiver Einschnitt in das normale Leben“ und führt die Betroffenen oft genug in eine „Schockstarre“.

Für die nahe Zukunft ist trotz weiterhin sehr positiver konjunktureller Rahmenbedingungen nicht mit einer nachhaltigen Entspannung der privaten Überschuldungslage in Deutschland zu rechnen. Vielmehr kann davon ausgegangen werden, dass die Überschuldungszahlen, nicht nur in den nächsten Monaten, weiter ansteigen werden.

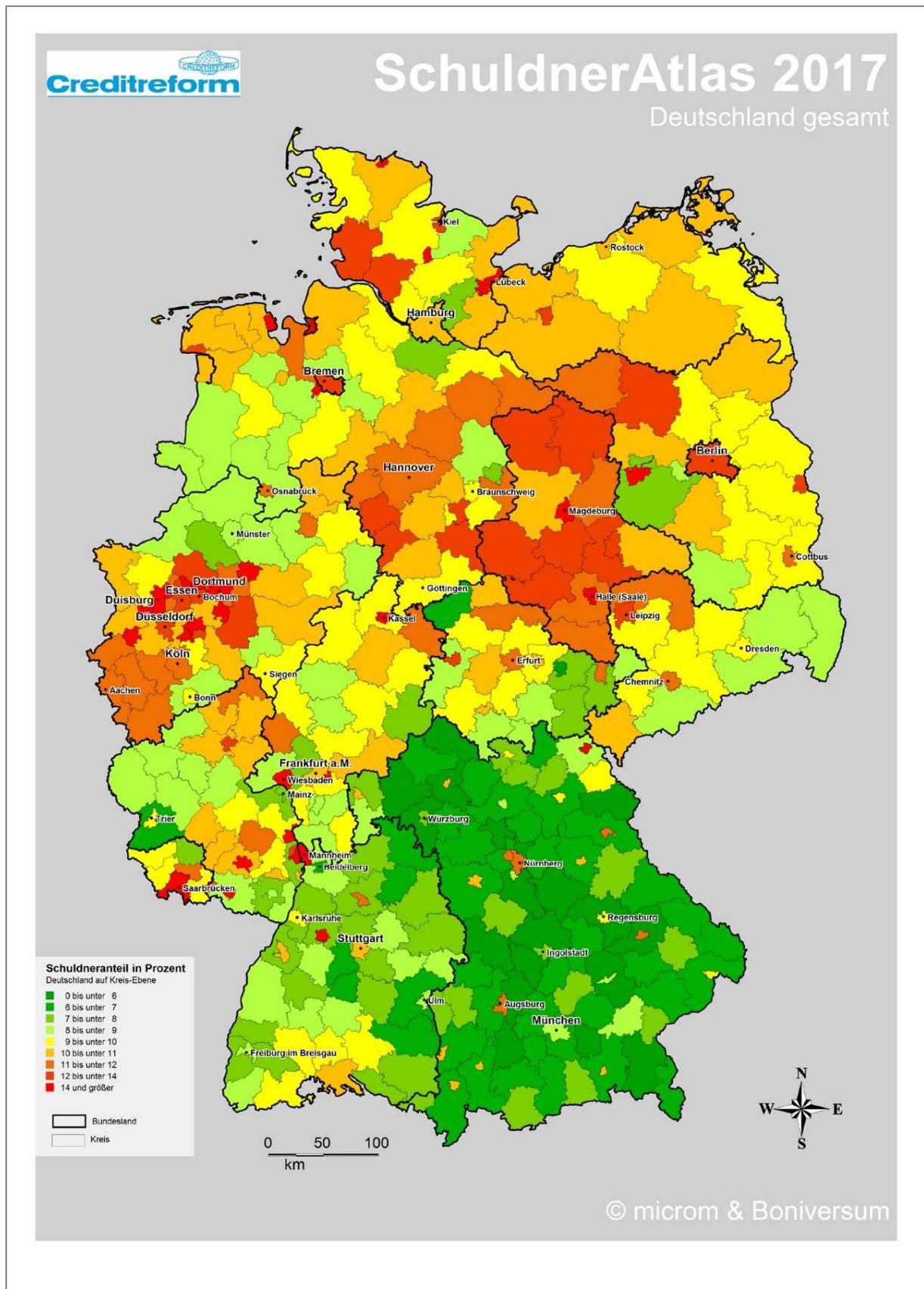
■ 6 Basisdaten: Karten, Tabellen und Schaubilder

6.1. Tabellen- und Abbildungsverzeichnis

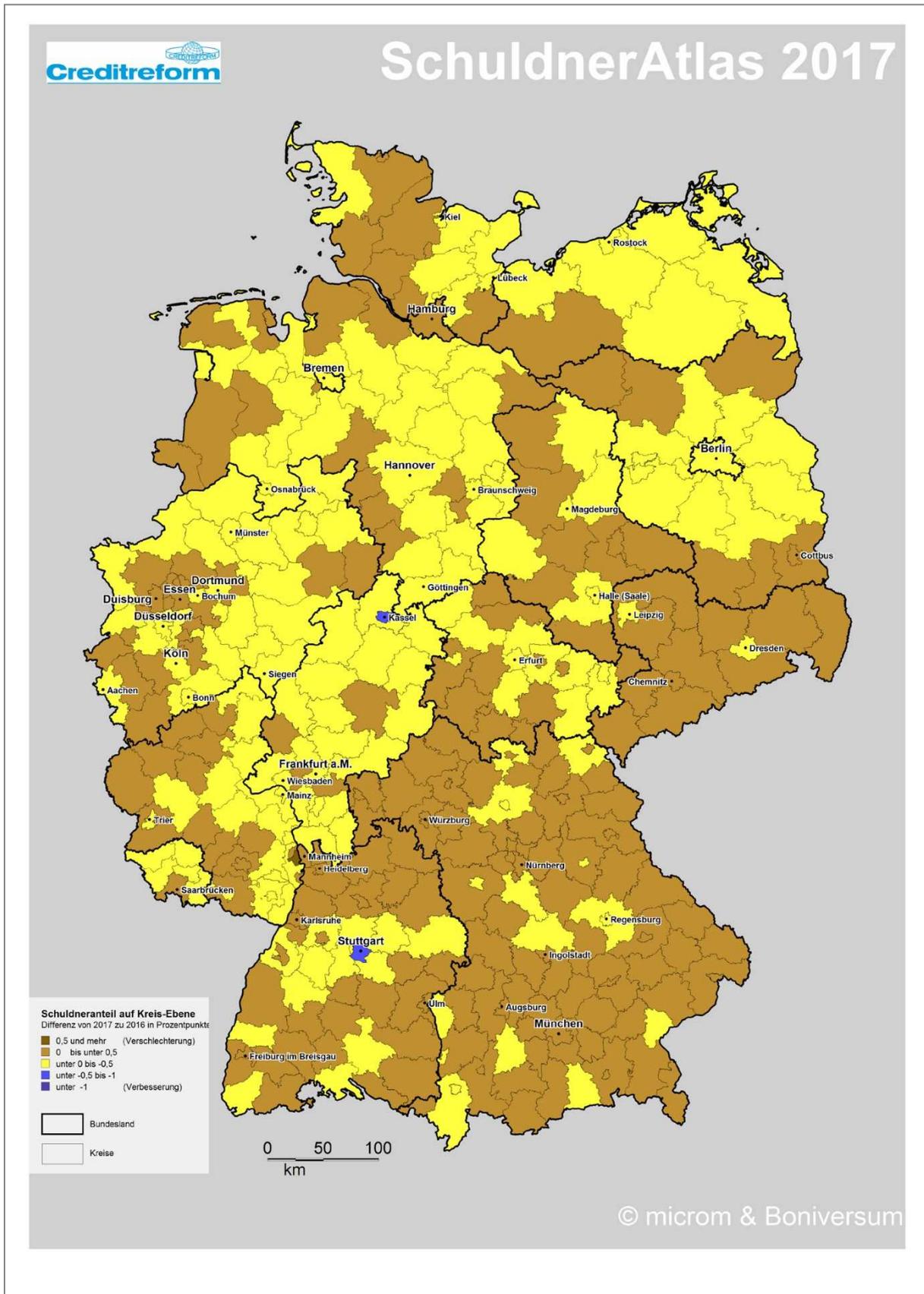
Tab. 1.:	Überschuldungsquoten in Deutschland 2014 bis 2017	5
Tab. 2.:	Überschuldete Personen (in Mio.) und Überschuldungsquoten nach Geschlecht 2014 bis 2017	8
Tab. 3.:	Überschuldungsquoten nach Altersgruppen 2014 bis 2017	9
Tab. 4.:	Das Schuldenvolumen in Deutschland 2014 bis 2017 nach Statistischem Bundesamt – Hochrechnung auf der Basis von Realwerten	12
Tab. 5.:	Überschuldete Personen nach Überschuldungsintensität 2014 bis 2017.....	16
Tab. 6.:	Überschuldete Personen und Überschuldungsquoten in West- und Ostdeutschland 2014 / 2017	19
Tab. 7.:	Ranking Überschuldungsquoten und Überschuldungsfälle in den Bundesländern 2015 / 2017	24
Tab. 8.:	Überschuldung nach Polarisierung „Mittelschicht“ / „Nicht-Mittelschicht“ 2010 bis 2017.....	37
Abb. 9.:	Ost / Westdeutschland bzw. Regionen nach Überschuldung und Kaufkraft.....	42
Abb. 10.:	Wahlbeteiligung und Arbeitslosigkeit nach Überschuldung und Kaufkraft.....	43
Abb. 11.:	Wahlpräferenz bei Bundestagswahl 2017 nach Überschuldung und Kaufkraft: Die Linke – AfD	44
Tab. 12.:	Sonderauswertung: Die Basiskriterien in der Kreuztabellierung.....	45
Tab. 13.:	Basiskarte zur Sonderauswertung: „Sozioökonomische Risikopotenziale“	47
Tab. 14.:	Überschuldungsquoten in Deutschland 2004 bis 2017	69
Dia. 15.:	Zwei Hauptüberschuldungsgründe 2008 bis 2016 im Vergleich: Die Entwicklung von Arbeitslosigkeit und „unwirtschaftlicher Haushaltsführung“ nach Statistischem Bundesamt	69
Tab. 16.:	Hauptüberschuldungsgründe 2010 bis 2017: The „big five“ nach Statistischem Bundesamt.....	70
Tab. 17.:	Bevölkerung, überschuldete Personen (in Mio.) und Überschuldungsquoten nach Geschlecht 2004 bis 2017	71
Tab. 18.:	Schuldenvolumen nach Geschlecht 2006 bis 2017 – Eine Hochrechnung	71
Tab. 19.:	Überschuldete Personen nach Geschlecht und Überschuldungsintensität 2013 bis 2017.....	72
Tab. 20.:	Überschuldungsquoten nach Altersgruppen und Überschuldungsintensität 2013 bis 2017	73
Tab. 21.:	Überschuldete Personen nach Altersgruppen und Überschuldungsintensität 2013 bis 2017	74
Tab. 22.:	Überschuldete Personen nach Überschuldungsintensität in Ost- und Westdeutschland 2006 bis 2017.....	75
Tab. 23.:	Veränderung der Überschuldung nach Überschuldungsintensität 2006 bis 2017	75
Tab. 24.:	Überschuldete Personen und Überschuldungsquoten in West- und Ostdeutschland 2004 / 2017	76
Tab. 25.:	Überschuldungsquoten nach „geographischen Räumen“ 2004 bis 2017	76
Tab. 26.:	Die zehn Kreise mit der niedrigsten Überschuldungsquote 2010 bis 2017: Rang 1 bis 10	77
Tab. 27.:	Die zehn Städte mit der höchsten Überschuldungsquote 2010 bis 2017: Rang 401 bis 392.....	77
Tab. 28.:	Die zehn Kreise und kreisfreien Städte mit dem höchsten Anstieg der Überschuldungsquote 2004 / 2017	78
Tab. 29.:	Die zehn Kreise und kreisfreien Städte mit dem höchsten Rückgang der Überschuldungsquote 2004 / 2017.....	78
Tab. 30.:	Die zehn Städte mit über 400.000 Einwohnern über 18 Jahre mit den höchsten Überschuldungsquoten 2017	79
Dia. 31.:	Überschuldungsfälle und privater Konsum in Deutschland: Abweichungswerte 2004 bis 2017	79

6.2 Karten

Karte 1: SchuldnerAtlas Deutschland 2017 nach kreisfreien Städten und Kreisen



Karte 2: SchuldnerAtlas Deutschland 2017: Differenzkarte nach Kreisen und kreisfreien Städten 2016 / 2017



Legende: blau = starke Verbesserungen / gelb = leichte Verbesserungen / hellbraun = leichte Verschlechterungen / dunkelbraun = starke Verschlechterungen

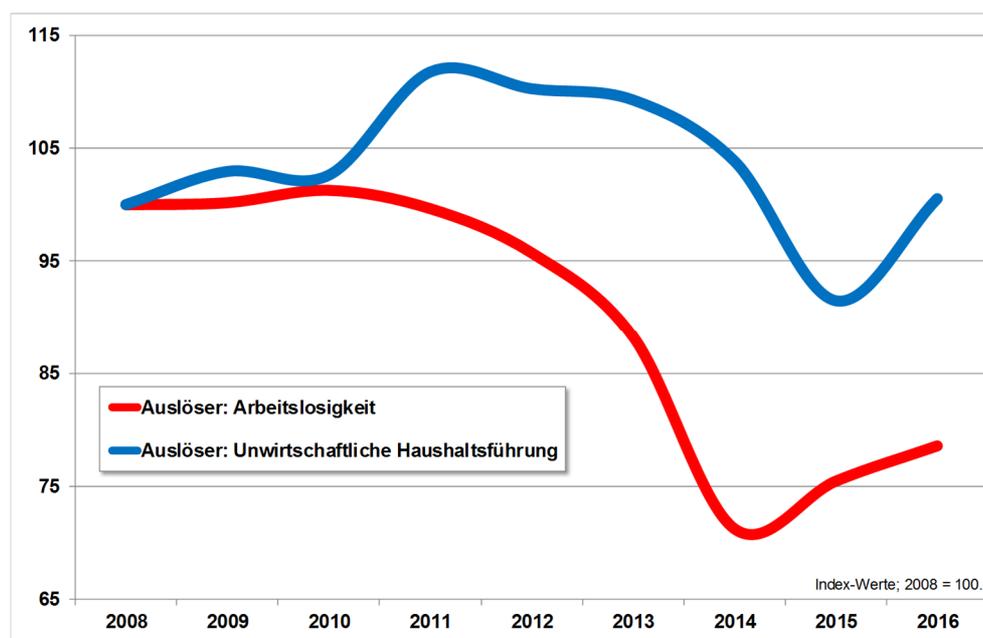
6.3 Tabellen und Schaubilder

Tab. 14.: Überschuldungsquoten in Deutschland 2004 bis 2017

■	Einwohner	> 18 Jahre	Überschuldete Personen	Überschuldungsquote	Überschuldete Haushalte
2004	82,50 Mio.	67,13 Mio.	6,54 Mio.	9,74%	3,10 Mio.
2005	82,44 Mio.	67,30 Mio.	7,02 Mio.	10,43%	3,33 Mio.
2006	82,31 Mio.	67,29 Mio.	7,19 Mio.	10,68%	3,47 Mio.
2007	82,22 Mio.	67,63 Mio.	7,34 Mio.	10,85%	3,54 Mio.
2008	82,00 Mio.	67,97 Mio.	6,87 Mio.	10,11%	3,36 Mio.
2009	81,80 Mio.	68,12 Mio.	6,19 Mio.	9,09%	3,04 Mio.
2010	81,68 Mio.	68,26 Mio.	6,49 Mio.	9,50%	3,19 Mio.
2011	80,33 Mio.	68,26 Mio.	6,41 Mio.	9,38%	3,21 Mio.
2012	80,52 Mio.	68,31 Mio.	6,59 Mio.	9,65%	3,31 Mio.
2013	80,77 Mio.	67,14 Mio.	6,58 Mio.	9,81%	3,30 Mio.
2014	81,20 Mio.	67,43 Mio.	6,67 Mio.	9,90%	3,34 Mio.
2015	81,54 Mio.	67,69 Mio.	6,72 Mio.	9,92%	3,33 Mio.
2016	82,89 Mio.	68,05 Mio.	6,85 Mio.	10,06%	3,39 Mio.
2017	83,75 Mio.	68,83 Mio.	6,91 Mio.	10,04%	3,41 Mio.

Quelle für Einwohner 2004 bis 2017: Statistisches Bundesamt, Datenbank GENESIS-ONLINE, Bevölkerung auf Grundlage der Zensusdaten 2011 (Ergebnisse der Fortschreibung des Bevölkerungsstandes). Revidierte Werte für 2016; Wert für 2017: Eigene Hochrechnung). – Quelle für Haushalte 2004 bis 2017: Statistisches Bundesamt, Entwicklung der Privathaushalte bis 2035, Ergebnisse der Haushaltsvorausberechnung 2017, 28.02.2017. Revidierte Werte für überschuldete Haushalte für 2016.

Dia. 15.: Zwei Hauptüberschuldungsgründe 2008 bis 2016 im Vergleich: Die Entwicklung von Arbeitslosigkeit und „unwirtschaftlicher Haushaltsführung“ nach Statistischem Bundesamt



Quellen: Statistisches Bundesamt, Statistik zur Überschuldung privater Personen 2008 bis 2016 (erschienen 2009: 31.01.2011; 2010: 06.09.2012; 2011: 17.01.2013; 2012: 25.06.2013; 2013: 30.06.2014; 2014: 29.06.2015; 2015: 01.07.2016; 2016: 29.06.2017). Indexierte Werte: 2008 = 100.

Tab. 16.: Hauptüberschuldungsgründe 2010 bis 2017: The „big five“ nach Statistischem Bundesamt

■ Überschuldungsfälle	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Die fünf wichtigsten Hauptüberschuldungsgründe (in Prozent)								
Arbeitslosigkeit	28,2%	27,0%	25,6%	23,6%	19,1%	20,0%	21,1%	20,2%
Trennung, Scheidung, Tod	14,1%	14,0%	14,2%	13,6%	12,4%	12,5%	13,0%	12,8%
Erkrankung, Sucht, Unfall	11,6%	12,1%	12,7%	12,7%	12,1%	13,5%	14,7%	15,3%
Unwirtschaftliche Haushaltsführung	10,0%	11,3%	11,6%	11,2%	11,2%	9,4%	10,9%	10,9%
Gescheiterte Selbstständigkeit	8,4%	8,3%	8,3%	8,3%	8,1%	8,1%	8,4%	8,4%
Anteile von „Big five“	72,3%	72,7%	72,4%	69,4%	62,9%	63,5%	68,1%	67,6%
Sonstige Auslöser	27,7%	27,3%	27,6%	30,6%	37,1%	36,5%	31,9%	32,4%
Gesamt	100%							
Projektion: Überschuldungsfälle nach den fünf wichtigsten Hauptüberschuldungsgründen in Millionen								
Arbeitslosigkeit	1,83	1,73	1,69	1,55	1,27	1,34	1,42	1,36
Trennung, Scheidung, Tod	0,91	0,90	0,94	0,90	0,83	0,84	0,87	0,86
Erkrankung, Sucht, Unfall	0,75	0,77	0,84	0,84	0,81	0,91	0,99	1,03
Unwirtschaftliche Haushaltsführung	0,65	0,72	0,76	0,74	0,75	0,63	0,73	0,73
Gescheiterte Selbstständigkeit	0,55	0,53	0,55	0,55	0,54	0,54	0,56	0,57
Anteile von „Big Five“	4,69	4,66	4,77	4,57	4,20	4,27	4,57	4,54
Sonstige Gründe	1,80	1,75	1,82	2,01	2,48	2,45	2,27	2,37
Gesamt	6,49	6,40	6,59	6,58	6,67	6,72	6,85	6,91
Abweichungen der Zahl der Überschuldungsfälle im Vergleich zum Vorjahr (in Prozent)								
	2010 / 11	2011 / 12	2012 / 13	2013 / 14	2014 / 15	2015 / 16	2016 / 17	2008 / 17
Arbeitslosigkeit	+ 4%	- 6%	- 2%	- 8%	- 18%	+ 5%	- 4%	- 30%
Trennung, Scheidung, Tod	+ 6%	- 2%	+ 4%	- 4%	- 8%	+ 4%	- 1%	- 9%
Erkrankung, Sucht, Unfall	+ 9%	+ 3%	+ 8%	± 0%	- 3%	+ 9%	+ 4%	+ 39%
Unwirtschaftliche Haushaltsführung	+ 2%	+ 12%	+ 6%	- 4%	+ 1%	+ 16%	± 0%	+ 13%
Gescheiterte Selbstständigkeit	+ 3%	- 3%	+ 3%	± 0%	- 1%	+ 4%	± 0%	- 11%
Anteile von „Big Five“	+ 5%	- 1%	+ 3%	- 4%	- 8%	+ 7%	- 1%	- 8%
Sonstige Gründe	+ 5%	- 3%	+ 4%	+ 11%	+ 23%	- 7%	+ 4%	+ 21%
Gesamt	+ 5%	- 1%	+ 3%	± 0%	+ 1%	+ 2%	+ 1%	+ 1%

Die Darstellung der „Hauptauslöser der Überschuldung“ (Hauptüberschuldungsgründe) erfolgt seit 2013 aus Gründen der Einheitlichkeit auf Grundlage der Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes. Dieses veröffentlicht seit 2007 Statistiken zur Überschuldung privater Personen in Deutschland. Letzte Veröffentlichung: Statistisches Bundesamt, Statistik zur Überschuldung privater Personen 2016, 29.06.2017, Wiesbaden.

Die Tabelle beinhaltet nur die prozentualen Anteile der fünf wichtigsten „Hauptüberschuldungsauslöser“, die der iff-Überschuldungsreport in seinen früheren Analysen als „big five“ bezeichnet hat. Nach Daten des Statistischen Bundesamtes betrug der Anteil dieser fünf wichtigsten „Hauptauslöser der Überschuldung“ im Jahr 2016 rund 68 Prozent (2015: 64 Prozent; „sonstige“: 32 Prozent). Die Werte für 2017 wurden mit Hilfe der Vorjahreswerte und der Zahl der Überschuldungsfälle für die Jahre 2008 bis 2016 hochgerechnet sowie die entsprechenden Abweichungswerte berechnet (Revidierte Werte für 2016).

Unter „sonstige Überschuldungsauslöser“ werden folgende Angaben subsumiert (in Klammern Werte für 2016): Zahlungsverpflichtung aus Bürgschaft, Übernahme oder Mithaftung (2,6 Prozent; + 0,2 Punkte); gescheiterte Immobilienfinanzierung (2,8 Prozent; ± 0,0 Punkte); Schadenersatz wegen unerlaubter Handlungen (1,0 Prozent; + 0,4 Punkte); Haushaltsgründung / Geburt eines Kindes (2,1 Prozent; ± 0,0 Punkte); Nichtinanspruchnahme von Sozialleistungen (0,5%; + 0,1 Punkte); unzureichende Kredit- oder Bürgschaftsberatung (1,3%; + 0,1 Punkte) sowie Sonstiges (21,6%; - 5,4 Punkte).

Tab. 17.: Bevölkerung, überschuldete Personen (in Mio.) und Überschuldungsquoten nach Geschlecht 2004 bis 2017

■	Bevölkerung			Überschuldete Personen			Überschuldungsquoten		
	Gesamt	Männer	Frauen	Gesamt	Männer	Frauen	Gesamt	Männer	Frauen
2004	67,11	32,83	34,29	6,54	4,45	2,09	9,74%	13,55%	6,09%
2005	67,28	32,92	34,36	7,02	4,74	2,27	10,43%	14,41%	6,61%
2006	67,29	32,94	34,34	7,19	4,80	2,38	10,68%	14,59%	6,94%
2007	67,64	33,13	34,50	7,34	4,81	2,52	10,85%	14,52%	7,32%
2008	67,97	33,31	34,66	6,87	4,44	2,43	10,11%	13,32%	7,02%
2009	68,13	33,40	34,73	6,20	3,95	2,25	9,10%	11,82%	6,47%
2010	68,26	33,49	34,77	6,49	4,05	2,44	9,51%	12,09%	7,01%
2011	68,26	33,34	34,92	6,41	4,09	2,32	9,39%	12,25%	6,64%
2012	68,31	33,42	34,90	6,60	4,20	2,39	9,66%	12,57%	6,86%
2013	67,13	32,48	34,65	6,59	4,08	2,51	9,81%	12,55%	7,24%
2014	67,43	32,66	34,77	6,67	4,12	2,56	9,90%	12,61%	7,35%
2015	67,69	32,85	34,84	6,72	4,14	2,58	9,92%	12,61%	7,39%
2016	68,05	33,09	34,96	6,85	4,21	2,64	10,06%	12,72%	7,55%
2017	68,83	33,64	35,19	6,91	4,24	2,68	10,04%	12,59%	7,61%
Abw. 2016 / 2017	+ 0,78	+ 0,55	+ 0,23	+ 0,06	+ 0,03	+ 0,04	- 0,02	- 0,13	+ 0,06
<i>Abw. 2004 / 2017</i>	<i>+ 1,71</i>	<i>+ 0,81</i>	<i>+ 0,90</i>	<i>+ 0,37</i>	<i>- 0,21</i>	<i>+ 0,59</i>	<i>+ 0,30</i>	<i>- 0,96</i>	<i>+ 1,51</i>

Abweichungen in Prozentpunkten bzw. in Millionen; Rundungsdifferenzen möglich.

Tab. 18.: Schuldenvolumen nach Geschlecht 2006 bis 2017 – Eine Hochrechnung

■ Basiswerte	Männer		Frauen		Gesamt	
	Mittelwert	Gesamt	Mittelwert	Gesamt	Mittelwert	Gesamt
2006	39.300 €	184,8 Mrd.	34.400 €	80,2 Mrd.	36.900 €	265,0 Mrd.
2007	40.800 €	189,2 Mrd.	32.200 €	78,4 Mrd.	36.500 €	267,6 Mrd.
2008	39.900 €	171,5 Mrd.	32.100 €	75,7 Mrd.	36.000 €	247,2 Mrd.
2009	37.800 €	145,6 Mrd.	31.600 €	69,4 Mrd.	34.700 €	215,0 Mrd.
2010	37.200 €	147,5 Mrd.	31.400 €	75,0 Mrd.	34.300 €	222,6 Mrd.
2011	39.000 €	154,3 Mrd.	30.600 €	68,8 Mrd.	34.800 €	223,1 Mrd.
2012	37.600 €	153,4 Mrd.	29.800 €	69,2 Mrd.	33.700 €	222,6 Mrd.
2013	37.200 €	147,4 Mrd.	28.600 €	69,8 Mrd.	33.000 €	217,3 Mrd.
2014	40.400 €	160,7 Mrd.	28.200 €	69,6 Mrd.	34.500 €	230,3 Mrd.
2015	39.500 €	159,0 Mrd.	28.700 €	71,8 Mrd.	34.400 €	230,9 Mrd.
2016	36.600 €	149,8 Mrd.	26.000 €	66,7 Mrd.	31.600 €	216,5 Mrd.
2017	35.200 €	144,8 Mrd.	24.700 €	64,2 Mrd.	30.200 €	209,0 Mrd.
Abw. 2016 / 17	- 1.400 €	- 5,0 Mrd.	- 1.300 €	- 2,5 Mrd.	- 1.400 €	- 7,5 Mrd.
Abw. 2006 / 17	- 4.100 €	- 40,0 Mrd.	- 9.700 €	- 16,0 Mrd.	- 6.700 €	- 56,0 Mrd.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Statistik zur Überschuldung privater Personen 2009 bis 2016 (erschieden 2009: 31.01.2011; 2010: 06.09.2012; 2011: 17.01.2013; 2012: 25.06.2013; 2013: 30.06.2014; 2014: 29.06.2015; 2015: 01.07.2016; 2016: 29.06.2017). – Die Werte für 2017 basieren auf einer Hochrechnung. Revidierte Werte ab 2016 (gerundete Werte). Rundungsdifferenzen möglich. Mittelwert = mittlere individuelle Schuldenhöhe.

Tab. 19.: Überschuldete Personen nach Geschlecht und Überschuldungsintensität 2013 bis 2017

■ Überschuldete Personen	Männer	Frauen	Gesamt
Gesamt			
2013	4.076.000	2.508.000	6.584.000
2014	4.117.000	2.556.000	6.674.000
2015	4.142.000	2.575.000	6.718.000
2016	4.210.000	2.638.000	6.848.000
2017	4.236.000	2.677.000	6.913.000
Abw. 2013/14	+ 41.000	+ 48.000	+ 89.000
Abw. 2014/15	+ 25.000	+ 19.000	+ 44.000
Abw. 2015/16	+ 68.000	+ 63.000	+ 131.000
Abw. 2016/17	+ 26.000	+ 39.000	+ 65.000
Abw. 2013/17	+ 159.000	+ 169.000	+ 328.000
Überschuldete Personen mit hoher Überschuldungsintensität			
2013	2.384.000	1.403.000	3.787.000
2014	2.449.000	1.444.000	3.892.000
2015	2.482.000	1.467.000	3.949.000
2016	2.611.000	1.558.000	4.169.000
2017	2.634.000	1.587.000	4.221.000
Abw. 2013/14	+ 64.000	+ 41.000	+ 105.000
Abw. 2014/15	+ 34.000	+ 23.000	+ 57.000
Abw. 2015/16	+ 129.000	+ 91.000	+ 220.000
Abw. 2016/17	+ 23.000	+ 29.000	+ 53.000
Abw. 2013/17	+ 250.000	+ 184.000	+ 434.000
Überschuldete Personen mit geringer Überschuldungsintensität			
2013	1.692.000	1.105.000	2.797.000
2014	1.669.000	1.113.000	2.781.000
2015	1.660.000	1.108.000	2.768.000
2016	1.599.000	1.080.000	2.679.000
2017	1.601.000	1.090.000	2.692.000
Abw. 2013/14	- 24.000	+ 7.000	- 16.000
Abw. 2014/15	- 9.000	- 4.000	- 13.000
Abw. 2015/16	- 61.000	- 28.000	- 89.000
Abw. 2016/17	+ 2.000	+ 10.000	+ 12.000
Abw. 2013/17	- 91.000	- 15.000	- 106.000

Hohe Überschuldungsintensität: hohe Anzahl von miteinander verknüpften Negativmerkmalen, meist juristische Sachverhalte und unstrittige Inkasso-Fälle, zudem oft nachhaltige Zahlungsstörungen / geringe Überschuldungsintensität: eher niedrige Anzahl von Negativmerkmalen, oft auch so genannte nachhaltige Zahlungsstörungen (Minimaldefinition abgegrenzt durch den Tatbestand von mindestens zwei, meist aber mehreren vergeblichen Mahnungen mehrerer Gläubiger). Rundungsdifferenzen möglich.

Die Auswertungssystematik zur Berechnung von Überschuldungsfällen und Überschuldungsquoten nach Geschlecht und Altersgruppen wurde 2013 grundlegend überarbeitet. Wurden bis 2012 beide Bezugsdaten in Form einer Projektion der Überschuldungszahlen auf der Grundlage von „Jahrgangslinien“ (in Form einer Aggregation der monatspezifischen Anteile nach Art der Negativmerkmale in Bezug auf Altersgruppen und Geschlecht) hochgerechnet, basieren die entsprechenden Werte seit 2013 auf Auszahlungen der Realwerte, wiederum getrennt nach Fällen mit geringer und mit hoher Überschuldungsintensität. Durch diese Vorgehensweise können Überschuldungsfälle und Überschuldungsquoten ab 2013 auch in geographischer Auflösung, d. h. beispielsweise nach Postleitzahlen oder Bundesländern, dargestellt werden.

Tab. 20.: Überschuldungsquoten nach Altersgruppen und Überschuldungsintensität 2013 bis 2017

■	unter 30	30 – 39	40 – 49	50 – 59	60 – 69	ab 70	Gesamt
Gesamt							
2013	15,70%	18,13%	11,58%	8,60%	4,68%	0,90%	9,81%
2014	15,37%	18,63%	11,77%	8,73%	4,96%	1,06%	9,90%
2015	14,86%	18,81%	12,06%	8,77%	5,25%	1,16%	9,92%
2016	14,50%	19,17%	12,56%	8,90%	5,51%	1,34%	10,06%
2017	14,06%	18,93%	12,88%	8,80%	5,48%	1,50%	10,04%
Abw. 2013/14	- 0,33	+ 0,50	+ 0,19	+ 0,12	+ 0,28	+ 0,16	+ 0,09
Abw. 2014/15	- 0,51	+ 0,18	+ 0,29	+ 0,04	+ 0,29	+ 0,10	+ 0,03
Abw. 2015/16	- 0,36	+ 0,36	+ 0,49	+ 0,13	+ 0,27	+ 0,18	+ 0,14
Abw. 2016/17	- 0,45	- 0,24	+ 0,33	- 0,10	- 0,03	+ 0,16	- 0,02
Abw. 2013/17	- 1,64	+ 0,80	+ 1,30	+ 0,20	+ 0,80	+ 0,61	+ 0,24
Hohe Überschuldungsintensität							
2013	8,76%	10,63%	6,73%	5,03%	2,75%	0,45%	5,64%
2014	8,65%	11,12%	6,95%	5,20%	2,93%	0,52%	5,77%
2015	8,37%	12,11%	7,75%	5,56%	3,37%	0,67%	5,83%
2016	8,37%	12,11%	7,75%	5,56%	3,37%	0,67%	6,13%
2017	8,04%	12,11%	7,96%	5,52%	3,37%	0,75%	6,13%
Abw. 2013/14	- 0,11	+ 0,49	+ 0,22	+ 0,17	+ 0,18	+ 0,07	+ 0,13
Abw. 2014/15	- 0,21	+ 0,32	+ 0,23	+ 0,04	+ 0,12	+ 0,02	+ 0,06
Abw. 2015/16	- 0,07	+ 0,67	+ 0,56	+ 0,32	+ 0,32	+ 0,13	+ 0,29
Abw. 2016/17	- 0,33	± 0,00	+ 0,21	- 0,03	± 0,00	+ 0,08	+ 0,01
Abw. 2013/17	- 0,72	+ 1,48	+ 1,23	+ 0,49	+ 0,62	+ 0,30	+ 0,49
Geringe Überschuldungsintensität							
2013	6,94%	7,50%	4,86%	3,57%	1,93%	0,45%	4,17%
2014	6,72%	7,51%	4,82%	3,53%	2,03%	0,54%	4,12%
2015	6,43%	7,37%	4,88%	3,53%	2,20%	0,62%	4,09%
2016	6,14%	7,06%	4,81%	3,34%	2,14%	0,67%	3,94%
2017	6,01%	6,82%	4,92%	3,28%	2,11%	0,75%	3,91%
Abw. 2013/14	- 0,22	+ 0,01	- 0,04	- 0,04	+ 0,10	+ 0,09	- 0,04
Abw. 2014/15	- 0,29	- 0,14	+ 0,06	± 0,00	+ 0,17	+ 0,08	- 0,04
Abw. 2015/16	- 0,29	- 0,31	- 0,07	- 0,19	- 0,06	+ 0,05	- 0,15
Abw. 2016/17	- 0,12	- 0,24	+ 0,11	- 0,06	- 0,03	+ 0,09	- 0,03
Abw. 2013/17	- 0,93	- 0,68	+ 0,07	- 0,30	+ 0,18	+ 0,30	- 0,26

Tab. 21.: Überschuldete Personen nach Altersgruppen und Überschuldungsintensität 2013 bis 2017

■	unter 30	30 – 39	40 – 49	50 – 59	60 – 69	ab 70	Gesamt
Überschuldete Personen: Gesamt							
2013	1.794.000	1.723.000	1.529.000	1.009.000	419.000	111.000	6.585.000
2014	1.749.000	1.782.000	1.514.000	1.052.000	443.000	134.000	6.674.000
2015	1.689.000	1.827.000	1.494.000	1.087.000	471.000	150.000	6.718.000
2016	1.661.000	1.884.000	1.495.000	1.130.000	504.000	174.000	6.848.000
2017	1.655.000	1.915.000	1.483.000	1.143.000	522.000	194.000	6.913.000
Abw. 2013/14	- 45.000	+ 59.000	- 15.000	+ 44.000	+ 24.000	+ 23.000	+ 89.000
Abw. 2014/15	- 60.000	+ 45.000	- 19.000	+ 35.000	+ 28.000	+ 16.000	+ 44.000
Abw. 2015/16	- 28.000	+ 57.000	±0	+ 43.000	+ 33.000	+ 25.000	+ 131.000
Abw. 2016/17	- 6.000	+ 31.000	- 11.000	+ 13.000	+ 18.000	+ 20.000	+ 65.000
Abw. 2013/17	- 139.000	+ 192.000	- 46.000	+ 134.000	+ 103.000	+ 84.000	+ 328.000
Überschuldete Personen mit hoher Überschuldungsintensität							
2013	1.001.000	1.010.000	888.000	590.000	246.000	55.000	3.788.000
2014	984.000	1.063.000	894.000	627.000	262.000	66.000	3.893.000
2015	958.000	1.111.000	890.000	649.000	274.000	70.000	3.950.000
2016	959.000	1.190.000	922.000	706.000	309.000	88.000	4.170.000
2017	947.000	1.225.000	917.000	717.000	321.000	97.000	4.222.000
Abw. 2013/14	- 17.000	+ 53.000	+ 6.000	+ 37.000	+ 16.000	+ 11.000	+ 105.000
Abw. 2014/15	- 26.000	+ 48.000	- 4.000	+ 23.000	+ 12.000	+ 4.000	+ 57.000
Abw. 2015/16	± 0	+ 79.000	+ 32.000	+ 56.000	+ 35.000	+ 18.000	+ 220.000
Abw. 2016/17	- 11.000	+ 35.000	- 5.000	+ 12.000	+ 13.000	+ 10.000	+ 53.000
Abw. 2013/17	- 54.000	+ 215.000	+ 29.000	+ 127.000	+ 75.000	+ 42.000	+ 434.000
Überschuldete Personen mit geringer Überschuldungsintensität							
2013	793.000	713.000	641.000	419.000	173.000	55.000	2.797.000
2014	765.000	718.000	620.000	426.000	181.000	68.000	2.781.000
2015	731.000	716.000	604.000	438.000	197.000	80.000	2.768.000
2016	703.000	694.000	573.000	424.000	196.000	87.000	2.678.000
2017	708.000	690.000	567.000	426.000	201.000	97.000	2.691.000
Abw. 2013/14	- 28.000	+ 5.000	- 21.000	+ 7.000	+ 8.000	+ 13.000	- 16.000
Abw. 2014/15	- 34.000	- 3.000	- 15.000	+ 12.000	+ 16.000	+ 12.000	- 13.000
Abw. 2015/16	- 28.000	- 22.000	- 32.000	- 13.000	- 1.000	+ 7.000	- 89.000
Abw. 2016/17	+ 5.000	- 4.000	- 6.000	+ 1.000	+ 5.000	+ 10.000	+ 12.000
Abw. 2013/17	- 85.000	- 23.000	- 74.000	+ 7.000	+ 28.000	+ 42.000	- 106.000

**Tab. 22.: Überschuldete Personen nach Überschuldungsintensität in Ost- und Westdeutschland
2006 bis 2017**

■ Basiswerte (in Mio.)	Deutschland			Westdeutschland			Ostdeutschland		
	Gesamt	Hohe Intensität	Geringe Intensität	Gesamt	Hohe Intensität	Geringe Intensität	Gesamt	Hohe Intensität	Geringe Intensität
2006	7,19	3,40	3,79	5,90	2,79	3,12	1,28	0,61	0,67
2007	7,34	3,46	3,88	6,03	2,84	3,18	1,31	0,62	0,70
2008	6,87	3,44	3,43	5,70	2,84	2,86	1,17	0,61	0,57
2009	6,19	3,46	2,73	5,17	2,87	2,30	1,03	0,59	0,43
2010	6,49	3,61	2,88	5,41	3,00	2,42	1,07	0,61	0,46
2011	6,40	3,70	2,70	5,36	3,08	2,28	1,04	0,62	0,42
2012	6,59	3,78	2,82	5,51	3,14	2,36	1,09	0,63	0,46
2013	6,58	3,79	2,80	5,50	3,16	2,34	1,08	0,63	0,45
2014	6,67	3,89	2,78	5,58	3,25	2,33	1,10	0,64	0,45
2015	6,72	3,95	2,77	5,62	3,30	2,32	1,10	0,65	0,45
2016	6,85	4,17	2,68	5,73	3,48	2,25	1,12	0,69	0,43
2017	6,91	4,22	2,69	5,79	3,53	2,27	1,12	0,69	0,43
<i>Abw. 2016 / 17</i>	<i>+ 0,06</i>	<i>+ 0,05</i>	<i>+ 0,01</i>	<i>+ 0,06</i>	<i>+ 0,05</i>	<i>+ 0,02</i>	<i>± 0,00</i>	<i>+ 0,01</i>	<i>± 0,00</i>
Abw. 2006 / 17	- 0,27	+ 0,82	- 1,10	- 0,11	+ 0,74	- 0,85	- 0,17	+ 0,08	- 0,25

Westdeutschland, einschl. Berlin.

Tab. 23.: Veränderung der Überschuldung nach Überschuldungsintensität 2006 bis 2017

■ Zeitraum	Hohe Überschuldungsintensität		Geringe Überschuldungsintensität	
	Abw. Prozent	Fälle	Abw. Prozent	Fälle
2006 / 2007	+ 1,7%	+ 58.000	+ 2,4%	+ 92.000
2007 / 2008	- 0,4%	- 14.000	- 11,6%	- 451.000
2008 / 2009	+ 0,5%	+ 18.000	- 20,3%	- 696.000
2009 / 2010	+ 4,3%	+ 147.000	+ 5,3%	+ 145.000
2010 / 2011	+ 2,5%	+ 92.000	- 6,0%	- 173.000
2011 / 2012	+ 2,1%	+ 76.000	+ 4,2%	+ 113.000
2012 / 2013	+ 0,3%	+ 11.000	- 0,7%	- 21.000
2013 / 2014	+ 2,8%	+ 105.000	- 0,6%	- 16.000
2014 / 2015	+ 1,5%	+ 57.000	- 0,5%	- 13.000
2015 / 2016	+ 5,6%	+ 220.000	- 3,2%	- 89.000
2016 / 2017	+ 1,2%	+ 53.000	+ 0,5%	+ 12.000
Abw. 2006 / 2017	+ 24,2%	+ 822.000	- 28,9%	- 1.096.000
<i>nachrichtlich: 2006 / 2016</i>	<i>+ 22,6%</i>	<i>+ 769.000</i>	<i>- 29,3%</i>	<i>- 1.109.000</i>

Tab. 24.: Überschuldete Personen und Überschuldungsquoten in West- und Ostdeutschland 2004 / 2017

■	Überschuldete Personen			Überschuldungsquoten			Spreizung
	Alte Bundesländer	Neue Bundesländer	Gesamt	Alte Bundesländer	Neue Bundesländer	Gesamt	
2004	5,35 Mio.	1,19 Mio.	6,54 Mio.	9,59%	10,50%	9,74%	+ 0,91
2005	5,75 Mio.	1,27 Mio.	7,02 Mio.	10,27%	11,16%	10,43%	+ 0,89
2006	5,90 Mio.	1,29 Mio.	7,19 Mio.	10,55%	11,35%	10,68%	+ 0,81
2007	6,03 Mio.	1,31 Mio.	7,34 Mio.	10,72%	11,50%	10,85%	+ 0,78
2008	5,70 Mio.	1,17 Mio.	6,87 Mio.	10,07%	10,30%	10,11%	+ 0,23
2009	5,17 Mio.	1,03 Mio.	6,19 Mio.	9,10%	9,08%	9,09%	- 0,02
2010	5,41 Mio.	1,07 Mio.	6,49 Mio.	9,51%	9,45%	9,50%	- 0,06
2011	5,36 Mio.	1,05 Mio.	6,41 Mio.	9,40%	9,29%	9,38%	- 0,12
2012	5,51 Mio.	1,09 Mio.	6,60 Mio.	9,63%	9,75%	9,65%	+ 0,12
2013	5,50 Mio.	1,09 Mio.	6,58 Mio.	9,78%	9,97%	9,81%	+ 0,19
2014	5,57 Mio.	1,10 Mio.	6,67 Mio.	9,84%	10,17%	9,90%	+ 0,33
2015	5,62 Mio.	1,10 Mio.	6,72 Mio.	9,86%	10,26%	9,92%	+ 0,40
2016	5,73 Mio.	1,12 Mio.	6,85 Mio.	10,00%	10,43%	10,06%	+ 0,43
2017	5,79 Mio.	1,12 Mio.	6,91 Mio.	9,97%	10,42%	10,04%	+ 0,44

Alte Bundesländer, einschl. Berlin. Spreizungswerte Ost / West in Prozentpunkten; Rundungsdifferenzen möglich.

Tab. 25.: Überschuldungsquoten nach „geographischen Räumen“ 2004 bis 2017

■ Überschuldungsquoten nach Postleitzonen	Nord-Osten (PLZ: 1+0)	Norden (PLZ: 2+3)	Westen (PLZ:4+5)	Süd-Westen (PLZ: 6+7)	Süd-Osten (PLZ: 8+9)	Deutschland
2004	11,17%	10,45%	10,60%	8,66%	7,51%	9,74%
2005	11,86%	11,33%	11,38%	9,22%	7,98%	10,43%
2006	12,10%	11,67%	11,74%	9,45%	8,04%	10,68%
2007	12,22%	11,82%	12,00%	9,63%	8,12%	10,85%
2008	11,04%	11,02%	11,42%	9,07%	7,52%	10,11%
2009	9,72%	10,05%	10,18%	8,20%	6,87%	9,09%
2010	10,13%	10,47%	10,67%	8,58%	7,21%	9,50%
2011	9,91%	10,32%	10,60%	8,58%	7,04%	9,38%
2012	10,34%	10,58%	10,96%	8,77%	7,16%	9,65%
2013	10,63%	10,69%	11,10%	8,98%	7,20%	9,81%
2014	10,79%	10,75%	11,23%	9,08%	7,22%	9,90%
2015	10,88%	10,67%	11,26%	9,13%	7,31%	9,92%
2016	10,94%	10,72%	11,44%	9,31%	7,53%	10,06%
2017	10,91%	10,66%	11,39%	9,26%	7,65%	10,04%
<i>Abw. 2016/2017</i>	<i>- 0,04</i>	<i>- 0,06</i>	<i>+ 0,05</i>	<i>- 0,04</i>	<i>+ 0,12</i>	<i>- 0,02</i>
<i>Abw. 2004/2017</i>	<i>- 0,27</i>	<i>+ 0,21</i>	<i>+ 0,79</i>	<i>+ 0,60</i>	<i>+ 0,14</i>	<i>+ 0,30</i>

Rundungsdifferenzen möglich; Abweichungswerte in Prozentpunkten.

Tab. 26.: Die zehn Kreise mit der niedrigsten Überschuldungsquote 2010 bis 2017: Rang 1 bis 10

■ Kreis	Überschuldungsquoten in %								Abw.		Rang	
	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	16/17	04/17	2004	2017
Eichstätt	3,89	3,81	3,80	3,71	3,67	3,74	3,79	3,77	- 0,01	- 0,35	1	1
Erlangen-Höchststadt	4,73	4,58	4,64	4,63	4,76	4,81	4,93	4,99	+ 0,06	- 0,31	7	2
Schweinfurt	4,95	4,76	4,86	4,81	4,92	5,03	5,06	5,06	± 0,00	- 0,09	4	3
Straubing-Bogen	4,95	4,89	5,02	5,09	5,17	5,06	5,26	5,37	+ 0,11	+ 0,53	2	4
Würzburg	5,26	5,05	5,07	5,15	5,19	5,31	5,38	5,40	+ 0,02	+ 0,21	5	5
Neuburg-Schrobenhausen	5,34	5,10	5,08	4,95	5,04	5,08	5,22	5,41	+ 0,19	- 0,32	19	6
Neumarkt i.d.OPf.	5,24	4,94	4,99	5,00	5,20	5,23	5,39	5,42	+ 0,03	+ 0,14	6	7
Main-Spessart	5,54	5,33	5,38	5,37	5,33	5,40	5,52	5,60	+ 0,08	+ 0,23	8	8
Aichach-Friedberg	5,59	5,33	5,35	5,27	5,19	5,17	5,58	5,62	+ 0,04	- 0,48	29	9
Landshut	5,76	5,51	5,61	5,52	5,46	5,49	5,64	5,65	+ 0,01	- 0,42	28	10

Abweichung in Prozentpunkten / Rundungsdifferenzen möglich. Aufteilung: Nur Kreise (Würzburg, Schweinfurt = Landkreise).

Hinweis: Die Anzahl der Kreise und kreisfreien Städte hat sich im Vergleich zum Jahr 2016 von 402 auf 401 verringert. Der Landkreis Göttingen entstand am 1. November 2016 durch die Fusion des bisherigen Landkreises Göttingen mit dem Landkreis Osterode am Harz. Seit 2007 / 2008 hatte sich die Anzahl der Kreise und kreisfreien Städte durch Kreisgebietsreformen in Mecklenburg-Vorpommern (4. September 2011), in Sachsen-Anhalt (1. Juli 2007) und in Sachsen (1. August 2008) in mehreren Schritten von ehemals 439 Kreisen und kreisfreien Städte reduziert. Und auch die Gründung der Städteregion Aachen trug 2009 / 2010 zur Verringerung bei.

Tab. 27.: Die zehn Städte mit der höchsten Überschuldungsquote 2010 bis 2017: Rang 401 bis 392

■ Stadt	Überschuldungsquoten in %								Abw.		Rang	
	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	16/17	04/17	2004	2017
Bremerhaven	18,46	18,06	18,32	19,84	20,41	20,82	20,80	20,79	- 0,01	+ 3,06	401	401
Wuppertal	17,80	17,87	18,09	17,89	17,77	17,97	18,08	18,38	+ 0,30	+ 3,35	392	400
Pirmasens	17,14	17,50	18,00	17,73	18,34	18,43	18,38	18,23	- 0,15	+ 1,71	398	399
Herne	14,19	14,22	14,92	16,04	16,60	17,07	17,61	17,85	+ 0,24	+ 5,10	360	398
Neumünster	15,81	15,61	16,65	16,61	16,94	17,09	17,54	17,80	+ 0,26	+ 3,48	385	397
Gelsenkirchen	15,41	15,43	16,24	16,23	16,78	16,72	17,67	17,76	+ 0,09	+ 3,65	382	396
Offenbach a.M.	16,68	16,93	17,30	18,61	18,04	18,01	17,79	17,42	- 0,38	+ 0,20	400	395
Duisburg	14,67	14,59	15,26	15,36	15,86	16,20	16,64	17,08	+ 0,45	+ 2,52	389	394
Wilhelmshaven	15,29	15,14	15,50	16,22	16,74	16,80	16,90	17,03	+ 0,13	+ 1,99	393	393
Wiesbaden	14,35	15,22	15,54	16,18	16,27	16,01	16,77	16,66	- 0,11	+ 3,90	361	392

Abweichung in Prozentpunkten / Rundungsdifferenzen möglich. Aufteilung: Nur Städte.

Tab. 28.: Die zehn Kreise und kreisfreien Städte mit dem höchsten Anstieg der Überschuldungsquote 2004 / 2017

■ Stadt / Kreis	Überschuldungsquoten in %								Abw.		Rang	
	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	16/17	04/17	2004	2017
Herne, Stadt	14,19	14,22	14,92	16,04	16,60	17,07	17,61	17,85	+ 0,24	+ 5,10	360	398
Wiesbaden, Stadt	14,35	15,22	15,54	16,18	16,27	16,01	16,77	16,66	- 0,11	+ 3,90	361	392
Pforzheim, Stadtkreis	12,05	12,20	12,62	13,19	13,60	13,64	14,66	14,66	± 0,00	+ 3,79	300	377
Gelsenkirchen, Stadt	15,41	15,43	16,24	16,23	16,78	16,72	17,67	17,76	+ 0,09	+ 3,65	382	396
Neumünster, Stadt	15,81	15,61	16,65	16,61	16,94	17,09	17,54	17,80	+ 0,26	+ 3,48	385	397
Wuppertal, Stadt	17,80	17,87	18,09	17,89	17,77	17,97	18,08	18,38	+ 0,30	+ 3,35	392	400
Bremerhaven, Stadt	18,46	18,06	18,32	19,84	20,41	20,82	20,80	20,79	- 0,01	+ 3,06	401	401
Hamm, Stadt	12,11	12,98	13,62	14,15	14,57	14,30	15,13	14,90	- 0,23	+ 2,97	341	378
Duisburg, Stadt	14,67	14,59	15,26	15,36	15,86	16,20	16,64	17,08	+ 0,45	+ 2,52	389	394
Hagen, Stadt	14,54	14,36	14,93	14,92	15,03	15,58	16,06	15,86	- 0,20	+ 2,40	373	387

Abweichung in Prozentpunkten / Rundungsdifferenzen möglich. Aufteilung: Ein Stadtkreis (Pforzheim) / neun Städte.

Tab. 29.: Die zehn Kreise und kreisfreien Städte mit dem höchsten Rückgang der Überschuldungsquote 2004 / 2017

■ Stadt / Kreis	Überschuldungsquoten in %								Abw.		Rang	
	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	16/17	04/17	2004	2017
Erfurt, Stadt	11,31	11,03	11,28	11,48	11,45	11,40	11,29	11,17	- 0,12	- 3,54	390	305
Weimar, Stadt	10,62	10,12	10,51	10,79	10,49	10,58	10,63	10,75	+ 0,12	- 3,45	383	284
Frankfurt (Oder), Stadt	12,59	12,24	12,65	12,77	12,72	12,70	12,75	12,64	- 0,11	- 2,63	396	357
Barnim	9,64	9,35	9,59	9,84	9,74	9,70	9,73	9,60	- 0,13	- 2,32	340	215
Landau i. d. Pfalz, Stadt	10,04	9,72	9,60	9,54	9,26	9,19	9,10	8,86	- 0,24	- 2,28	311	162
Weimarer Land	9,02	8,79	9,22	9,30	9,36	9,37	9,54	9,49	- 0,04	- 2,20	332	208
Gera, Stadt	11,30	10,64	11,16	11,62	11,90	11,88	11,84	11,77	- 0,07	- 1,90	376	331
Oberhavel	9,95	9,72	10,10	10,12	10,15	10,08	10,04	9,67	- 0,37	- 1,89	329	217
Märkisch-Oderland	9,45	9,18	9,66	9,88	10,02	9,88	10,03	9,87	- 0,17	- 1,86	335	226
Braunschweig, Stadt	10,75	10,63	10,71	10,62	10,47	10,22	9,87	9,61	- 0,26	- 1,86	327	216

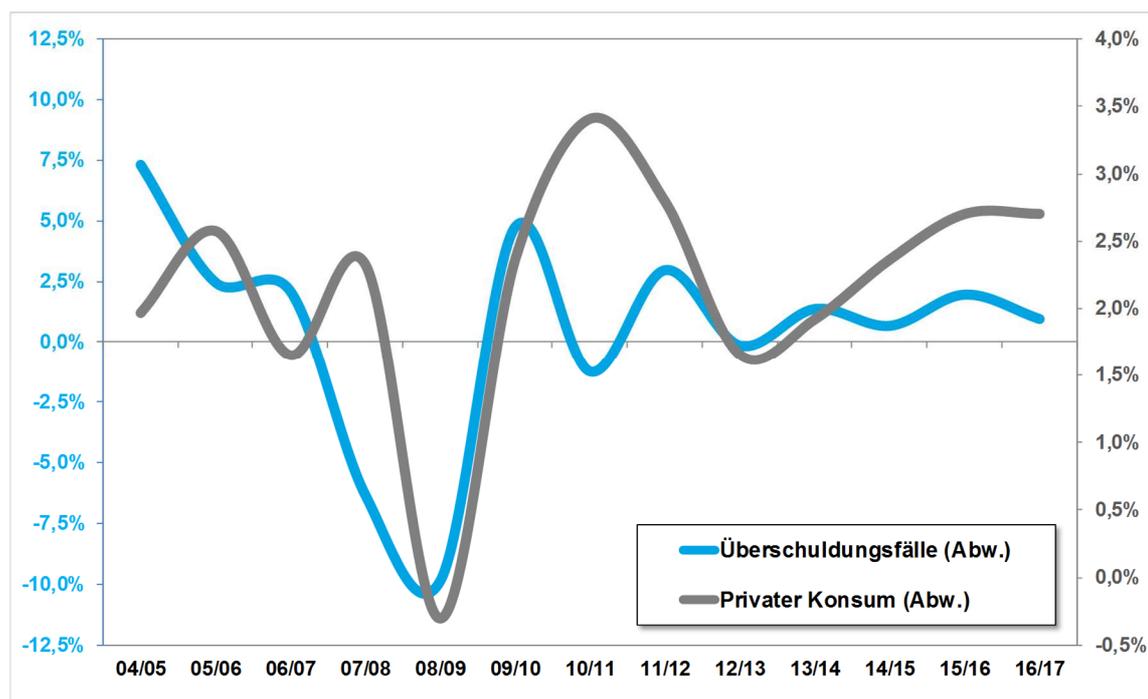
Abweichung in Prozentpunkten / Rundungsdifferenzen möglich. Aufteilung: Vier Landkreise / sechs Städte.

Tab. 30.: Die zehn Städte mit über 400.000 Einwohnern über 18 Jahre mit den höchsten Überschuldungsquoten 2017

■ Stadt	Überschuldungsquoten in %								Abw.		Rang	
	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	16/17	04/17	2004	2017
Duisburg	14,67	14,59	15,26	15,36	15,86	16,20	16,64	17,08	+ 0,45	+ 2,52	389	394
Dortmund	13,39	13,47	13,86	14,01	14,26	14,30	14,46	14,44	- 0,02	+ 1,68	362	374
Essen	12,62	12,08	12,69	12,80	13,15	12,95	13,59	13,76	+ 0,17	+ 1,51	348	368
Leipzig	11,63	11,62	12,17	12,91	13,04	13,33	13,50	13,43	- 0,07	+ 0,79	359	366
Berlin	12,67	12,32	12,56	13,12	13,02	12,99	12,74	12,63	- 0,12	- 1,40	380	355
Bremen	13,23	12,53	12,64	12,67	12,69	12,76	12,67	12,60	- 0,07	+ 0,20	352	354
Düsseldorf	12,34	12,17	12,49	12,47	12,40	12,35	12,31	12,12	- 0,19	- 0,82	367	341
Nürnberg	9,87	9,81	10,09	10,42	10,52	10,80	11,58	11,93	+ 0,36	+ 1,58	267	337
Köln	11,75	11,59	11,84	11,80	11,75	11,85	11,84	11,78	- 0,06	- 0,58	350	332
Hamburg	10,90	10,46	10,50	10,92	10,81	10,57	10,61	10,61	± 0,00	- 0,26	302	274

Abweichung in Prozentpunkten / Rundungsdifferenzen möglich. Aufteilung: Zehn kreisfreie Städte.

Dia. 31.: Überschuldungsfälle und privater Konsum in Deutschland: Abweichungswerte 2004 bis 2017



Quelle für Privater Konsum: Statistisches Bundesamt, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Private Konsumausgaben und Verfügbares Einkommen, Beiheft zur Fachserie 18, 14.09.2016; Wert für 2016: Mittelwert 1. und 2. Quartal 2016.

Quellen

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2017), Populäre Wahlen, Mobilisierung und Gegenmobilisierung der sozialen Milieus bei der Bundestagswahl 2017, Oktober 2017

DIW Berlin, Wochenbericht Nr. 04/2017, Einkommensverteilung und Armutrisiko, S. 71-84

DIW Berlin, Wochenbericht Nr. 10/2017, Einkommensungleichheit, S. 159-172

Funke, Manuel / Schularick, Moritz / Trebesch, Christoph Trebesch (2015): Going to Extremes: Politics after financial crises, 1870-2014, Discussion paper series No. 10884, Economic history and monetary economics and fluctuations

Hans-Böckler-Stiftung, September 2017, Wohnverhältnisse in Deutschland – Eine Analyse der sozialen Lage in 77 Großstädten

Statistisches Bundesamt, Statistik zur Überschuldung privater Personen 2016, 29.06.2017, Wiesbaden

Gastbeitrag von Müller, Pfeil und Dengel

Müller, M., Pfeil, P.: Wer bin ich oder wo bin ich? Identitätsarbeitsstrategien Mittelschichtsangehöriger in Insolvenz, in: Stephan Lessenich (Hg.) (2017): Geschlossene Gesellschaften. Verhandlungen des 38. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, 2016.

Pfeil, P., Müller, M., Dengel, U.: Die Bewältigung des Scheiterns im aktivierenden Staat, in: Stephan Lessenich (Hg.) (2017): Geschlossene Gesellschaften. Verhandlungen des 38. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, 2016.

Pfeil, P., Müller, M., Donath, L., & Dengel, U. (2015): Insolvenz als Endpunkt oder als Anfang? Leben in Überschuldung in einer finanzierten Alltagswelt. Zeitschrift für Sozialreform, 61. Jahrgang (2015), Heft 3, S. 291-313.

Neuss, 09. November 2017

Verantwortlich für den Inhalt:

Creditreform Wirtschaftsforschung

Leitung: Michael Bretz, Telefon: (02131) 109-171

Hellersbergstr. 12, D - 41460 Neuss

Redaktion: Dr. Rainer Bovelet, Aachen.

Gastbeitrag: Dr. Marion Müller (Jahrgang 1969) ist Gesellschafterin der sine-Institut gGmbH und Vorstandsmitglied des Süddeutschen Instituts für empirische Sozialforschung e.V.. Prof. Dr. Patricia Pfeil (Jahrgang 1967) ist Gründungsmitglied des Süddeutschen Instituts für empirische Sozialforschung e.V. und der sine-Institut gGmbH sowie seit 2014 Professorin für Organisation der Sozialwirtschaft an der Hochschule Kempten. Dr. Udo Dengel (Jahrgang 1976) ist seit 2016 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Fachbereich Sozial- und Kulturwissenschaften der Hochschule Fulda.

Datenmaterial und Karten:

Creditreform Boniversum GmbH

Hellersbergstraße 11, D - 41460 Neuss

Telefon: (02131) 109-501

microm

Micromarketing-Systeme und Consult GmbH

Hellersbergstraße 11, D - 41460 Neuss

Telefon: (02131) 109-701

Alle Rechte vorbehalten

© 2017, Verband der Vereine Creditreform e.V.,

Hellersbergstr. 12, 41460 Neuss

Ohne ausdrückliche Genehmigung des Verbandes der Vereine Creditreform e.V. ist es nicht gestattet, diese Untersuchung/Auswertung oder Teile davon in irgendeiner Weise zu vervielfältigen oder zu verbreiten. Lizenzausgaben sind nach Vereinbarung möglich. Ausgenommen ist die journalistische und wissenschaftliche Verbreitung.